



Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

1 | 2017



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933

1945

1989

„Wenn die Propheten einbrächen durch die Türen der Nacht“ Ansprache anlässlich des Gedenktages der Bundesrepublik Deutschland an die Opfer des Nationalsozialismus in den Franckeschen Stiftungen Halle (Saale) am 27. Januar 2017	1
<hr/>	
Gedenkrede des ehemaligen Häftlings Georges Petit aus Anlass des 72. Jahres- tages der Befreiung des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge Sonntag, den 9. April 2017	18
<hr/>	
Gedenkrede von André Frères, Mitglied der „Gruppe der 2. Generation“, gemeinsam mit Kyara Delhez, aus Anlass des 72. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge	21
<hr/>	
Stolpersteine für Sinti und Roma in Halle (Saale)	26
<hr/>	
Inhaftierte Österreicherinnen im Frauenkonzentrationslager Lichtenburg	41
<hr/>	
Von Luther zu Hitler? Zum Umgang mit einer unbewältigten Vergangenheit im Jahr des Reformationsjubiläums	55
<hr/>	
Populismus und Aufarbeitung des Kommunismus in Europa	65
<hr/>	
„Die Nacht ohne Licht“ – Erich Weinert im Spanischen Bürgerkrieg	78
<hr/>	

**Gedenken an die Opfer des KZ-Außenlagers „Wille“ in Rehmsdorf –
Bilanz und Ausblick**

Lothar Czoßek 89

Historische Ausstellung zum Endlager für radioaktive Abfälle in Morsleben

Helge Essert / Manuel Wilmanns 95

Aus der Arbeit der Stiftung

**Veranstaltungen am 27. Januar 2017 in den Gedenkstätten
für Opfer des Nationalsozialismus**

Nicolas Bertrand / Melanie Engler / Andreas Froese-Karow /
Ute Hoffmann / Michael Viebig 102

**Den obersten Gerichtshof der Wehrmacht ausstellen. Einblicke in ein Forschungs-
und Ausstellungsprojekt der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) zum
Reichskriegsgericht**

Lars Skowronski 114

**Die Meile der Demokratie am 21. Januar 2017 in
der Landeshauptstadt Magdeburg**

Frank Stucke 122

Nachruf

Nicolas Bertrand / Gesine Daifi 125



Der Theologe Dr. h. c. Friedrich Schorlemmer während seiner Ansprache am 27. Januar 2017

„Wenn die Propheten einbrächen durch die Türen der Nacht“ Ansprache anlässlich des Gedenktages der Bundesrepublik Deutschland an die Opfer des Nationalsozialismus in den Franckeschen Stiftungen Halle (Saale) am 27. Januar 2017

Friedrich Schorlemmer

Es ist gut, richtig und wichtig, dass Bundespräsident Roman Herzog diesen besonderen Gedenktag ausgerufen hat¹ – nicht zur Dauerselbstbeziehung, sondern zur aufschreckenden Selbsterkenntnis und zum Gewinn eines geläuterten Selbstbewusstseins.

Wir brauchen erinnernde Vergegenwärtigung auch des Widerwärtigen, das wieder und wieder emotional berührt, abschreckt, aufschreckt, aufrührt, informiert, deprimiert oder trotz allem Mut macht, den Glauben an eine gute Zukunft des Menschgeschlechts nicht verdüstert; nicht verschweigend, dass der Mensch so gründlich vergessen kann, „dass er ein Mensch doch ist.“²

Dieser Gedenktag, der Tag, an dem die Rote Armee 1945 das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau befreit hat, erinnert nicht an erinnernswerte Licht- und Leuchtpunkte der deutschen Geschichte, sondern an den dunkelsten Punkt, damit es nicht wieder finster wird.

Wenn wir das Vergangene erinnern, dann machen wir uns bewusst, dass die Haut der Zivilisation dünn ist, sehr dünn, und dass es eine ständige Aufgabe bleibt, uns für die Menschenrechte, für die Würde jedes Menschen, gleich welcher Abkunft einzusetzen.

Wir haben keine Sicherheit, dass Vergleichbares sich nie wiederholt. Nicht in unserem Land, nicht für andere Völker. So viel an uns ist, lasst uns alles tun, dass wir nie wieder rassistisch, mörderisch, kriegstreiberisch werden und nie wieder Menschen wie Hitler, Himmler³, Heydrich⁴ und Höß⁵, Eichmann⁶, Frank⁷ und Kaltenbrunner⁸ die deutschen Geschicke in eine unvorstellbare Menschheitskatastrophe führen.

Heute ist zuerst zu denken an die vielen Opfer. Dann sind auch die Täter zu benennen, die mitten aus unserem Land und Volk, von überall her kamen, sich dem Verführer und seiner Demagogie angeschlossen oder unterworfen und die Welt mit einem unvergleichlichen Raub- und Vernichtungsfeldzug überzogen hatten.

Es gibt andere Tage, an denen wir uns erinnern können an das, was diese Kulturation in der Mitte Europas an Gutem, Förderlichen, Lebenswürdigem eingebracht hat, wo wir erinnern können an einzelne herausragende Personen und ihr Werk wie Cranach und Caspar David Friedrich, an Beethoven und Schumann, Kant und die Brüder Mann, an Guericke und Röntgen, an Max Planck und Albert Schweitzer, an die Geschwister Scholl und Dietrich Bonhoeffer.

Und wir leben trotz des verheerenden Zweiten Weltkrieges in einem unglaublich schönen Land. Und wir haben das Glück gehabt – wir, die jetzt Lebenden – über 70 Jahre ohne Krieg und ohne lange Armut leben zu können.

Es gehört zu unserer Reife, zu unserer schmerzlichen Selbsterkenntnis, zu unserer Erinnerungs- und Mahnstättenkultur, dass wir schließlich zu Schulderkenntnissen und zu

Schuldbekennnissen ohne relativierend-selbstentschuldigendes Wenn und Aber gelangt sind – ohne je zu vergessen, dass zu unserem Volk und Land eben auch die Villa am Wannsee 1942⁹ gehörte und die brennenden Synagogen all überall 1938 sowie die millionenfache Vernichtung unserer jüdischen Mitbürger gehören.

Wir haben zudem das unverdiente Glück erleben dürfen – ja Glück! –, dass Überlebende uns inzwischen nicht mehr mit Hass, Abwehr und Misstrauen begegnen, sondern uns ihre Hand verzeihend – nicht vergessend – hingehalten haben – unter einer Voraussetzung:

Dass wir erinnern, was gewesen ist und uns zumuten zu erkennen, welches Grauen von Deutschen und im Namen Deutschlands ausgegangen und nie mehr von uns wegzukriegen ist. Auch wenn wir Nachgeborenen nicht persönlich schuldig sind, so tragen wir doch als Volk bleibende Verantwortung.

In den zurückliegenden sieben Jahrzehnten konnte das (Selbst-)Vertrauen wachsen, dass wir nicht wieder solche Abgründe aufreißen oder in sie zurückfallen, sondern uns auf der Grundlage unseres wunderbaren Grundgesetzes für Zivilität der Interessen- und Konfliktaustragung, für Völkerverständigung, für Gleichachtung aller Menschen, für den Schutz von Schwachen und Asylsuchenden, für gleiche Chancen für alle in unserem Land einsetzen.

Die humane Alternative für das dunkle Deutschland ist der Leuchtpunkt von Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Und auch das vereinte Deutschland wurde nicht großsprecherisch, machte und macht anderen Völkern nicht wieder Angst.

Erinnerung an das, was die wunderbare 15-jährige Anne Frank¹⁰ durchgemacht hat, bleibt wichtig, und dass jede Generation neu von ihrem Tagebuch angerührt wird. Erinnerung an die buchstäblich „verendeten“ und an die überlebenden Buchenwald-Häftlinge bleibt Mahnung und Erschütterung – ohne zu einer Erinnerungsroutine zu verfallen.

Nahe geht auch, wie Stéphane Hessel¹¹, Jorge Semprún¹², Fred Wander¹³ und andere menschliche Größe nach der unerträglichen Erniedrigung zeigten.

Immer wieder erschauern wir vor dem, was Menschen Menschen antun konnten. Hier in Halle war der „Rote Ochse“ abschreckender Ort schlechthin, weil wir wussten, worüber kaum jemand redete: Dass dies eine faschistische Hinrichtungsstätte gewesen war und nach 1945 ein berüchtigtes Gefängnis, das die neuen Machthaber mit stalinistischen Gewaltmethoden führten.

Filme haben tiefe Eindrücke hinterlassen, wo das nicht Darstellbare und nicht Nachspielbare, das Bös-Monströse so in Filmen umgesetzt wurde, dass schmerzliche Erkenntnisse zu einem Umdenken und zum Mut führten, dem vergangenen Grauen ins Auge zu sehen. Da sind immer wieder zu nennen Zeitzeugen, Bücher, Filme, durch die uns das unbegreifliche Geschehen nahegebracht wurde und nahegegangen ist.

Faktenwissen reicht nicht und bleibt doch notwendig.

Das emotional Berührende braucht hernach rationale Durchdringung und umfassendes, differenzierendes Wissen, bis es zur persönlichen Wachheit führt, dem Unmenschlichen nie wieder rassistisch oder völkisch mit Überlegenheitsposen zu verfallen.

Der Geschichtslehrer Björn Höcke bräuchte dringend Nachhilfeunterricht – sowohl was seine Gedanken wie auch seine Sprache anlangt, hatte er doch eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“¹⁴ gefordert und von Weizsäckers Rede von 1985¹⁵ als „Rede gegen das eigene Volk“ bewertet.

Als skandalbegieriger, die Öffentlichkeit mit gezielten Provokationen aufmischender AfD-Vorsitzender Thüringens wetterte Höcke sehr laut, dass wir Deutschen das einzige Volk seien, „dass sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt“ habe. Und dass wir nicht bloß immer an die zwölf dunklen Jahre erinnern sollten, sondern auch an die 1.000 Jahre, denn Deutschland habe „vielleicht mehr als jedes andere Volk auf der Welt Großes“ geleistet und betriebe nun „eine dämliche Bewältigungspolitik“.

Muss die Demokratie das wirklich folgenlos aushalten?

Wohl gemerkt: Großes ... mehr als jedes andere Volk hätten wir geleistet.

1945 liegt gefühlsmäßig weit zurück. Aber es gibt noch Zeitzeugen, die ohne Hass, aber mit immer wieder erneuter Erschütterung von dem erzählen, was sie durchlitten haben und was sie bis in die Träume verfolgt.

Ich darf Ihnen einfach etwas aus meiner persönlichen Erlebnisperspektive vortragen:



Teilnehmende der zentralen Gedenkveranstaltung des Landes Sachsen-Anhalt in den Franckeschen Stiftungen Halle (Saale)

Da sitze ich in Tel Aviv in einem Hotel, ein älterer Herr am Nachbartisch beobachtet mich und kommt an meinen Tisch und fragt höflich, ob er sich zu mir setzen könne. Dann erzählt er mir, dass er Auschwitz überlebt habe. Aber er wolle mir sagen, dass er mir dafür nicht die Schuld zuschiebt, zumal er nicht glauben kann, dass ein Volk böse sein kann, das solche Musik hervorbringt. Deswegen müsse er einmal im Jahr vierzehn Tage nach Deutschland fahren, um Musik zu hören.

Auf die Frage, wie er psychisch mit seiner Erinnerung an jenes entsetzliche, unbegreifliche Grauen zurechtkommen kann, sagt er mir: „Am Tage schaffe ich es inzwischen ganz gut. Aber nachts in den Träumen, da kommt es alles wieder und ich wache öfter schweißgebadet auf.“ Das alles vertraut er mir an, weil er jemanden sprechen möchte, der mit ihm die Heimat-, die Herkunftssprache teilt.

Als 15-Jähriger war ich wohl wie alle, die im sowjetisch besetzten Deutschland gelebt haben, in Buchenwald, oberhalb unseres lieblichen Klassiker-Lebensortes Weimar. Mir ging nahe, was dort Menschen „nackt unter Wölfen“ durchgemacht haben. Und ich stand bewegt vor der Zelle des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann¹⁶ und des Pfarrers Paul Schneider¹⁷.

Beide dort umgebracht.

Ebenso unvergesslich bleibt mir eine Begegnung hier in Halle, als ich im Oktober 1962 in der „Goldenen Rose“ mit meinem damaligen Kommilitonen Peter Marr saß und wir uns über die Hebräische Sprache unterhielten. Ich lernte gerade im Intensivkurs Hebräisch. Er hatte es schon hinter sich. Uns saß ein älterer Herr gegenüber und rauchte eine Zigarette nach der anderen. Er trug eine sehr dicke Brille, hatte etwas verlederte Haut und schwieg; lächelte uns aber an, beobachtete uns und hörte offenbar genau auf unser Gespräch. Nach einer Weile fasste er in seine linke Rocktasche und nahm einen gelben Stern heraus und legte ihn still auf den Tisch. Seinen Judenstern.

Langes betretenes Schweigen. Er trug ihn offenbar immer mit sich. Er konnte sich selber nicht von diesem erzwungenen Makel, der über ihn gekommen war, lösen und wollte wohl uns klarmachen: Es gibt noch Menschen, die das erlebt, erlitten und auch überlebt haben.

Aus dieser Begegnung mit Max Abramowitz wurde Freundschaft.

Er erzählte uns, wie er als Häftling zunächst aus Sachsenhausen nach Theresienstadt verbracht worden war, wo seine Eltern gelebt hatten, die bald nach Auschwitz abtransportiert und dort umgebracht wurden.

Nach der Befreiung wurde Max „Kommandant“ des KZ Theresienstadt. Die überlebenden Menschen wussten nicht, wohin sie in der endlich erfahrenen Freiheit ziehen sollten.

Sie waren von niemandem erwartet worden, jene „Displaced Persons“¹⁸ – Menschen ohne einen Platz, wo sie hätten hingehen können im Mörderland.

Max konnte wieder nach Halle zurück, schloss sich wieder der KPD, dann der SED an. Er blieb auch Kommunist, nicht zuletzt, weil es vor allem Kommunisten gewesen waren, mit denen er zusammen als Jude gelitten hatte. So nahe war mir 18-Jährigem noch nie das gekommen, was wir inzwischen Holocaust nennen.

Ich kann nicht vergessen, dass ich bei meinem ersten Polen-Besuch 1972 in Lublin war und von dort aus im ehemaligen Vernichtungslager in Majdanek, wo ich an einer Baracke vorbeigekommen bin, vollgestopft von oben bis unten mit Kinderschuhen.

Wer hier im Osten groß geworden ist, der hat die „Kinderschuhe aus Lublin“ gelesen oder gar gelernt. Der letzte Vierzeiler aus diesem Gedicht von Johannes R. Becher¹⁹:

„Der Kindermord ist klar erwiesen.
Die Zeugen all bekunden ihn.
Und nie vergess ich unter diesen
die Kinderschuhe aus Lublin.“

Ein Student aus Merseburg übersetzte uns, was ein Stadtführer in Lublin berichtete, als er uns die Kellerräume des Schlosses zeigte, wo die polnische Intelligenz und Oberschicht umgebracht ... qualvoll ersäuft worden war. Dieter rannte die Stufen schluchzend nach oben, vermochte keinen einzigen Satz mehr zu übersetzen. Mir unvergesslich!

Wir haben auch in unserem jungen Land Sachsen-Anhalt viele Orte, an denen erinnert werden kann und erinnert wird: etwa an die Todesmärsche 1945, an die vielen Opfer unter den sogenannten Fremdarbeitern, an die gefangenen Russen, Polen, Franzosen oder die europäischen Juden.

An vielen Orten unseres Landes wird erinnert an die Todesmärsche 1945, besonders an die Isenschnibber Feldscheune bei Gardelegen, wo 1016 Häftlinge ermordet wurden.

Da macht Arbeit nicht „frei“ – wie es zynisch in der Toreinfahrt hieß²⁰ – sondern sie führte systematisch zu Entkräftung, Auszehrung und zum Tode.

Erschütternd die Stollen, die im Harz in den Schiefer geschlagen wurden, wo ungezählte KZ-Insassen schufteten mussten und ihr Leben ließen für den Bau der „Wunderwaffe“ V2 Wernher von Brauns.

Wer heute unser wunderbares Quedlinburg besucht und dabei auch diesen wunderbaren romanischen Raum der Stiftskirche wahrnimmt, der kann und darf nicht vorübergehen daran, dass Heinrich Himmler – H. H. = SS = Heil Hitler – sich dort zum neuen, geradezu wieder auferstandenen Heinrich I. fühlte, seine selbstvergottenden Zeremonien und germanischen Rituale abzog, nachdem alle christlichen Symbole aus dieser Kirche entfernt und das Ganze auf eine erschreckende Weise „germanisiert“ worden war. Der Schlüssel wurde der Kirche entrissen.

Himmler inszenierte 1936 pompös den 1.000-jährigen Todestag von Heinrich I., sah sich selbst als Wiedergeburt des deutschen Königs Heinrich I., inmitten der sogenannten Geisteselite an der Kultstätte der germanischen Ahnen. Freilich bekannte H. H. dort auch:

„Ich muss zum Schluss ein für unser Volk tieftrauriges und beschämendes Bekenntnis ablegen: Die Gebeine des großen deutschen Führers ruhen nicht mehr in ihrer Begräbnisstätte. Wo sie sind, wissen wir nicht. Wir können uns nur Gedanken darüber machen. [...] Dieses einmalige Grab, auf dem seit Jahrtausenden von Menschen unseres Bluts bewohnten Burgberg mit der wunderbaren aus sicherem germanischen Gefühl heraus geschaffenen Gotteshalle soll eine Weihestätte sein, zu der wir Deutschen wallfahrten, um König Heinrichs zu gedenken, sein Andenken zu ehren und auf diesem heiligen Platz im stillen Gedenken uns vorzunehmen, die menschlichen und Führertugenden nachzuleben, mit denen er vor einem Jahrtausend unser Volk glücklich gemacht hat, und um uns wieder vorzunehmen, dass wir ihn am besten dadurch ehren, dass wir den Mann, der nach tausend Jahren König Heinrichs menschliches und politisches Erbe wieder aufnahm, unserem Führer Adolf Hitler für Deutschland, für Germanien mit Gedanken, Worten und Taten in alter Treue dienen.“²¹

Und was waren die Perspektiven nach vierjährigem Krieg?

Es gibt eine Tonaufnahme der Rede von Heinrich Himmler in der Universität in Charkow 1943, gehalten vor ausgesuchten SS-Offizieren:

„Meine SS-Führer [...] Hier im Osten liegt insgesamt die Entscheidung. Die Festung Europa mit ihren Grenzen, die wird, solange es notwendig ist und muss, solange es notwendig ist, eisern gehalten werden. [...] Hier im Osten ist die Entscheidung, dass wir diesen russischen Gegner, dass wir dieses 200-Millionen-Volk der Russen, dass das eben militärisch, blutig, mengenmäßig vernichtet und ausgeblutet wird. [...] Wir haben sicherlich gedacht, dass wir den Russen in Material zunächst kaputtkriegen können. Ich habe die feste Überzeugung, dass wir ihn in Menschen kaputt bekommen. Es sind 200 Millionen. [...] Wie nehmen wir den Russen am meisten – tot oder lebendig – Menschen weg. Indem wir sie totschiessen oder indem wir sie in die Gefangenschaft führen und wirklich der Arbeit zuführen. [...]“

200 Millionen vernichten!!!! Die Festung Europa verteidigen ...

Ich wiederhole:

Die Haut der Zivilisation ist dünn. Wer sich als Glied einer „Rasse“ höherrassig fühlt, verliert bald die Skrupel gegenüber „Minderrassigen“.

Wem der Krieg als „Vater aller Dinge“ erscheint, der kann auch gewissenlos emotionslos Feinde abmurksen.

1976 reiste ich mit Studenten aus Merseburg und Jugendlichen und Studenten aus Köln durch Polen. Wir genossen die Schönheit des Landes und stellten uns unserer deutschen Geschichte, der man nicht ausweichen kann, ob man nun nach Gdańsk und von dort aus nach Stuttowo, ob man nach Kraków und von da aus nach Auschwitz fährt.

Dort hatte ich die Aufzeichnungen von Rudolf Höß²², dem Lagerkommandanten, gelesen und konnte hernach nicht einschlafen, und nachdem ich eingeschlafen war, verfolgten mich Schreckensträume.

Und vor einigen Wochen bat ich meine Mitarbeiterin, etwas aus dem Höß-Tagebuch abzuschreiben. Sie kam erblasst und gab mir entsetzt zurück, was sie hatte abschreiben müssen.

Pervers: Unmittelbar neben dem Vernichtungslager stand die Villa der Familie Höß mit den Sandkästen für die ahnungslosen Kinder.

In Höß steckt etwas von verfehlter Grundausrüstung aus der – deutschen – Erziehung. Da heißt es bei ihm:

„Von Jugend auf zu unbedingtem Gehorsam, zu peinlichster Ordnung und Sauberkeit erzogen, fiel es mir hinsichtlich dieser Dinge nicht besonders schwer, mich in das harte Zuchthausleben einzufügen. Gewissenhaft erfüllte ich meine mir genau vorgeschriebenen Pflichten, machte meine geforderte Arbeit, meist mehr, zur Zufriedenheit der Werkmeister und hielt meine Zelle stets musterhaft sauber und in Ordnung, so dass selbst die böswilligsten Augen nichts zur Beanstandung finden konnten.

Über die Tötung der russischen Kriegsgefangenen an und für sich machte ich mir damals keine Gedanken. Es war befohlen, ich hatte es durchzuführen.“

Wie können Menschen nur in solche Gehorsamsbindungen hineingeraten?

Durch Ausschaltung jeder eigenen Gewissensregung, jedes Mitempfindens und in zwanghafter Gehorsamsleistung. Er überwachte als Lagerkommandant persönlich die Verbringung der in Viehwagen antransportierten Massen von Juden:

„Machte sich Unruhe bemerkbar, so wurden die Unruheverbreiter unauffällig hinter das Haus geführt und dort mit dem Kleinkalibergewehr getötet, das war von den anderen nicht zu vernehmen. Auch das Vorhandensein des Sonderkommandos und dessen beruhigendes Verhalten besänftigte die Unruhigen, die Ahnenden [...] Wichtig war vor allen Dingen, dass bei dem ganzen Vorgang des Ankommens und Entkleidens möglichst größte Ruhe herrschte. Nur kein Geschrei, kein Gehetze.

[...] ich durfte nicht die geringste Rührung zeigen. Ich musste alle Vorgänge mit ansehen. Ich musste, ob Tag oder Nacht, beim Heranschaffen, beim Verbrennen der Leichen zusehen, musste das Zahnausbrechen, das Haarabschneiden, all das Grausige stundenlang mit ansehen. Ich musste selbst bei der grausigen, unheimlichen Gestank verbreitenden Ausgrabung der Massengräber und dem Verbrennen stundenlang dabei stehen. Ich musste auch durch das Guckloch des Gasraumes den Tod selbst ansehen, weil die Ärzte mich darauf aufmerksam machten.“

Gehorsam braucht als Korrektiv die auf Eigenverantwortung beruhende Gewissensinstanz. Und die Gewissensinstanz braucht Maßstäbe.

Und es braucht Menschen, die miteinander einstehen gegen gewissenloses, menschenverachtendes, den Stärkecult preisendes Denken und Verhalten. Auschwitz bleibt ein Stachel im Fleisch unserer Geschichte. So etwas wie Auschwitz kommt nicht wieder, weil – und solange! – wir alle dafür einstehen und uns gegenseitig immer wieder bewusst werden, was auf dem Spiel steht – und gewiss sind, dass wir diesen Kampf um Mitmenschlichkeit gewinnen.

Lächelnd. Zivilcouragiert. Wachsam.

Mich ermutigt der Lebensweg des Buchenwaldhäftlings Stéphane Hessel²³, der sofort nach 1945 alles daran setzte, dass es zu einer „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ auf globaler Ebene käme, der bis zum Schluss für Demokratie und Menschenrechte gekämpft hat, zumal noch in hohem Alter mit seinen kleinen Flugschriften an die Jugend heute: „Empört Euch!“, „Engagiert Euch!“, „Vernetzt Euch!“.

Unvergesslich, hoffnungsstiftend für mehrere Generationen ist Anne Frank, die 1944 notierte:

„Es ist ein Wunder, dass ich nicht alle Erwartungen aufgegeben habe, denn sie scheinen absurd und unausführbar. Trotzdem halte ich an ihnen fest, trotz allem, weil ich noch immer an das Gute im Menschen glaube.“ (Tagebucheintrag vom Samstag, den 15. Juli 1944)

Ich erinnere mich, mit welcher Bewegung, ja Erschütterung, ich las, was Elie Wiesel²⁴, auch ein gerade noch Überlebender, geschrieben hatte:

„Ein Volk, das Goethe und Schiller, Bach und Beethoven hervorgebracht hat, entschloss sich plötzlich, seinen nationalen Genius in den Dienst des Bösen zu stellen und dessen finsterner Macht ein Denkmal mit Namen Auschwitz zu setzen. Eine Gemeinschaft, die wie nur wenige Kultur und Bildung bereichert hat, stellte plötzlich Kultur und Bildung, ja die Grundlagen menschlichen Zusammenlebens in Frage. [...]

Es waren Menschen, die es errichteten, erdachten, planten. Menschen haben es geleitet, erbaut, gerechtfertigt. Und was diese Menschen anderen Menschen angetan haben, muss künftige Generationen beschäftigen, Ihre und die meine und die kommenden. Nach Auschwitz ist selbst die Hoffnung noch voller Qual. Aber nach Auschwitz ist Hoffnung notwendig. Wo ist sie zu finden? Ich glaube, man kann sie, man muss sie allein im Erinnern finden. [...]

Wird Terror unser ewiger Begleiter sein? Der Terrorismus muss entlarvt, entromantisiert und geächtet werden, wollen wir nicht zusehen, wie er sich weiter ausbreitet. [...]

Ich bin beunruhigt. Wir sind es alle. Wir alle sitzen in dem Zug, der dem Abgrund entgegenrast. Wenn wir nicht sofort die Notbremse ziehen, wird es zu spät sein.“

Soweit Elie Wiesel, der im vorigen Jahr gestorben ist.

Ja, Erinnern ist Arbeit, ist schwerste Arbeit an sich selbst und kann nur dann zugleich zukunftsweisend und hoffnungsvoll werden, wenn wir einander versichern, dass wir dafür einstehen – miteinander –, dass so etwas bei uns nicht wieder geschieht –, und dass auch nicht politisch-moralisch irre Menschen wieder politische Macht bekommen – wie jener demagogische Geschichtslehrer, der wiederholt süffisant von den „tausend deutschen Jahren“ spricht und für Deutschland von weiteren tausend Jahren. Und das „Völkische“ überlagert – sich harmlos gebend – das Patriotische.

Menschen wurden in der Menschheitsgeschichte seltener als Menschen gleich geachtet, gleich gewürdigt, gleich bewertet, sondern sie wurden als Aus- und Abgegrenzte, Lebensunwerte, Minderwertige behandelt und unterdrückt.

Wir stehen vor den noch kaum kalkulierbaren Herausforderungen der Globalisierung, der Gewalt- und Armutsmigration, der religiösen oder nationalistischen Regression, des so schwer fassbaren, weltweit gefürchteten Terrorismus.

Jede – jede! – nationalistische Verengung ist von Übel.

Mich beschleicht bisweilen der Verdacht, die Parole „Deutschland zuerst“ würde auch bei uns mit demagogischer Kraft die Hälfte der Wähler überzeugen können.

Wir können nicht sicher sein, dass uns das Grauen nicht wieder ereilt, das nationalistische Gefühle zu einer nationalistischen „Wiedergeburt“ werden.

Aber wir können etwas dagegen tun und das fordert heraus, zuversichtlich zu sein, nicht wie gebannt vor einer Gefahr da zu hocken und sich zurückzuziehen, sondern uns mutig, selbstbewusst, zivilcouragiert, alltäglich klarmachen und Klarheit gegenüber jedermann walten lassen, welch ein großes Gut unser Grundgesetz ist.

Und dass die Feststellung von Artikel 1, Absatz 2 unseres Grundgesetzes gilt! Weil die Würde des Menschen unantastbar ist, bekennt sich das deutsche Volk – nun wörtlich – „zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“.

Ja, dieses deutsche Volk bekennt sich in großer Mehrheit dazu und ist bereit, dafür einzutreten im Rahmen unserer Demokratie, im Rahmen einer europäischen Friedensordnung und im Rahmen der Verpflichtungen, die wir in den Vereinten Nationen mit anderen Völkern zusammen eingegangen sind. Darüber haben nicht nur „die da oben“ zu wachen, sondern auch jeder von uns, hier ganz unten, ganz alltäglich.

In diesem Jahr, in dem wir an 500 Jahre Reformation erinnern, ist auch zu erinnern an Befreiung des Einzelnen vom mächtigen Über-Ich einer zentralistischen Kirche, samt deren Selbstermächtigung zur Verbrennung von Ketzern und angeblichen Hexen.

Und es ist auch nicht zu verschweigen, dass es bei Martin Luther wie bei der großen Mehrheit der Deutschen – auch der Humanisten! – eine allgemeine Abwehr und Minderachtung der Juden, einen bösen, einen gewalttätigen Anti-Judaismus gab.

Luther hatte sich selbst die Frage gestellt:

„Was sollen wir Christen nun tun mit diesem verworfenen, verdammten Volk der Juden? [...] dass man ihre Synagoge oder Schule mit Feuer anstecke und, was nicht verbrennen will, mit Erde überhäufe und beschütte, dass kein Mensch einen Stein oder Schlacke davon sehe ewiglich.“

Ja, Luther sagte am Ende seines Lebens, in einer regelrechten Feindphobie, dass die Juden selber Schuld seien, denn sie würden ja Brunnen vergiften, heimlich morden, Kinder stehlen und sofort.

Und man solle sie gleich wie Hunde behandeln und ihnen verbieten, unter uns zu arbeiten, zu hantieren und menschliche Gemeinschaft zu haben. Man täte Martin Luther aber Unrecht, wenn man dies in den Mittelpunkt des Erinnerns stellen würde.

Zugleich wäre es ganz unredlich, wenn wir diese dunkle Seite mit allen Folgen durch die Jahrhunderte in diesem Jubiläumsjahr unterschlägen.

Wir alle brauchen das Wissen um uns selbst als gefährdete Wesen. Wir sind Gefährdete – passiv, und Gefährder – aktiv!

Wir als Menschen, die wir nur froh sein können, wenn wir nicht in Zusammenhängen groß geworden sind, in denen es zu den Lebensmaximen gehört, Menschen nach Herkunft ein- und abzuurteilen.

Wir sind zivilisierte Wesen auf Abruf. Es ist offen, ob wir doch noch einmal dazu kommen, das Menschengeschlecht und darin jeden Einzelnen so im Blick zu behalten, dass das Wort brüderlich nicht altmodisch erscheint.

Meine sehr verehrten Mitbürger, wir haben keinen Grund vor den Aufgaben, die vor uns stehen, zu kapitulieren. Und wir können unser Land, – ohne die große Narbe blutigster Geschichte zu (ver-)leugnen, uns etwas zutrauen:

Und zwar etwas Gutes. Eindrücklich Brechts Kinderhymne 1949:

„Anmut sparet nicht noch Mühe
Leidenschaft nicht noch Verstand
Dass ein gutes Deutschland blühe
Wie ein andres gutes Land“

Wie ein andres gutes Land! Wie ein andres gutes Land!

Ein wunderbares Land, das nicht vergisst, dass es sich einmal auf unbegreifliche Weise

mörderisch vergessen hatte.

Wir brauchen erinnernde Vergegenwärtigung auch des Widerwärtigen, das durchaus wieder und wieder emotional berührt, abschreckt, aufschreckt, aufrührt.

Wir brauchen miteinander in unserem Bundesland weiterhin eine gute angemessene Gedenkkultur – an das, was bedenkens- und bewahrens- und bewunderswert gewesen und geblieben ist, und wir brauchen Erinnerung an das, was uns einen Schrecken einjagt und uns zugleich wach macht gegenüber jedem antihumanen, antiaufklärerischen, feindbild- und vorurteilsbezogenen, reaktionären oder neonazistischen Denken, Fühlen, Sprechen und Wollen.

Die überlebende Jüdin, die Friedens- und Literaturnobelpreisträgerin Nelly Sachs²⁵ schärft uns ein:

„[...] Wenn die Propheten einbrächen
durch Türen der Nacht
mit ihren Worten Wunden reißend
in die Felder der Gewohnheit,
[...]

Wenn die Propheten einbrächen
durch Türen der Nacht
und ein Ohr wie eine Heimat suchten –

Ohr der Menschheit
du nesselverwachsenes,
würdest du hören?

Wenn die Stimme der Propheten
auf dem Flötengebein der ermordeten Kinder
blasen würde,
die vom Märtyrerschrei verbrannten Lüfte
ausatmete –
wenn sie eine Brücke aus verendeten Greisenseufzern
baute –

Ohr der Menschheit
du mit dem kleinen Lauschen beschäftigtes,
würdest du hören?
[...]

Wenn die Propheten aufstünden
in der Nacht der Menschheit
wie Liebende, die das Herz des Geliebten suchen,
Nacht der Menschheit
würdest du ein Herz zu vergeben haben?“

----- JA -----

Anmerkungen

- 1 Roman Herzog (1934 – 2017) war von 1994 bis 1999 Bundespräsident. Im Januar 1996 erklärte er den 27. Januar zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.
- 2 Brecht, Bertolt: Denn wovon lebt der Mensch?
- 3 Heinrich Himmler (1900 – 1945) war Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei.
- 4 Reinhard Heydrich (1904 – 1942) war ab 1936 Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) und übernahm 1939 die Leitung des neu geschaffenen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA).
- 5 Rudolf Höß (1900 – 1947) leitete ab Mai 1940 das KZ Auschwitz. Ab November 1943 war er Leiter der für die Konzentrationslager zuständigen Amtsgruppe D im SS-Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamt (WVHA), wurde im Mai 1944 erneut in das KZ Auschwitz versetzt.
- 6 Adolf Eichmann (1906 – 1962) leitete ab 1939 das Referat IV D 4 „Auswanderung und Räumung“ (ab 1941 Referat IV B 4 „Judenangelegenheiten, Räumungsangelegenheiten“) des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin, wo er mit der Organisation der Deportationen von mehreren Millionen Jüdinnen und Juden in die Ghettos und Konzentrationslager betraut war.
- 7 Hans Frank (1900 – 1946) war von Oktober 1939 bis Januar 1945 Generalgouverneur der besetzten, nicht in das Deutsche Reich eingegliederten, polnischen Gebiete (Generalgouvernement).
- 8 Nach der Ermordung Reinhard Heydrichs wurde Ernst Kaltenbrunner (1903 – 1946) zu dessen Nachfolger ernannt.
- 9 Am 20. 01. 1942 fand auf Einladung von Reinhard Heydrich die „Wannsee-Konferenz“ in der Berliner Villa

- „Am Großen Wannsee 56–58“ statt, bei der die Zusammenarbeit aller Dienststellen koordiniert wurde, die an der Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden beteiligt waren.
- 10 Anne Frank (1929–1945) wurde als Kind jüdischer Eltern in Frankfurt am Main geboren. Ihre Familie flüchtete 1933 vor den Nationalsozialisten nach Amsterdam. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in die Niederlande versteckten sich Anne Frank und ihre Familie von 1942 bis 1944 in einem Amsterdamer Hinterhaus, wo Anne Frank ihr Tagebuch schrieb, das 1947 erstmals veröffentlicht wurde.
 - 11 Stéphane Hessel (1917–2013) war ein französischer Résistance-Kämpfer, der nach dem Zweiten Weltkrieg als Diplomat, Lyriker, Essayist und politischer Aktivist bekannt wurde.
 - 12 Jorge Semprún (1923–2011) schloss sich 1941 der französischen Résistance an, wurde 1943 verhaftet und in das KZ Buchenwald verbracht. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er als Schriftsteller tätig. Zu seinen bekanntesten Romanen gehören „Die große Reise“ (1963) und „Was für ein schöner Sonntag!“ (1980).
 - 13 Fred Wander (1917–2006) geboren als Fritz Rosenblatt, war ein österreichischer Schriftsteller. Er überlebte die Konzentrationslager Auschwitz und Buchenwald. Wander veröffentlichte zahlreiche Romane, Erzählungen, Theaterstücke, Reiseliteratur und Jugendbücher. Zu seinen bekanntesten Werken gehört „Der siebente Brunnen“ (1971).
 - 14 Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD im Thüringer Landtag, hat am 17. 01. 2017 bei der AfD Jugendorganisation Junge Alternative in Dresden eine Rede gehalten.
 - 15 Richard von Weizsäcker (1920–2001) war von 1984 bis 1994 Bundespräsident. Mit seiner Rede am 08. 05. 1985, dem 40. Jahrestag des Kriegsendes, hat er die deutsche Erinnerungskultur maßgeblich geprägt. Vgl. dazu http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html [Stand vom 10. 03. 2017]
 - 16 Ernst Johannes Fritz Thälmann (1886–1944) war ab 1925 Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands. Er wurde am 03. 03. 1933 verhaftet und im August 1944 im KZ Buchenwald erschossen.
 - 17 Paul Robert Schneider (1897–1939) war evangelischer Pfarrer und Mitglied der Bekennenden Kirche. Er wurde im Juli 1939 im KZ Buchenwald ermordet.
 - 18 Das Hauptquartier der alliierten Streitkräfte prägte im Zweiten Weltkrieg den Sammelbegriff „Displaced Persons“ (kurz DP) für Zivilpersonen, die sich kriegsbedingt außerhalb ihres Heimatstaates aufhielten.
 - 19 Johannes Robert Becher (1891–1958) war ein deutscher Dichter und Politiker.
 - 20 Der zynische Spruch „Arbeit macht frei“ war u. a. an den Eingangstoren der Konzentrationslager Dachau, Sachsenhausen und Auschwitz zu lesen.
 - 21 Die Rede Heinrich Himmlers am 02. 07. 1936 im Dom zu Quedlinburg ist 1936 im Magdeburger Nordland-Verlag erschienen.
 - 22 Vgl. Anm. 5.

- 23 Vgl. Anm. 11.
- 24 Elie Wiesel (1926–2016) überlebte die Konzentrationslager Auschwitz und Buchenwald. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er als Schriftsteller, Hochschullehrer und Publizist bekannt. Wiesel erhielt 1986 den Friedensnobelpreis.
- 25 Nelly Sachs (1891–1970) war eine jüdische Schriftstellerin und Lyrikerin.



Georges Petit, ehemaliger Häftling, bei seiner Rede am 9. April 2017 in Langenstein

Gedenkrede des ehemaligen Häftlings Georges Petit aus Anlass des 72. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge Sonntag, den 9. April 2017

(aus dem Französischen übersetzt von Gesine Daifi)

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kameraden,

seitdem ich die jährliche Reise zum Lager Langenstein-Zwieberge unternehme, frage ich mich oft, welche Gefühle mich an diese Orte ziehen. Zum ersten Mal zog ich am 22. Mai 1944 durch Langenstein, zusammen mit rund einhundert anderen Häftlingen, die aus dem Hauptlager Buchenwald geschickt wurden, um dort einen Stollen für ein unterirdisches Werk zu graben. Bei unserer Abfahrt hatte sich das Gerücht verbreitet, dass unser Ziel Dora wäre, Dora, schlimmer noch als die Hölle. Doch statt-

dessen war es ein schmuckes Dorf im Harz, das ich an diesem Frühlingstag durchquerte.

Die unerwartete Euphorie, die mich in diesem Moment überkam, verflog jedoch, sobald die Arbeiten im Stollen richtig begannen, und die Situation wurde im weiteren Verlauf nur noch schlimmer. Arbeit und Schläge nahmen zu, die Verpflegung nahm ab, das Abmagern unserer Körper begann unseren Mut zu untergraben, und schließlich verschlimmerte der Winter noch all diese Leiden. Der Abmarsch der Evakuierungskolonnen am 9. April 1945 setzte zunächst unsere Hoffnungslosigkeit aus, und zu Beginn des Marsches hatten wir auch nicht das Gefühl, einen „Todesmarsch“ zu beginnen, sondern hatten vielmehr einen Marsch angetreten, der absurd war wie so viele andere Dinge, zu denen wir gezwungen wurden. Doch sehr bald schon zeigte sich der Tod: In Gestalt von Verringerungen der Rationen, von Gewaltmärschen und Plünderungen durch junge Russen und, von der dritten Etappe an, in Gestalt von Erschießungen der Unglücklichen am Schluss der Kolonne durch die Nachhut der SS, weil sie nicht mehr folgen konnten und am Ende ihrer Kräfte zusammenbrachen.

Eines Morgens war ich völlig erschöpft und glaubte, nicht mehr weitermarschieren zu können. In diesem Moment begriff ich, dass ich fliehen musste, wie groß auch immer das Risiko wäre. Und so taumelte ich am Abend, den Schatten eines kleinen Wäldchens und die Entfernung des SS-Postens ausnutzend, bis zu einem Graben am Rande des Weges und ließ mich dort in einem Zustand fast vollständiger Lähmung hineinfallen. Die Nacht, die darauf folgte, war die hoffnungsloseste von allen Nächten, die ich bis dahin erlebt hatte. Doch von diesem Zeitpunkt an reihten sich meine Erlebnisse aneinander wie Stufen auf einer Leiter zur Rückkehr ins Leben. Zuerst wurde ich von einer Patrouille des Volkssturms festgehalten, die mich laufen ließ, nachdem sie mir ein Stück Brot geschenkt hatte. Dann, nachdem ich versucht hatte, mich in einem Strohdienem zu verstecken, fand ich diesen Ort von einem anderen Geflüchteten besetzt, wunderbarerweise auch ein Franzose, mit dem ich das Abenteuer fortsetzen konnte. Später, nachdem wir Zuflucht in einem kleinen Wäldchen gesucht hatten, brachte uns ein geheimnisvoller Mann etwas zu Essen und ein paar Zigaretten. Am Nachmittag besuchten uns mehrere Frauen. Eine von ihnen, eine Ärztin, stellte eine Art Rezept für unsere Ernährung aus. In der Nacht darauf wurden wir in ein erstes Versteck gebracht, später in ein weiteres, das uns für die folgenden zehn Tage Unterschlupf gewähren sollte.

Wir waren auf dem Heuboden eines Schafstalls in einem Dorf namens Griebo am rechten Ufer der Elbe. Unser Gastgeber, ein alter Kommunist, wartete in einem Zustand höchster Erregung auf die Ankunft der sowjetischen Armee. Doch obwohl das Dorf auf der Seite der russischen Streitkräfte lag, war es zu seiner großen Enttäuschung der Jeep einer amerikanischen Patrouille, der am 30. April dort erschien. Zwei Soldaten nahmen das Dorf ein und teilten Schokolade und Bonbons aus. Eine lebhafte kleine Traube von Kindern, einige hatten ihre Mütter dabei, und eine Gruppe junger Mädchen scharte sich um die beiden. Die Szene faszinierte mich wegen ihrer Spontanität, doch ich kam aus einer Welt, in der Hunger, erschöpfende Arbeit und unsinnige Befehle das Werkzeug meiner Unterwerfung waren. Bei meinen ersten Schritten in die wiedergewonnene Freiheit trug noch alles in mir den Stempel dieser Abhängigkeit, was dazu führte, dass ich mich aus dieser lebhaften Szene ausgeschlossen fühlte. Ich verstand also, dass das Glück nicht im einfachen Verschwinden des Hungers, des Schmerzes und der Erniedrigung lag, sondern weit mehr ist: Nämlich die Fähigkeit, im Inneren unserer selbst bis dahin unbekannte Quellen für Zufriedenheit zu entdecken, die das wahre Glücksgefühl spenden. Das war es, was der faszinierende Tanz der schreienden Kinder und der sittsamen jungen Mädchen mir vermittelte. Ihre Lebensfreude explodierte in diesem – angesichts der Niederlage ungehörigen – Anblick von Fröhlichkeit. Eines der jungen Mädchen, von dem ich meinen Blick nicht abwenden konnte, versuchte ein wenig Ordnung in dieses Treiben zu bringen. Sie ging von Einem zum Anderen und ihr Rock wehte um ihre nackten Beine. Und ich betrachtete sie stumm.

Als die Soldaten wieder abgezogen waren, verlief sich die Gruppe und ich näherte mich ihr. So nah an einem weiblichen Körper! So nah an einem Körper mit Konturen, die zwei Jahre lang so sehr in Vergessenheit geraten waren. Wir führten dann ein völlig banales Gespräch wie zwei Reisende, die sich zufällig trafen und versuchten, Anknüpfungspunkte zu finden und schließlich ihre Adressen tauschten. Noch heute bedauere ich diese Banalität, denn die Briefe und Päckchen, die ich ihr und meinem Retter, dem Schäfer, geschickt habe, sind hoffnungslos ohne Antwort geblieben. Der Schleier hatte sich leider schon über den Osten gelegt.

Sicher sind es diese unerwarteten Wendungen bei meiner Befreiung 1945 in Griebo, die mein nicht zurückzdrängendes Interesse für Deutschland ausmachen, aber der merkwürdige Zug durch das Dorf Langenstein im Jahre 1944 war der Auftakt dazu.



André Frères und Kyara Delhez bei ihrer Rede am 9. April 2017 in Langenstein

**Gedenkrede von André Frères, Mitglied der „Gruppe der 2. Generation“, gemeinsam mit Kyara Delhez, aus Anlass des 72. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge
Sonntag, den 9. April 2017**

(aus dem Französischen übersetzt von Gesine Daifi)

Sehr geehrte Damen und Herren,

eigentlich sagt man, dass sich Geschichte nicht wiederholt, was sein mag, doch sie gerät auf ganz gefährliche Weise ins Stocken. Leider gibt es Gewaltherrschaft und Machtmissbrauch nach wie vor an zahlreichen Orten und in vielen Ländern dieser Welt: in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten oder Osteuropa – so gut wie alle Kontinente sind davon betroffen.

Und häufiger als je zuvor stehen Barbarei, Niedertracht, Hass, Terrorismus, Werteverfall, Fanatismus und das Streben nach Profit mit Mitteln, die man ganz und gar nicht gut heißen kann, auf den ersten Seiten unserer Medien. Die Vergangenheit muss daher in unserem Gedächtnis wach bleiben, und es ist unerlässlich, dieses Wissen heute an junge Menschen weiter zu geben. Und so wende ich mich vor allem an Euch junge Leute aus aller Welt, um Euch zu schildern, welche Auswirkungen das tragische Schicksal, das meine Familie ereilt hat, auf mein früheres und heutiges Leben hat.

Warum ich heute hier bin?

Nach Ausbruch des Krieges hatte meine Familie nach und nach begonnen, Widerstand zu leisten, zuerst eher spontan, später als Teil eines Kontaktnetzes, das aufgebaut worden war. Zu ihren Aufgaben gehörten das Beschaffen von Waffen, das Überbringen von Nachrichten und das Verstecken von Deserteuren und Männern, die den Dienst in der deutschen Armee verweigert hatten.

Am 15. August 1944 wurden fünf Mitglieder meiner Familie aufgrund einer Denunzierung von der Gestapo verhaftet; das waren mein Großvater Arille Frères, seine Söhne Joseph und Jules und seine Töchter Irène und Rosine.

Jules konnte später während eines Bombenangriffs auf den Bahnhof in Aachen flüchten, was ihm das Leben gerettet hatte.

Rosine, die frisch operiert war und aus ihrem Genesungsbett heraus verhaftet wurde, hatte die Gefangennahme wie durch ein Wunder überlebt.

Beide Tanten waren in verschiedenen Lagern in der Umgebung von Köln und Bonn und beide hatten das Glück zu überleben.

Mein Großvater Arille und mein Onkel Joseph kamen nach einem kurzen Aufenthalt in Köln erst nach Buchenwald und wurden dann mit dem Transport vom 14. November 1944 hierher nach Langenstein überstellt. Mein Großvater starb 44 Tage später, am 28. Dezember, mit 53 Jahren. Mein Onkel starb am 18. März 1945 nach zwei Aufenthalten im Krankenrevier. Am Vortag seines Todes war er aus dem Revier entlassen worden.

Das ist die Antwort auf die Frage, warum ich heute hier bin.

Meine Großmutter, mein Vater, meine Onkel und Tanten – zwei von ihnen hatten ja ihre Lagerhaft überlebt – haben immer erzählt, dass mein Großvater ein Kindernarr war und seine Familie über alles geliebt hat. Und auch wenn ich ihn niemals kennengelernt

habe, so bin ich doch heute sehr stolz darauf, dass sein Name Arille auch einer meiner Vornamen ist.

Da ich schon sehr früh hörte, wie gut man über ihn erzählte, habe ich gespürt, wie sehr er vermisst wurde. Eine Leere war entstanden, es fehlte ganz einfach jemand. Ein gemeiner Verrat hatte ihn der Zuneigung seiner Familie entrissen. Ich habe von diesem fehlenden Großvater geträumt und träume noch immer von ihm.

Ich habe ein wertvolles Vorbild verloren, eine feste Schulter zum Anlehnen, wenn es schwierig wurde. Aber es sind auch gemeinsame Momente der Freude, die ich nie kennengelernt habe.

Und nicht zu vergessen mein Onkel Joseph, mit dem ich die Freude an Holzarbeiten hätte teilen können.

Um zu verstehen, was meine Kindheit ausmachte, muss man wissen, dass ich in der Nähe von Bastogne geboren wurde. Diese Stadt wurde im Zuge der Ardennenoffensive eingekesselt, doch amerikanische Truppen konnten sie im Dezember 1944 erfolgreich gegen die Deutschen verteidigen.

Wie alle Kinder meiner Zeit in den Ardennen wurde ich antideutsch erzogen. Das ging so weit, dass von allen deutsch sprechenden Familienmitgliedern nur ein Onkel seinen Kindern Deutsch beigebracht hat. Damals wie heute wäre mir diese Sprache sehr hilfreich gewesen. Aber meine Großmutter – eine streng gläubige Christin – hat sehr früh der Rache abgeschworen und, durch welche Willensanstrengung auch immer, den Verlust ihrer beiden Lieben verziehen und uns den Sinn des Wortes Verzeihen gelehrt. Ich gebe zu, dass es nicht immer leicht war. Man kann und muss verzeihen, aber vergessen darf man niemals.

Während meines Berufslebens war ich auf den Straßen in ganz Europa unterwegs. Die Erinnerungen daran sind verblasst, die Verrichtungen und Aktivitäten des Alltags sind in den Vordergrund gerückt. Doch bevor ich in Rente ging, habe ich in der Einsamkeit meines Lastkraftwagens oft an meinen Großvater und Onkel gedacht, habe mich gefragt, was wohl aus ihnen geworden ist, wo sie sind und was man tun könnte, um ihre Spuren zu finden.

Es war mein Cousin Christian, der Antwort fand. Beide haben wir gesucht und gefunden. Und unser Wunsch, etwas in Erfahrung zu bringen, ging 2010 in Erfüllung. Meine

Sichtweise hat sich daraufhin völlig geändert, für mich begann ein ganz anderes Nachdenken über das Leben, und es entstand das Bedürfnis, etwas von dem weiterzugeben, was ich erfahren hatte.

Wir hatten nämlich die Bestätigung erhalten, dass unsere Angehörigen mit ihren Leidensgenossen für immer hier geblieben sind, unser Großvater in Quedlinburg und mein Onkel hier, in dem großen Massengrab hinter mir.

Ich habe für mich Lehren aus dieser Geschichte gezogen; die wichtigste für mich ist, dass man vergeben muss. Hass und Rachegefühle erzeugen immer wieder Gewalt und setzen diesen unsäglichen Kreislauf des Leids in Gang. Vergeben dagegen bringt uns Frieden und innere Ruhe.

Die Zahl der Menschen, die in diesem Massengrab und auf anderen Friedhöfen ruhen, ist groß und auch all die Opfer des Todesmarsches zählen dazu – lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass es die letzten Toten sein mögen.

Die Zeit vergeht schnell, auch unsere „Gruppe der 2. Generation“ kommt in die Jahre und es ist wichtig für uns, dass wir Nachfolger haben. Mein Wunsch wäre es, diese Lehre des Verzeihens mit jungen Menschen aus aller Welt zu teilen.

An meiner Seite steht Kyara – sie verkörpert die 4. Generation, ihr Urgroßvater ruht in diesem Massengrab.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit und ich übergebe das Wort an Kyara.

Ansprache von Kyara Delhez:

Im vergangenen Jahr bin ich zum ersten Mal nach Langenstein gekommen. Meine Großeltern hatten mir erzählt, dass mein Urgroßvater in diesem Lager Langenstein ums Leben gekommen ist.

Während der Besichtigung des Stollenteils und des ehemaligen Lagergeländes war ich erschüttert – so viele Häftlinge haben an diesen Orten Zwangsarbeit verrichten und leiden müssen.

Die Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die verstorbenen Häftlinge an den Massengräbern war sehr bewegend, vor allem, als wir vor der Namenstafel von René Maurice standen – er war mein Urgroßvater.

Was mich auch sehr beeindruckt hat, war, dass ich mit einem Überlebenden sprechen konnte – mit Herrn Georges Petit, und dass ich während der Kranzniederlegung in Halberstadt an seiner Seite sein durfte.

Ich denke, dass ich verstanden habe, dass selbst wir, die „jungen Leute“, achtgeben müssen auf alle negativen Entwicklungen, die so tragische Verhältnisse zur Folge haben könnten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Stolpersteine für Sinti und Roma in Halle (Saale)

Michael Viebig

„Hier geboren. Sieben Kinder. Frauenklinik Halle. Deportiert/ Ermordet. Zigeunerlager Auschwitz-Birkenau“. Diese Informationen enthält ein sogenannter Kopfstein, ein Stolperstein ohne Namen, auf dem Bürgersteig vor der ehemaligen Frauenklinik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Am 17. November 2016 versammelten sich zahlreiche Hallenserinnen und Hallenser in der Magdeburger Straße 24, um einer schon mehrfach in der Saalestadt durchgeführten und doch ungewöhnlichen Gedenkaktion beizuwohnen: der Verlegung von Stolpersteinen. Mehr als 200 solcher Erinnerungszeichen befinden sich bereits vor Häusern, in denen Menschen gewohnt hatten, die während der nationalsozialistischen Diktatur Opfer des Holocaust oder anderer Vernichtungsmaßnahmen der Machthaber geworden waren, meist jüdische Mitmenschen, einige als Angehörige der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas. Ungewöhnlich ist der Ort: Eine Frauenklinik. Ungewöhnlich sind die Opfer: Kinder aus Sinti- und Roma-Familien.

Schon mehrfach hatte es in den vergangenen Jahren Versuche gegeben, auch der Menschen zu gedenken, die als sogenannte Zigeuner in Halle als Tagelöhner, Gebrauchtwarenhändler oder Inhaber kleiner Fuhrgeschäfte gelebt oder sich nur zeitweise in der Stadt aufgehalten hatten, weil sie ihren Lebensunterhalt als reisende Handwerker und Künstler verdienten. Seit Mitte der 1930er Jahre schrittweise ihrer Lebensgrundlagen beraubt und immer konsequenter an den Rand der Gesellschaft gedrängt, erfolgte schließlich deren Ghettoisierung in einem sogenannten Zigeunerlager in der Krosigkstraße (heute Geschwister-Scholl-Straße), Anfang März 1943 letztendlich die Deportation in das Vernichtungslager Auschwitz. Die Mehrzahl von ihnen ist dort ermordet worden.

Kaum eine Opfergruppe ist so spurlos aus der Stadt Halle verschwunden wie diese Menschen – ausgegrenzt, außerhalb des Interesses ihrer „Mitbürger“ und behördlich nur nachzuweisen in Unterlagen von Einrichtungen, die der „Ausmerzungen Gemeinschaftsfremder“ dienten: Gerichte und Polizei. Es ist im Rahmen dieses Beitrages nicht möglich, die Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma auch nur annähernd zu umreißen oder die



Der Kölner Bildhauer Gunter Demnig (Mitte) bei der Stolperstein-Verlegung vor der Universitätsfrauenklinik Halle

wesentlichen Etappen dabei aufzuzeigen¹, zumal die einzelnen Schritte in konkreten, die Stadt Halle betreffenden Unterlagen bislang nicht zu nachzuweisen sind. Im Unterschied zu anderen großen Kommunen des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt – Magdeburg und Dessau – findet sich außerordentlich wenig Quellenmaterial, das auf die Spuren dieser Menschen führt, ihre Geschichten rekonstruieren hilft und verlässliche Aussagen auf ihre Wohn- und Aufenthaltsorte zulässt. Es gibt keine Fotos, die eindeutig Familien oder namentlich bekannten Menschen zuzuordnen sind; keine Berichte von Überlebenden. Dennoch äußerten verschiedene Bürgerinnen und Bürger der Stadt in den letzten Jahren immer wieder die Bitte, auch für die aus Halle „verschwundenen“ Sinti und Roma Stolpersteine verlegen zu lassen und boten an, dies über Spenden zu finanzieren. Heidi Bohley als Projektverantwortliche des Vereins „Zeitgeschichte(n) e. V., Verein für erlebte Geschichte“² organisiert die Stolpersteinverlegungen seit vielen Jahren, führte zahlreiche Recherchen selbst durch und hält die Erinnerung an die Opfer auf vielfältige Weise wach. Das Fehlen verwertbarer historischer Quellen verhinderte jedoch bisher jede Spurensuche, die in der Festlegung eines konkreten Ortes für eine solche Art der Erinnerung hätte münden können. Im Spätsommer 2014 gab es einen erneuten Versuch, initiiert von dem Hallenser Ralph Voigt, der anlässlich seines 50. Geburtstages Spenden für Stolpersteine



Stolpersteine vor dem Wohnhaus Neumarkstraße 1–3

gesammelt hatte und auf die Idee gekommen war, damit Erinnerungszeichen für Sinti und Roma zu finanzieren. Er regte an, durch Zusammenwirken des Vereins Zeitgeschichte(n) und der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) mehr über diese fast vergessenen Opfer in Erfahrung zu bringen und entsprechende Erinnerungsorte zu finden. Den Verein und die Gedenkstätte verbindet ohnehin eine schon traditionell zu nennende Kooperation bei der Erinnerungsarbeit, vorwiegend verknüpft mit der Verfolgung Andersdenkender in der DDR. Es lag also nahe, auch auf diesem Feld enger zu kooperieren.

Im Ergebnis erster Bemühungen gelang es der Gedenkstätte, drei verschiedene historische Quellen – Standesamtseintragungen, Dokumente der „Dienststelle für Zigeunerfragen“ bei der Kriminalpolizeileitstelle Halle³ und eine Akte des Sondergerichtes Halle⁴ – zu ermitteln. Die daraus gewonnenen Fakten und Sachverhalte konnten mit jenen Angaben verglichen werden, die sich in einer Dokumentation – den Hauptbüchern des „Zigeunerlagers“ von Auschwitz⁵ finden lassen. Im Ergebnis entstand eine zunächst tabellarische Auflistung von Personen, zu denen nun weitere Angaben gefunden werden mussten.

Die Hauptbücher enthalten folgende Kategorien: Häftlingsnummer, Haftart, Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Religion, Stand, Beruf, Eingang ins Lager, Bemer-

Zigeuner ziehen durch die Stadt

Aufnahmen: Walter Danz



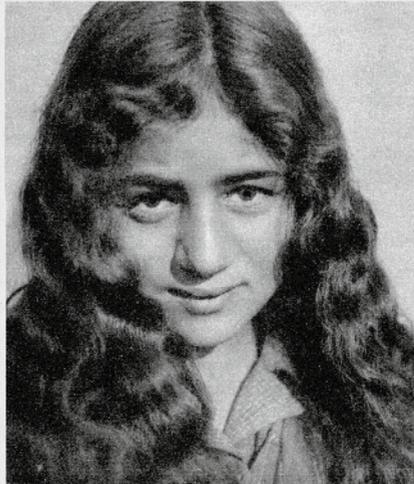
Das pfiffige Zigeunerkind.
Düht vor der Kamera.



Auf den Rädern zu Hause . . .
Zigeuner-Quartier an der Ludwigstraße in Halle.



Schnell einen Blick
in den Schlafwagen.



Mit lang herabwallenden Haaren.

Verenloort bij: Blootkruis Hart. 24E.

Noch bis Mitte der 1930er Jahre bestimmten klischeebehaftete und romantisierende Darstellungen die öffentliche Wahrnehmung des sogenannten Zigeunerlebens. – Letzte Seite einer Ausgabe der Hallischen Illustrierten Nachrichten mit Fotos von Walter Danz, Januar 1935. Stadtarchiv Halle (Saale), S 6.1_Ca 13534

kungstext und Bemerkungsdatum. Die Kategorie „Eingang ins Lager“ enthält lediglich das Datum, keine Herkunftsorte; der Inhalt des „Bemerkungstextes“ häufig die Angabe „Gest.“ für „gestorben“ oder im Falle einer Weiterverlegung aus Auschwitz in andere Lager die Bemerkung „Transport“. Die Spalte „Bemerkungsdatum“ nennt das Datum zu der Bemerkung in der Spalte zuvor, bei „Gest.“ also das Sterbedatum. Eine wesentliche Angabe, um Verlegungsorte für Stolpersteine zu bestimmen, fehlt jedoch: der letzte Wohnort der Deportierten. Es war anhand der Angaben also nur möglich, Menschen zu identifizieren, die in Halle geboren wurden, nicht jedoch deren Eltern, sofern sie zugezogen oder Nichtsesshafte waren. Im Rahmen der Auswertung fiel eine Gruppe von Kindern auf, die in den 1930er und insbesondere Anfang der 1940er Jahre in Halle zur Welt gekommen war. Bei diesen Kindern bestand eine Chance, sie in den Unterlagen des Standesamtes zu finden. Die Einträge in den Geburtenregistern des Standesamtes wiederum bieten oft eine Fülle weiterer Informationen: Name und Vorname der Mutter, ihr Wohnort zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes, Angaben zum Ehemann und/oder Kindesvater, die Eheschließung der Eltern, vor allem aber den genauen Geburtsort des Kindes – und manchmal die Angabe über dessen Tod in Auschwitz. Bei sieben Kindern – geboren zwischen April 1940 und Juli 1942 – fanden sich entsprechende Einträge im Geburtenregister des Standesamtes; alle sieben sind im Hauptbuch des „Zigeunerlagers“ am 8. März 1943 als „Lagereingang“ in Auschwitz vermerkt. In den Standesamtsunterlagen ist als Geburtsort jedes Mal die Frauenklinik angegeben, als anzeigende Behörde die „Direktion der Universitäts-Frauenklinik in Halle (Saale)“. In allen sieben Fällen gelang es mit Hilfe der Hauptbücher sowie der Auswertung weiterer Unterlagen des International Tracing Service (ITS) in Bad Arolsen, die Sterbedaten dieser Kinder zu bestimmen. Für sie wurden am 17. November 2016 die ersten Stolpersteine verlegt:

Reinhold BELLO, geboren am 3. März 1941⁶, ermordet am 4. April 1943

Josef BELLO, geboren am 7. November 1940⁷, ermordet am 5. April 1943

Johannes LAUENBURGER, geboren am 18. März 1941⁸, ermordet am 18. April 1943

Marianne GEISLER, geboren am 23. April 1940⁹, ermordet am 24. April 1943

Karl BELLO, geboren am 9. Juli 1942¹⁰, ermordet am 1. Mai 1943

Franz PETERMANN, geboren am 13. März 1941¹¹, ermordet am 7. Mai 1943

Mala BELLO, geboren am 24. Januar 1942¹², ermordet am 29. Juli 1943.

Anhand der Angaben zu den Eltern dieser Kinder konnten seitens der Gedenkstätte in einem nächsten Schritt Informationen darüber eingeholt werden, ob auch sie unter den im Hauptbuch oder anderen Unterlagen des ITS Bad Arolsen eingetragenen Personen zu finden sind. Die Geburtsangaben der Eltern wurden, sofern das möglich war, außerdem mit Angaben aus deren Geburtsstandesämtern abgeglichen. Für zwei Familien, die bis unmittelbar vor ihrer Deportation in der Neumarktstraße 6 (heute ein Neubau mit den Haunummern 1–3) gelebt hatten, konnten so ebenfalls Stolpersteine gelegt werden. Gemeinsam mit Franz PETERMANN wurde auch seine Mutter Maria PETERMANN, geboren am 11. Juli 1923 in Lichtenfels/Bayern, deportiert, sein Vater Franz HUGO, geboren am 5. Juni 1920 in Hanau und seine Schwester Helga PETERMANN, geboren am 28. April 1942 in Halle. Keiner von ihnen überlebte den Völkermord: Zuerst starb im Alter von 11 ½ Monaten am 13. April 1943 das jüngste Familienmitglied, die Tochter Helga. Als Todesursache ist – fast schon als zynisch zu bezeichnen – Darmkatarth angegeben.¹³ Etwas mehr als drei Wochen später starb ihr Bruder Franz auf Grund derselben „Krankheit“.¹⁴ Maria PETERMANN, die Mutter, starb am 9. Februar 1944 in Auschwitz¹⁵, bei Franz HUGO, dem Familienvater, kennen wir nur das Sterbedatum 15. Februar 1944; der Nachweis seines Todesortes ist bisher nicht möglich.¹⁶

Die Nachbarn der Familie Petermann, Therese KESSLER, geb. Jochum (Jahrgang 1913), ihr Mann Josef (Jahrgang 1915) und ihre Tochter Rosita, geboren am 27. Dezember 1942 in Halle, befanden sich auf demselben Transport nach Auschwitz. Das Kind starb im Alter von sechs Monaten Anfang Juli 1943¹⁷, der Vater auf den Tag genau am ersten Geburtstag seiner inzwischen verstorbenen Tochter, am 27. Dezember 1943.¹⁸ Therese KESSLER verließ am 15. April 1944 das Konzentrationslager mit einem Transport, dessen Ziel im Hauptbuch nicht angegeben ist.¹⁹ Sie überlebte den Holocaust als einzige der aus der Neumarktstraße 6 in Halle Deportierten und starb im Jahr 2002.²⁰

Die Recherchen zu weiteren Familien aus Halle, die zu den Opfern des Holocaust an den Sinti und Roma zählen, sind noch im Gange.

Eine wichtige Quelle bildet dabei eine von der sogenannten Dienststelle für Zigeunerfragen erstellte Liste.²¹ Diese „Dienststelle“ war ausweislich ihres Kopfbogens bei der Kriminalpolizeistelle Halle im Polizeipräsidium Dreyhauptstraße 2 angebunden.

Die Liste ist Bestandteil einer Akte, die im Wesentlichen die haushaltstechnische Abrechnung der Deportationen der Sinti- und Roma-Familien nach Auschwitz und die Verwertung ihrer in Halle zurückgelassenen Habseligkeiten widerspiegelt. Knapp sieben Wochen nach dem Abtransport erstellt, vermerkt das Dokument nicht nur peinlich genau die Höhe der Bargeldsumme, die den Haushaltsvorständen oder einzelnen unverheirateten Personen weggenommen worden waren („Von Zigeunern vor Abtransport abgenommene Gelder“). Es enthält darüber hinaus den Hinweis auf die Verantwortung der hallischen Behörde auch für die Deportationen der in Merseburg befindlichen Sinti und Roma. Grundlage für diesen sogenannten Vermögenseinzug bildete eine schriftlich fixierte „Feststellung“ des Reichsministeriums des Innern vom 26. Januar 1943. Diese nannte als Grundlage für die Beraubung der Sinti und Roma das Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. Juli 1933²² und stellte pauschal fest, „dass die Bestrebungen der auf Befehl des Reichsführers-SS in ein Konzentrationslager einzuweisenden zigeunerischen Personen volks- und staatsfeindlich bzw. reichsfeindlich gewesen sind.“²³ Insgesamt hatte die hallische Polizeibehörde im Vorfeld der Deportationen 8.270,80 Reichsmark (RM) Bargeld eingetrieben, davon mehr als eintausend Reichsmark in Merseburg. Nach Abgang des Transportes erfolgte ein Verkauf der im ehemaligen „Zigeunerlager Krosigkstraße“ zurückgelassenen Wagen, bei dem 311,51 RM erzielt wurden sowie eine Verwertung der sonstigen Hinterlassenschaften im Rahmen einer Auktion. Diese Verwertung, durchgeführt von Walter Knoche, laut Adreß-Buch [sic!] der Stadt Halle für das Jahr 1943 im Erdgeschoss des Hauses Hermannstraße 5 als „vereidigter Versteigerer, Sachverständiger für Möbel und Hausgeräte“ residierend, erbrachte einen Geldwert von 2.440,72 RM. Selbst ausstehende Lohngehälter – insgesamt 87,85 RM – zog die Polizei von diversen Arbeitgebern noch ein. Diese nach Beendigung der Deportationen durchgeführten Verwertungsmaßnahmen zeigen eine ähnliche Herangehensweise, wie sie aus dem Umgang mit der zur Ermordung abtransportierten jüdischen Bevölkerung bekannt sind. Zu erkennen ist, dass es also auch in diesem Falle viele Menschen gegeben hat, die von den Deportationen wussten, die Beteiligte der Vorgänge oder gar unmittelbare Nutznießer waren. Die von der „Dienststelle für Zigeunerfragen“ zusammengerabute Summe von 11.110,88 RM erfuhr jedoch eine geringfügige Schmälerung: Abgezogen wurden noch zu zahlende Mieten, „rückständige Lichtgelder“ und „Schulden bei der Ortskrankenkasse“. Eine Position der Auflistung macht besonders betroffen: Für

Von Zigeunern vor Abtransport abgenommene Gelder:

Nr.	Name	Vorname	Wohnung	Betrag	
1	Gärns	Werner	Schüllershof 21	176,37	RM.
2	Kesler	Joska	Luckengasse 4	673,97	"
3	Bello	Karl	Harz 32	55,00	"
4	Kedler	Josef	Neumarktstr. 6	42,43	"
5	Laubinger	Robert	Brunoswarte 5	721,00	"
6	Petermann	Marie	Neumarktstr. 6	5,20	"
7	Adler	Anton	Schüllershof 6	2320,00	"
8	Schütt	Kalle	Harz 27	1080,42	"
9	Laubinger	Theodor	Kroszigstr.	150,00	"
10	Laubinger	Heinrich	Kroszigstr.	3,00	"
11	Gomann	Ilona	Friedrichstr. 7	170,00	"
12	Bello	Johann	Kroszigstr.	10,00	"
13	Reichmann	Elisabetha	Schüllershof 21	76,00	"
14	Bello	Josef	Kroszigstr.	101,00	"
15	Bello	Karl	Kroszigstr.	117,00	"
16	Gomann	Agnes	Friedrichstr. 7	145,81	"
17	Gomann	Jonny	Friedrichstr. 7	14,22	"
18	Franz	Hans	Harz 27	51,84	"
19	Gomann	Fritz	Harz 27	801,48	"
20	Latz	Franz	Friedrichstr. 7	496,68	"
21	Von den Zigeunern in Kerseburg:			1059,38	"
Zusammen:				8270,80	RM.
Hinzu kommen: Erlös aus Auktion durch W.Kroche:				2440,72	RM.
Erlös aus verkauften Wagen pp.				311,51	"
Lehngelder von Arbeitsgebern abgegeben				87,85	"
Zusammen:				11110,88	RM.
Hiervon gehen ab: für Rückständige Miete:				201,85	RM.
Bahnhofsverpflügung				185,69	"
rückständige Lichtgelder				43,46	"
Schulden bei Ortskrankenkasse				140,99	"
571,99 RM.				571,99	RM.
10538,89				RM.	

„Bahnhofsverpflegung“ waren Kosten in Höhe von 185,69 RM anhängig geworden, den Sinti und Roma als Aufwendungen für die Bezahlung der wenigen ihnen auf den Transport mitgegebenen Lebensmittel quasi nachträglich von der Polizei in Rechnung gestellt. Es ist weder bekannt, wie viele Menschen sich Anfang März 1943 auf den Transport aus Halle nach Auschwitz begeben mussten, noch was man ihnen als Verpflegung mitgab. Allein das Markieren einer solchen Rechnungsposition zeigt die Perfidität der Mordaktion an den Sinti und Roma ebenso wie sie die perfekte Organisation und die kühle Abwicklung der Maßnahme verdeutlicht. Vier Tage nach Erstellung der Liste, am 28. April 1943, zahlte ein Kriminalobersekretär Weber von der „Dienststelle für Zigeunerfragen“ bei der Staatlichen Polizeikasse Halle (S.) eine Summe in Höhe von 10.538,89 RM in bar ein. Von dort dürfte sie an das Reichsfinanzministerium weitergeleitet worden sein. Das Morden hatte sich für den NS-Staat auch finanziell gelohnt. Vier der sieben in der Frauenklinik Halle geborenen Kinder waren am 28. April 1943 bereits nicht mehr am Leben.

Für die Recherchen zur Verlegung der Stolpersteine sind vor allem die in der Liste vorhandenen Angaben über die Wohnorte der deportierten Menschen wichtig. Nur in den Geburtsurkunden der Kinder gibt es bisweilen Hinweise auf die genauen Wohnadressen der Eltern. In den einschlägigen Meldeunterlagen der Stadtverwaltung oder sogar Adressbüchern tauchen sie nicht auf. Daher ist ein solches Dokument – polizeibehördlich unmittelbar in Vorbereitung bzw. bei der Abwicklung der Deportation erstellt – von unschätzbarem Wert. Die Liste enthält die Namen von 20 Menschen (vier Frauen und 16 Männer) sowie die dazugehörigen Wohnadressen. In fünf Fällen ist die Krosigkstraße angegeben. Im Vergleich mit den Geburtenregistern der Kinder dürfte es sich in allen Fällen um das sogenannte Zigeunerlager Krosigkstraße, Grundstücksnummer 96 handeln.²⁴ Daneben gibt es die Adressen Brunoswarte 5 (eine Person), Friedrichstraße 7 (vier Personen), Harz 27 (drei Personen), Harz 32 (eine Person), Luckengasse 4 (eine Person), die bereits erwähnte Neumarktstraße 6 (zwei genannte Personen: Josef Kessler und Marie Petermann), Schülershof 6 (eine Person) und Schülershof 21 (zwei Personen). Die Namen der Betroffenen lassen sich mit denen in den Hauptbüchern des „Zigeunerlagers“ ebenso abgleichen wie mit Unterlagen zu Eheschließungen von Sinti- bzw. Roma-Familien, von denen bisher drei (1940, 1941 und 1942) nachgewiesen werden konnten. Neben den Angaben zur Adresse des Ehepaares zum Zeitpunkt der Eheschließung

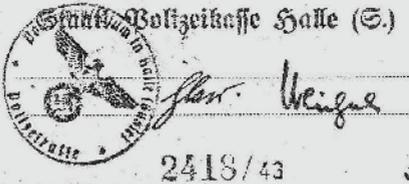
Quittung.

10.538 vom 89 Jppf.

Buchstäblich: Zahlfrauen und für ein Jahr Kaufmännisch Beruf-
sind von der Stammhülle für Zigeuner Luftsch 89/100
Pragen (ED) Janus Arine Obf. Weber

an die unterzeichnete Kasse in bar gezahlt worden.

Halle (S.) den 28. April 1943

Buchstabe	
Einnahmehöhe Nr.	
Einnahmetagebuch Nr.	
Polizeitrafregisteraufzeichnung	
Haftaufzeichnung Nr.	
Polizeibuch	<u>Jan. Weigand</u> <u>2418/43</u>

Staatliche Polizeikasse Halle (S.), Einnahmebeleg vom 28. April 1943. LASA, MER, C 48 le, Bl. 10

finden sich wichtige Angaben zu den Trauzeugen: Namen, Vornamen, Adressen, Berufe.

Der Wert der aus den bisherigen Unterlagen gewonnenen Informationen zeigte sich bereits bei der Einbeziehung einer anderen wesentlichen Quelle, einem Urteil des Sondergerichtes Halle vom 26. Juni 1942.²⁵ Das Gericht verhandelte an diesem Tag gegen den „Geschirrführer (Zigeuner) Otto Gomann“, geboren im Jahr 1911 in Wanne/Westfalen. Aufgewachsen in Leipzig, lebte er seit der zweiten Hälfte der 1930er Jahre in Halle, wo er ein kleines Fuhrgeschäft betrieb und gelegentlich mit gebrauchten Textilien handelte. Wegen kleinerer Betrügereien war er ab Mitte der 1930er Jahre zu einer kurzen Haft- und drei Mal zu Geldstrafen verurteilt worden. Anfang 1941 hatte ihm der hallische Polizeipräsident eine Geldstrafe auferlegt und die Genehmigung zur Ausübung seines Fuhrgeschäftes entzogen, weil er „Pferdedung zum Preise von 25 RM je Fuhre verkauft, obwohl er nur 16,75 RM als höchstzulässigen Preis nehmen durfte“²⁶. Im Frühjahr 1942 nun war Anklage erhoben worden, weil Gomann einem seit sieben Monaten in Deutschland arbeitenden Ukrainer einen gebrauchten Anzug

zu einem – wie das Gericht befand – überzogenen Preis verkauft hatte. Mit dem Verlust der Gewerbe genehmigung war aber auch der Verlust der Ernährungsgrundlage einhergegangen. Gomanns Einkommen zum Zeitpunkt der erneuten Verhaftung lag nach eigenen Angaben bei 25 RM wöchentlich, außerordentlich wenig, um eine Familie mit fünf Kindern einigermaßen ausreichend zu ernähren. Vielleicht war das der Grund dafür, aus dem Verkauf des Anzuges einen höheren Profit erzielen zu wollen, als offiziell erlaubt schien.

Bereits die polizeilichen Vernehmungsunterlagen von März 1942 lassen erkennen, in welchem Maße „rechtlos“ der Angeklagte auch vor Gericht sein würde. Die in Vernehmungsprotokollen als Vordruck eingefügte Floskel „Vorgeführt erscheint der [...] und erklärt, zur Wahrheit ermahnt [...]“ ist in Gomanns Protokoll gestrichen und durch das Wort „Zigeuner“ ersetzt, das zudem dick unterstrichen ist. Diese eindeutige Brandmarkung seitens der Polizei, von einem Zigeuner eine wahrheitsgemäße Aussage ohnehin nicht erwarten zu können, fand ihre Fortsetzung in einer weiteren diskriminierenden Bemerkung des vernehmenden Beamten der Kriminalpolizeileitstelle Halle: „Darüber hinaus dürfte gerade Gomann als Zigeuner, der staatenlos die Gastfreundschaft des Großdeutschen Reiches genießt, in erster Linie bestrebt sein, den Gesetzen der Staatsführung die erforderliche Achtung entgegenzubringen.“²⁷

Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe bestimmte vor deutschen Behörden, woran man sich zu halten und womit man zu rechnen hatte, vor allem, wenn man außerhalb der „Volksgemeinschaft“ stand. Das besondere Augenmerk auf Menschen wie ihn zeigte sich auch bei der Bewertung eines „Vorfalls“ während der Untersuchungshaft im Gerichtsgefängnis Kleine Steinstraße. Der Untersuchungshäftling Gomann erhielt knapp eine Woche vor der Verhandlung „Beschränkung der Kost auf Wasser und Brot für zwei Tage, da er durch das Eingehen auf eine von einem anderen Untersuchungshäftling begonnene Unterhaltung die Anstaltszucht und -ruhe erheblich gestört hat.“²⁸ Eine Bestrafung desjenigen, der die Unterhaltung überhaupt begonnen hatte, ist in der Akte nicht vermerkt. Gomanns Hauptverhandlung endete mit der Verurteilung zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus, zuzüglich einer Geldstrafe von 500 RM oder weiteren 25 Tagen Haft. Im Urteilstenor verhängte das Gericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Georg Wernicke (1895 – 1948) unter Verweis auf die Zugehörigkeit des Angeklagten zu einer besonderen Gruppe eine Zusatzstrafe: „Ferner wird angeordnet, dass diese Bestrafung des Angeklagten (eines Zigeuners) [...] binnen einem Monat in der Mitteldeutschen Nationalzeitung einmal auf Kosten des Angeklagten bekanntzumachen ist.“²⁹ Mit der Verurteilung

Vorstand des Zuchthauses Halle/Saale, den 26. November 1942
am Kirchtor 20a

An
Herrn Oberstaatsanwalt
in Halle (Saale)

zum Aktz. S.G.I.s. 131/42

Dem Erlaß des Reichministers der Justiz vom 21.10.4
aktz. IV 1665/42 g. ist heute der Zuchthausgefangene
... Otto G o m a n n ...
der Gestapo Halle/S. zur Weiterleitung in das Konzentrations-
lagers M a u d h a u s e n bez. Linz übergeführt worden.

[Handwritten signature]
[Handwritten signature]
Verwaltungssekretär

Vorstand des Zuchthauses Halle, Meldung über die Abgabe des Gefangenen Otto Gomann an die Gestapo, 26. November 1942. LASA, MER, C 134 Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Halle, Nr. 614/1, Bl. 76

zu einer Zuchthausstrafe war Gomanns Schicksal besiegelt: Da er seine „Tat“ während des Krieges begangen hatte, war nicht vorgesehen, ihn während des Krieges wieder aus der Haft zu entlassen.³⁰ Nach Ende der Haftzeit wäre er auf jeden Fall in ein Konzentrationslager eingewiesen worden; die offizielle Strafzeit hätte erst am Tag des Kriegsendes begonnen. Doch soweit sollte es bei Otto Gomann gar nicht kommen.

Einen Tag nach Urteilsverkündung ließ die Staatsanwaltschaft den Gefangenen in das Zuchthaus Am Kirchtor verlegen. Fünf Monate später, am 26. November 1942, schließt seine Strafakte mit einem Dokument, wonach auf Erlass des Reichministers der Justiz „heute der Zuchthausgefangene Otto Gomann der Gestapo Halle/S. zur Weiterleitung in das Konzentrationslager Mauthausen, Bez. Linz übergeführt worden“³¹ sei. Grund-

lage dieser Überstellung war eine Übereinkunft zwischen dem Reichsjustizministerium und dem Chef der Deutschen Polizei im Herbst 1942, wonach auch Justizgefangene zur „Vernichtung durch Arbeit“ in Konzentrationslager zu überstellen waren. Deportiert werden sollten vor allem Sicherungsverwahrte und Zuchthausgefangene mit langen Strafresten sowie „alle Juden, Zigeuner, Russen und Ukrainer“. ³² Einer Beischreibung auf seiner Geburtsurkunde ist schließlich zu entnehmen, dass Otto Gomann im Nebenlager Gusen des KZ Mauthausen am 11. Januar 1943 umgekommen ist. ³³

Die Verfahrensakte gegen den Geschirrführer Otto Gomann enthält eine ganze Reihe weiterer Hinweise, die bei der Spurensuche in der Stadt Halle helfen. So sind mehrfach die Zahl und das Alter seiner Kinder erwähnt. Darüber hinaus führt das Urteil neun weitere als „Zigeuner“ bezeichnete Menschen auf, acht Männer und eine Frau. Bei einigen von ihnen sind neben den Namen auch Altersangaben, Adressen, Berufsbezeichnungen und gelegentlich Verwandtschaftsverhältnisse angegeben, Informationen also, die sich mit den Angaben in den Hauptbüchern des „Zigeunerlagers“, weiteren ITS-Unterlagen und in der von der „Dienststelle für Zigeunerfragen“ angelegten Liste abgleichen lassen. Daneben entsteht Schritt für Schritt ein Bild darüber, wie die Sinti und Roma in Halle lebten, welchen Berufen sie nachgingen, wer ihre Kinder waren und schließlich auch, wer alles dazu beitrug, sie aus dem Leben dieser Stadt verschwinden zu lassen.

Die Verlegung der Stolpersteine hat Ralph Voigt nicht mehr erlebt. Er verstarb im Sommer vergangenen Jahres. Aber es würde ihn freuen, dass sich inzwischen Schülerinnen und Schüler in Halle intensiver mit dieser Thematik befassen. Es wird in Zukunft nicht nur einige Stolpersteine mehr geben. Auch das Bewusstsein, dass Unrecht mit Ausgrenzung und Diskriminierung beginnt, kann aus der Beschäftigung mit der Geschichte unserer Stadt wachsen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. für einen kompakten Überblick insbesondere Fings, Karola: Sinti und Roma: Geschichte einer Minderheit, München 2016; ausführlich Fings, Karola / Opfermann, Ulrich Friedrich: Zigeunerverfolgung im Rheinland und in Westfalen 1933–1945. Geschichte, Aufarbeitung und Erinnerung, Paderborn 2012; Fings, Karola / Sparing, Frank: Rassismus, Lager, Völkermord. Die nationalsozialistische Zigeunerverfolgung in Köln, Köln 2006 sowie als zuletzt erschienene Regionalstudie Schmid, Hans-Dieter: Die Verfolgung der

Sinti und Roma durch die Kriminalpolizei Hannover, Hannover 2016.

- 2 Vgl. dazu <http://www.zeit-geschichten.de/> [Stand vom 19. 04. 2017].
- 3 Vgl. Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg [im Folgenden: LASA, MER], C 48 Ie, Nr. 1193 a. Solche Dienststellen wurden in Folge einer Ausführungsverordnung Reinhard Heydrichs vom 1. März 1939 bei allen Kriminalpolizeistellen eingerichtet. – Vgl. dazu u. a. Schmid, Hans-Dieter: Die Verfolgung der Sinti und Roma durch die Kriminalpolizei Hannover, Hannover 2016, S. 18f.
- 4 Vgl. LASA, MER, C 134, Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Halle, Nr. 614.
- 5 In den sogenannten Hauptbüchern des „Zigeunerlagers“ wurden die eintreffenden Häftlinge nach Geschlechtern getrennt registriert. Daneben gab es aber auch Transporte von Sinti und Roma, die ohne vorherige Registrierung nach ihrer Ankunft direkt in die Gaskammern kamen. Die Zahl der in Auschwitz ermordeten Sinti und Roma ist daher wesentlich höher als die durch die „Hauptbücher“ rekonstruierbare. Im Juli 1944, vor der „Liquidierung“ des „Zigeunerlagers“ durch die SS, konnten Häftlinge die notdürftig mit Stoffen umwickelten „Hauptbücher“ heimlich in einem Eimer vergraben. Im Januar 1949 wurden sie – teilweise beschädigt – wieder ausgegraben. 1993 wurden die „Hauptbücher“ mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitung rekonstruiert und vom Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma gemeinsam mit dem Staatlichen Museum Auschwitz unter dem Titel „Gedenkbuch. Die Sinti und Roma im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau“ veröffentlicht. Das Gedenkbuch enthält die Namen von nahezu 21.000 Sinti und Roma aus elf Ländern Europas, die nach Auschwitz-Birkenau deportiert und dort fast alle ermordet wurden. (online unter <http://www.sintiundroma.de/sinti-roma/ns-voelkermord/vernichtung/lagerbuecher.html> [Stand vom 19. 04. 2017]). Vgl. Memorial Book. The Gypsies of Auschwitz-Birkenau. Gedenkbuch. Die Sinti und Roma im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, München 1993.
- 6 Vgl. Standesamt Halle, Geburtenregister Nr. 801/1943.
- 7 Vgl. Standesamt Halle, Geburtenregister Nr. 4285/1940.
- 8 Vgl. Standesamt Halle, Geburtenregister Nr. 1206/1941.
- 9 Vgl. Standesamt Halle, Geburtenregister Nr. 1713/1940.
- 10 Vgl. Standesamt Halle, Geburtenregister Nr. 2411/1942.
- 11 Vgl. Standesamt Halle, Geburtenregister Nr. 913/1941.
- 12 Vgl. Standesamt Halle, Geburtenregister Nr. 319/1942.
- 13 Vgl. Digitales Archiv ITS Bad Arolsen: Teilbestand 1.1.2.1., Dokument ID: 514741 – Listenmaterial Auschwitz/ Sterbeurkunde.
- 14 Vgl. Digitales Archiv ITS Bad Arolsen: Teilbestand 1.1.2.1., Dokument ID: 607592 – Listenmaterial Auschwitz/ Sterbeurkunde.
- 15 Vgl. Digitales Archiv ITS Bad Arolsen: Teilbestand 1.1.2.1., Dokument ID: 531343 – Listenmaterial Ausch-

- witz / Hauptbücher des „Zigeunerlagers“.
- 16 Vgl. Digitales Archiv ITS Bad Arolsen: Teilbestand 1.1.2.1., Dokument ID: 531226 – Listenmaterial Auschwitz / Hauptbücher des „Zigeunerlagers“; Teilbestand 1.2.2.1., Dokument ID: 11288878 – Listenmaterial Gruppe PP.
 - 17 Vgl. Digitales Archiv ITS Bad Arolsen: Teilbestand 1.1.2.1., Dokument ID: 560508 – Listenmaterial Auschwitz / Sterbeurkunde.
 - 18 Vgl. Digitales Archiv ITS Bad Arolsen: Teilbestand 1.1.2.1., Dokument ID: 530749 – Listenmaterial Auschwitz / Hauptbücher des „Zigeunerlagers“.
 - 19 Vgl. Hauptbuch des „Zigeunerlagers“ (Frauen), Nr. 1541.
 - 20 Vgl. Auskunft des Standesamtes Kreisstadt Erbach im Odenwald an die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), August 2016.
 - 21 Vgl. LASA, MER, C 48 le, Nr. 11993a, Bl. 11.
 - 22 Veröffentlicht im Reichsgesetzblatt (RGBl.) 1933 I, S. 479.
 - 23 LASA, MER, C 48 le, Nr. 1193a, Bl. 7.
 - 24 Vgl. Geburtsurkunde Reinhold Bello, 801/1941, Geburtsurkunde Josef Bello, 4285/1940: „Krosigkstraße / Lagerplatz“; Geburtsurkunde Karl Bello, 2411/1942: Krosigkstraße 96; Mala Bello, 319/1942: Krosigkstraße 9 [wahrscheinlich ein Schreibfehler, der nur in dieser Urkunde auftaucht]. Die heutige Geschwister-Scholl-Straße führt über eine lange Strecke an einer Kleingartenanlage entlang. Der genaue Standort des Grundstücks Nr. 96 ist nicht festzustellen.
 - 25 Vgl. LASA, MER, C 143 Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Halle, Nr. 614.
 - 26 Bl. 2 des Urteils; in: Ebenda, Bl. 53RS.
 - 27 Ebenda, Band 1, Bl. 8.
 - 28 Ebenda, Bl. 40.
 - 29 Ebenda, Bl. 53.
 - 30 Vgl. Verordnung über die Vollstreckung von Freiheitsstrafen wegen einer während des Krieges begangenen Tat. Vom 11. Juni 1940, RGBl. 1940 I, S. 877.
 - 31 Ebenda, Bl. 76.
 - 32 Vgl. Herbert, Ulrich: Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung“ im Nationalsozialismus; in: Ders. (Hrsg.): Europa und der Reichseinsatz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland, 1938-1945, Essen 1991, Fußnote 1, S. 231.
 - 33 Vgl. Standesamt Herne, Geburtenregister Wanne, Nr. 273/1911.

Inhaftierte Österreicherinnen im Frauenkonzentrationslager Lichtenburg

Johanna Taufner

Am Gedenktag der Bundesrepublik Deutschland an die Opfer des Nationalsozialismus erinnerte die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin an inhaftierte Österreicherinnen. Den Höhepunkt der Gedenkfeier stellte die szenische Lesung „... kein Mensch mehr, sondern nur eine Nummer...“ der Schülerinnen und Schüler des Geschichtskurses 12/1 des Gymnasiums Jessens unter der Leitung von Frau Cosima Schmidt dar. Im Zuge der Vorbereitung wurde nach Quellenmaterial zu zwölf Österreicherinnen, die im Frauenkonzentrationslager Lichtenburg inhaftiert gewesen waren, gesucht: Erna Ascher, Susanne Benesch, Hertha Breuer, Gretel Finck, Stefanie Kunke, Irene Langer, Magarete Redlich, Anna Rudroff, Marianne Scharinger, Josefine Schneider, Grete Stabey und Hanna Sturm. Hierfür wurden Recherchearbeiten u. a. im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW), im Salzburger Landesarchiv und im Bundesarchiv Berlin durchgeführt, wobei sich der erschlossene Quellenbestand als durchweg heterogen beschreiben lässt.

Durch die geographischen Bezugspunkte Österreich und Prettin gekennzeichnet, stellte sich die zu untersuchende Personengruppe auf mehreren Ebenen als verschiedenartig dar. Einerseits betrifft dies die Haftgründe der Frauen: Fünf der genannten Personen wurden als Jüdinnen verfolgt, fünf als politische Gegnerinnen, eine als sogenannte Berufsverbrecherin und von einer Person konnte bis zuletzt nicht der Inhaftierungsgrund ermittelt werden. Andererseits weichen die sozioökonomischen Verhältnisse der Verfolgten stark voneinander ab. So befanden sich in der untersuchten Gruppe Akademikerinnen wie Dr.in Herta Breuer und Dr.in Irene Langer, aber auch das ArbeiterInnenkind Hanna Sturm. Letztere musste ihre Familie bereits im Alter von acht Jahren finanziell unterstützen und durfte erst als 18-Jährige das Lesen und Schreiben erlernen – beides Fähigkeiten, denen sie bis zu ihrem Tod am 09. 03. 1984 mit brennender Leidenschaft nachging.¹ Neben Hanna Sturm überlebte nur Marianne Scharinger nachweislich die NS-Zeit.

Um einen Einblick in die gewonnenen Forschungsergebnisse zu geben, werden im vorliegenden Artikel exemplarisch die Lebensgeschichten von Susanne Benesch, Stefanie Kunke und Marianne Scharinger wiedergegeben:



Susanne Benesch (rechts) mit ihrer Tochter Tanja. DÖW 5355/2, undatiert

Susanne Benesch

Susanne Schukowa (verh. Benesch) kam am 22. 07. 1898 in Vilnius (ehem. Russland) zur Welt. Obwohl sie Ärztin werden wollte, entschied sie sich aufgrund der finanziellen Situation ihrer Familie, den Beruf der Krankenpflegerin zu erlernen. Auf einer Reise nach Taschkent lernte sie Julius Benesch, einen österreichischen Kriegsgefangenen kennen, den sie auch heiratete. Gemeinsam nahmen sie an der Russischen Revolution teil. Susanne war zu diesem Zeitpunkt gerade 19 Jahre alt. Danach zogen sie nach Wien. 1923 wurde Susanne Benesch aktives Mitglied der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ), für die sie sich von 1930 bis 1931 in der Leninschule in Moskau ausbilden ließ. Zurück in Wien angekommen, brachte sie kurze Zeit später ihre Tochter Tanja zur Welt.²

Zu welchem Zeitpunkt Julius Benesch starb, konnte aus dem untersuchten Material nicht eruiert werden. Die Witwe Susanne Benesch zog jedoch ihre Tochter alleine in einer Wohnung in der Budinskygasse 4 im 19. Wiener Gemeindebezirk auf. Mit dem Lohn, den sie als Telefonistin und Hilfsarbeiterin verdiente, konnte sie sich und ihre Tochter versorgen.³ Zunehmend veränderte sich das politische Klima in Österreich: Der (bewaffnete) Konflikt zwischen den Heimwehrorganisationen und dem Republikanischen Schutzbund begann sich zu radikalieren. Gleichzeitig konnte die NSDAP kontinuierlich ihre

AnhängerInnenschaft erweitern. Am 04.03.1933 schaffte es die christlich-soziale Bundesregierung unter Engelbert Dollfuß das Parlament auszuschalten und auf Grundlage des „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ des Ersten Weltkrieges zu regieren.⁴ Das Verbot der KPÖ folgte wenige Tage später. Nichtsdestotrotz engagierte sich Susanne Benesch während des Austrofaschismus ungebrochen politisch weiter, wodurch sie wiederholt verhaftet wurde.⁵

Nachdem große Teile der ArbeiterInnenbewegung zerschlagen worden waren, die NSDAP starke Stimmzugewinne, vor allem bei den Landtagswahlen 1932, erzielen konnte und Nationalsozialisten bereits zentrale politische Positionen besetzt hatten, marschierte die deutsche Wehrmacht am 12.03.1938 in Österreich ein. Unter dem Jubel des Großteils der Bevölkerung wurde Österreich Teil des Deutschen Reiches.⁶ Als politische Gegnerin des NS-Regimes wurde Susanne Benesch erneut am 19.09.1938 wegen kommunistischer Betätigung, diesmal von der Gestapo Wien, in sogenannte Schutzhaft genommen und in Zelle 85 des Polizeigefängnisses in der Hahngasse 10 eingesperrt.⁷

Fortan war die 15-jährige Tanja auf sich allein gestellt. Mittels Untervermietung und Kinderbetreuung verdiente sie ihren bescheidenen Lebensunterhalt und unterstützte ihre Mutter in der Haft: Sie schickte ihr Essen und Kleidung, die sie teilweise selbst anfertigte. Die Herausforderungen, die Tanja meistern musste, schilderte sie in ihren Briefen, die sie regelmäßig ins Gefängnis schickte. Auch Susanne schrieb, wenn es ihr erlaubt war. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten sandte sie ihrer Tochter tröstende Worte und versuchte, sie auf die Aufgaben einer Erwachsenen vorzubereiten.⁸

Ihre Haftzeit machte der tatkräftigen Susanne Benesch von Beginn an schwer zu schaffen. Die tägliche Routine, das ständige Nichtstun sowie ein Lese- und Handarbeitsverbot zermürbten ihren Geist. Chronische Zahnschmerzen und Appetitlosigkeit belasteten zusätzlich ihren Körper:

„Dadurch, dass man weder lesen noch handarbeiten darf, ist das Hiersein noch unerträglicher. Du fragst, was ich so den ganzen Tag mache; um 5 Uhr stehen wir auf, dann waschen wir uns, machen die Betten, um 7 Uhr ist Frühstück, schwarzer Kaffee und Brot, um 12 Uhr Mittag. Das Mittagessen besteht aus Suppe und Zuspeise (Gries, Bohnen, Linsen, Erbsen, Kraut) und Brot. Im Laufe des Vormittags gehen wir eine halbe Stunde spazieren. Um 5 Uhr ist Abendessen; Suppe, Brot [...] Wurst oder Käse; um 6 Uhr gehen wir wieder in den Schlafräum. So vergeht ein Tag wie der andere, immer in Erwartung bald wieder frei zu sein.“⁹

Anfang November wurde Susanne Benesch in das Gefängnis auf der Roßauer Lände überstellt. Die Bedingungen, die sie dort vorfand, waren härter als in der Hahngasse. Dennoch verließ sie die Hoffnung nicht, glaubte sie doch fest an rechtsstaatliche Prinzipien und damit an ihre bevorstehende Freilassung: „Da man mir aber absolut keine strafbaren Handlungen vorhalten kann, rechne ich noch immer mit einer baldigen Entlassung.“¹⁰ Anfang Januar 1939 wurde sie über die Einlieferung in ein Lager in Kenntnis gesetzt. Obwohl sie noch immer an ihre baldige Freiheit glaubte, bereitete sie die Tochter erstmals auf ihre längere Abwesenheit vor:

„Mein Schutzhaftbefehl lautet: Auf Grund ihres Vorlebens zu befürchten steht, sie werde sich auch weiter für den Kommunismus betätigen. Stelle dich, liebes Kind, lieber ein, es wird ein bisschen länger dauern, als daß du mich von Woche zu Woche erwartest, es ist hart. Du bist mein vernünftiges, starkes Mädels und wirst auch das meistern. Obwohl deine Briefe sehr beruhigend sind, denke ich doch viel an dich und mache mir Sorgen.“¹¹

Am 13. 01. 1939 traf Susanne Benesch im Frauenkonzentrationslager Lichtenburg in Prettin im heutigen Sachsen-Anhalt ein.¹² Bereits im ersten kurzen Schreiben an Tanja Benesch notierte sie die Befremdlichkeit des Lagerlebens, aber auch den Zusammenhalt der Frauen untereinander, der zu einer Stütze ihres Überlebens werden sollte: „Meine neue Umgebung ist mir noch sehr fremd, habe aber sehr sympathische Frauen hier.“¹³ Und auch „Suse“, wie sie ihre Freundinnen nannten, spendete ihren Mithäftlingen Trost und Beistand. Davon zeugt ein Bericht Maria Günzels, die sich an gemeinsame Momente mit Susanne Benesch erinnerte, u. a. als sie kurz nach ihrer Ankunft in der Lichtenburg ohnmächtig wurde:

„Die Aufseherin kam und fragte was mit der ‚Neuen‘ los ist, ob sie schon wieder normal [sei]. Sie schickte mich ins Bett. Suse begleitete mich. Wie eine Mutter ihr Kind hat sie mich eingebettet, mir mit der Hand wieder und wieder über den Kopf gestrichen. Das erste Mal in meiner ganzen Haftzeit fühlte ich Menschlichkeit!“¹⁴

Susanne Beneschs ungebrochener Glaube an Gerechtigkeit und Solidarität spiegelt sich auch in einer anderen Erzählung Günzels wieder: Als eine junge Mitgefangene tagelang über Zahnschmerzen klagte und dies schließlich der Aufseherin meldete, drohte diese aufgrund ihres Verhaltens unmittelbar mit dem „Bunker“, einem Kellergeschoss mit Einzel- und Isolierzellen, das für den verschärften Arrest genutzt wurde. Susanne Benesch stellte sich der Aufseherin entgegen und forderte diese auf, die Kranke ver-

sorgen zu lassen. Unmittelbar darauf wurde sie in den „Bunker“ gesperrt. Maria Günzel erinnerte sich: „Da endlich tat sich auch die Zelle der Suse auf. Sie saß auf der Schwelle hinter den Gittern, mit welchen die Zelle in zwei Räume geteilt war. Der kleine Vorraum enthielt einen Ofen, der nicht geheizt war. Der andere Raum zeigte in der Ecke eine gemauerte Pritsche mit einem Brett oben, das war die Liegestatt. Ohne Decke, ohne Kopfteil – leer und blank das Brett auf dem gemauerten Sockel. Kein Stuhl, kein Tisch – nichts, nichts. Suse war leichenblaß, fast durchsichtig an Händen und im Gesicht. ‚Hunger‘ war das erste Wort, das sie mir zuflüsterte.“¹⁵

Mitte Mai wurde Susanne Benesch ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück überstellt.¹⁶ Nachdem die Briefe ihrer Mutter ausblieben, schrieb Tanja Benesch an die Lagerkommandantur mit der Bitte um Auskunft. In einem Antwortschreiben Max Koegels erfuhr sie von einer Verlegung Susanne Beneschs in den Strafblock aufgrund „schlechter Führung“. Ab diesem Zeitpunkt durfte sie alle drei Monate einen Brief schreiben. Die schwere Arbeit im Strafblock zehrte ihren bereits geschwächten Körper zusätzlich aus. Als Maria Günzel Susanne Benesch ein letztes Mal in Ravensbrück wiederbegegnete, war sie nur noch ein Schatten ihrer selbst. Am 01. 08. 1940 erhielt Tanja Benesch ein Telegramm, das sie über den Tod der Mutter informierte. Maria Günzel notierte: „So endet ein Leben, das um Freiheit und Gerechtigkeit rang und zugrunde ging an der Liebe zur Wahrheit und Mitmenschlichkeit.“¹⁷

Stefanie Kunke

Am 24. 12. 1908 wurde Stefanie Jelinek (verh. Kunke) als Tochter von Marie Jelinek, Schneiderin, und Ignaz Jelinek, Angestellter der Städtischen Brauerei, in Wien geboren. Aufgrund einer schweren Erkrankung ihres Vaters kam sie im Alter von drei Monaten zu ihrer Tante Flora Jelinek, einer Handarbeitslehrerin, und ihrer Großmutter, die sie gemeinsam aufzogen. Die drei Frauen lebten in einer Zimmer-Küchewohnung mit Garten in der Langegasse 47 in Mauer, einem damaligen Vorort von Wien. Durch Förderung der Tante konnte Stefanie von Kindestagen an ihrer Liebe zum Schreiben nachgehen und bereits als junge Erwachsene Gedichte veröffentlichen.¹⁸ Während ihrer Ausbildung zur Lehrerin lernte sie die Ortsgruppe Mauer der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) kennen, für die sie sich zunehmend engagierte. Hier begegnete sie auch dem jungen Hans Kunke. Hans Kunke kam am 12. 12. 1906 als jüdisches Kind in Biała, Polen, zur Welt. Obwohl er musikalisch sehr begabt war, ließ er sich auf Wunsch seines Vaters zum Versiche-

rungsbeamten der „Wiener Städtischen Versicherung“ ausbilden. In seiner Freizeit engagierte er sich zwischen 1930 und 1932 intensiv für die Ortsgruppe Mauer der SAJ, später in der Bezirksorganisation Liesing. Neben inhaltlicher Arbeit komponierte er „Politische Revuen“ oder vertonte politische Texte zu bekannten Melodien, die in den verschiedensten Ortsgruppen Wiens aufgeführt wurden.¹⁹ Durch die gemeinsame Arbeit in der SAJ kamen sich Stefanie und Hans Kunke näher. Am 28. 09. 1934 heirateten sie und zogen in die gemeinsame Wohnung in der Ziegelgasse 46. Stefanie Kunke übernahm eine Stelle als Hilfslehrerin in der Mädchen Volks-Hauptschule Feldmühlgasse im dreizehnten Wiener Gemeindebezirk und begann mit dem Studium der Staatswissenschaft an der Universität Wien.²⁰

Als im Februar 1934 die SAJ verboten wurde, arbeiteten die Kunkes ungebrochen politisch weiter und traten der Nachfolgeorganisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, den Revolutionären Sozialisten (RS), bei. Nach Angaben einer gemeinsamen Freundin, Annie Hatschek, wurde selbst die Wohnung der Kunkes für geheime Treffen genutzt.²¹ Die RS wurden intensiv durch das Auslandsbüro österreichischer Sozialdemokraten (ALÖS) in Brünn unter der Leitung des ehemaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden Otto Bauer unterstützt und schafften es, in ganz Österreich ein Netzwerk von Ortsgruppen und einem Zentralkomitee aufzubauen.²² Hans und Stefanie Kunke engagierten sich vordergründig in der Jugendorganisation des RS (RSJ), wo sie nach Angaben von Annie Hatschek vor allem für die theoretische Arbeit zuständig waren. Gemeinsam mit u. a. Joseph Buttinger bildeten sie den linken Flügel der Bewegung, der sich auch gegen den späteren Bundeskanzler der Zweiten Republik Bruno Kreisky, der nach Annie Hatschek „bei den Jugendlichen als Bremser und Dämpfer galt“, positionierte.²³ Hans Kunke übernahm die Funktion des Landesleiters für Niederösterreich und fungierte auch als Kontaktmann zu den im Untergrund arbeitenden Gewerkschaften. In einer groß angelegten Operation, in der auch die Kunkes über längere Zeit beschattet wurden, verhaftete die Wiener Polizei 1936 das Ehepaar sowie elf weitere Mitglieder der RSJ, primär des Führungskaders.²⁴ Nachdem belastendes Material, eine Schreibmaschine und illegale Druckschriften, bei einer Wohnungsdurchsuchung in der Ziegelgasse 46 sichergestellt werden konnte, wurden Stefanie und Hans Kunke am 08. 07. 1936 wegen „Verbrechen des Hochverrates und andere[r] Delikte“ sowie „Betätigung für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ rechtskräftig verurteilt und bis Ende 1936 eingesperrt.²⁵



Stefanie Kunke. DÖW 140, undatiert

1938 wurde das Ehepaar erneut festgenommen, dieses Mal von der Gestapo Wien. Nach der Aussage Flora Jelineks wurde Stefanie Kunke bereits unmittelbar nach dem „Anschluss“ von der Gestapo Wien nahegelegt, sich von ihrem Mann, der nach den „Nürnberger Gesetzen“ als Jude galt, scheiden zu lassen. Sie soll nach Angaben ihrer Tante geantwortet haben: „Ich teile das Schicksal meines Mannes.“ Ihre Erlebnisse sowie die politische Situation Österreichs verarbeitete sie Anfang April im Gedicht „1938“:

„[...]

Um dich herum aber stöhnt der Mensch
schreit auf in tausendfacher Not,
getrieben, geschlagen, gemartert, gequält
nach barbarischer Stunde Gebot.

[...]

„Träumer, du
sei bereit –
zum letzten Kampfe, für letztes Ziel
erneuter Menschheit!
Erfülle Dein Schicksal
als Mensch!“²⁶

Ein paar Wochen später, am 20.05.1938, wurde das Ehepaar wegen ihrer politischen Betätigung verhaftet und in Konzentrationslager deportiert. Hans Kunke wurde am 30. 10. 1940 im KZ Buchenwald ermordet.²⁷ Stefanie Kunke kam in das KZ Lichtenburg.²⁸ Im Zuge der Auflösung des dortigen Frauenlagers wurde sie am 15. 05. 1939 in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück verlegt, wo sie Blockälteste wurde.²⁹ Nach der Erzählung der österreichischen Mitgefangenen Rosa Jochmann unterschlug eine Stubenälteste aus Stefanie Kunkes Block Briefe von anderen Mithäftlingen, die sie in ihrer Matratze versteckte, um mit dem Markengeld in der Lagerkantine einzukaufen. Stefanie Kunke behielt die Tat für sich, um die ihr in der Lagerhierarchie untergeordnete Stubenälteste nicht der SS ausliefern zu müssen, eine Missachtung der Lagerordnung. Ihr Handeln wurde entdeckt. Am Abend des Karfreitags 1940 wurde sie von der zuständigen Aufseherin in Kenntnis gesetzt, dass sie am nächsten Morgen um 9:00 Uhr 25 Stockschläge am Bock erhalten würde. Nach Vollzug dieser Strafe folgte eine Versetzung für zwei Jahre in die

Strafkompanie. Ihr Alltag bestand fortan aus dem Brechen schwerer Steine, verlängertem Strafestehen sowie Essens- und Schlafentzug. Trotz der widrigen Umstände schaffte es Stefanie Kunke, sich vereinzelt mit der Widerstandskämpferin Käthe Leichter auszutauschen, wodurch sie Kassiber und Lebensmittel schmuggeln konnte.³⁰

Im Frühjahr 1941 wurde sie aus dem Strafblock zum politischen Block verlegt, wo Rosa Jochmann Blockälteste war, und als Blockschreiberin eingesetzt. Hier konnte sie sich körperlich erholen und begann erneut, Gedichte und Märchen zu verfassen. Keiner dieser Texte ist erhalten, da sie, nachdem Rosa Jochmann in die Dunkelhaft kam, als Vorsichtsmaßnahme von ihren Mithäftlingen vernichtet wurden. Sie hatten „ja alle Tendenzen“, so die Mitgefangene Helene Potetz.³¹

Im Frühjahr 1942 wurde Stefanie Kunke erneut verlegt. Sie kam nach Auschwitz, wo sie vermutlich an Typhus erkrankte und am 14. 02. 1943 starb.³²

Marianne Scharinger

Marianne Scharinger³³ wurde am 03. 03. 1903 in ärmlichen Verhältnissen in Sierning, Oberösterreich, geboren. Sie besuchte die Volksschule und drei Klassen Hauptschule. 1922 heiratete sie Robert Scharinger, einen Arbeiter der Österreichischen Bundesbahn, mit dem sie nach Wels zog. Drei Jahre später brachte sie das gemeinsame Kind zur Welt und kümmerte sich fortan um den Haushalt.

Aus einer wirtschaftlichen Notlage heraus – ihr Ehemann musste bereits für zwei außereheliche Kinder Alimente zahlen und die Kosten ihres eigenen Kindes belasteten zusätzlich ihr Haushaltsbudget – begann Marianne Scharinger, nach eigenen Angaben, illegale Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen. Hierbei bediente sie sich einer zur damaligen Zeit gängigen Methode, die lediglich eines in der Apotheke gekauften Katheters und desinfizierender Seifenlauge bedurfte:

„Der Katheder wurde den Schwangeren durch die Vagina in den Muttermund eingeführt und die Flüssigkeit hineingespült. Er sollte für ein paar Stunden im Körper verbleiben, bis frühzeitige Wehen eintraten und der Fötus abging. Der Abgang konnte unmittelbar danach oder innerhalb weniger Tage stattfinden und war meistens mit Schmerzen und einer Blutung verbunden. Nur in Ausnahmefällen führte diese Behandlung nicht zum erwünschten Ergebnis.“³⁴

Den Abbruch führte sie meist in ihrer eigenen Wohnung oder in der Wohnstätte der betroffenen Frauen durch. Nach den Recherchen von Köchl und Putz belief sich die Be-

zahlung in der Regel auf den Monatslohn einer Arbeiterin, gegebenenfalls passte sie die Entlohnung auch an die finanziellen Ressourcen der Frauen und Männer an.³⁵ Aufgrund ihrer Tätigkeit als sogenannte Engelmacherin wurde Marianne Scharinger zwischen 1928 und 1938 insgesamt viermal vom Landesgericht Wels verurteilt.³⁶

Auch im Januar 1938 führte Marianne Scharinger einen Schwangerschaftsabbruch durch. Eine Dienstmagd hatte sich, in der Befürchtung durch ihre Schwangerschaft ihren Arbeitsplatz zu verlieren, gemeinsam mit ihrem Freund, der als Knecht arbeitete und bereits Alimente für ein außereheliches Kind aufbringen musste, für eine Abtreibung entschieden. Durch einen Freund erhielten die beiden Informationen über Marianne Scharinger. Einige Tage nach der Behandlung kam es jedoch zu Komplikationen, woraufhin die Dienstmagd mit Fieber und Schmerzen in das Allgemeine Krankenhaus Wels gebracht werden musste. Der behandelnde Arzt, der eine illegale Abtreibung vermutete, erstattete Anzeige. Im Zuge des darauffolgenden Gerichtsprozesses wurde das Paar am 08. 03. 1938 zu einer Strafe auf Bewährung verurteilt, der Mittelsmann erhielt zwei Monate Haft und Marianne Scharinger wurde aufgrund des Paragraphen 144 des Strafgesetzbuches³⁷ zu sechs Monaten schwerem Kerker verurteilt.³⁸

Vier Tage nach ihrer Verurteilung erfolgte der „Anschluss“ an das Deutsche Reich. Mit neuen Befugnissen ausgestattet, stufte die Kripo Wels Marianne Scharinger aufgrund ihrer Vorstrafen als „Berufsverbrecherin“ ein und verhaftete sie am 14. 06. 1938. Nach einer Überstellung an die Kripo Linz wies diese sie im Rahmen der „polizeilichen Vorbeugehaft“ in das KZ Lichtenburg ein.³⁹ Da Marianne Scharinger jedoch eine sechsmonatige Gefängnisstrafe absitzen musste, kam es in den folgenden Wochen zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Kreisgericht Wels, der Kripo Linz und der Lagerkommandantur des KZ Lichtenburg.⁴⁰

Durch einen Strafaufschub, den Marianne Scharinger beim Kreisgericht Wels vor ihrer Verhaftung beantragt hatte, um ihren Verwandten in der Landwirtschaft zu helfen, korrespondierte das Kreisgericht Wels mit der Welser Polizei, um die Richtigkeit der Angaben von Marianne Scharinger zu bestätigen. Die Kripo Wels teilte daraufhin dem Kreisgericht mit, dass die Verurteilte bereits zwei Tage nach ihrer Ankunft in Linz in das KZ Lichtenburg überstellt worden war. In Prettin erhielt sie die Häftlingsnummer 815 und begann nach Angaben der Widerstandskämpferin Grete Stabeys, in der Näherei zu arbeiten.⁴¹

Im Juli 1938 stellte die Staatsanwaltschaft Wels beim Kreisgericht Wels den Antrag, das Ansuchen auf Strafaufschub von Marianne Scharinger abzulehnen und die Haftstrafe

nach Beendigung ihrer „Anhaltung“ im Konzentrationslager zu veranlassen. Daraufhin korrespondierte das Kreisgericht Wels mit der politischen Abteilung des KZ Lichtenburg und wies auf die noch ausstehende Gefängnisstrafe von Marianne Scharinger hin. Da aber die Haft im Konzentrationslager Lichtenburg auf unbestimmte Zeit vorgesehen war und die Kosten für eine Überstellung nach Österreich den involvierten Einrichtungen zu kostenintensiv erschien, einigten sie sich auf einen Kompromiss: Nach erfolgter Genehmigung des Reichskriminalpolizeiamtes Berlin zur Unterbrechung der Schutzhaft wurde Marianne Scharinger am 22. November nach Halle (Saale) überstellt, um ihre noch ausstehende sechsmonatige schwere Kerkerstrafe zu verbüßen.⁴²

Mitte Dezember wurde Marianne Scharinger in das Gefängnis Naumburg (Saale) verlegt, von wo sie am 19. Februar einen Brief an die Staatsanwaltschaft Wels mit der Bitte schrieb, nach Verbüßung ihrer Gefängnisstrafe nicht mehr in das KZ Lichtenburg rücküberstellt zu werden. In ihrem Schreiben stellte sie sich und ihre Familie als überzeugte NationalsozialistInnen dar und versprach zukünftige Vergehen zu unterlassen. Das Landesgericht Wels teilte ihr jedoch in einem kurzen Antwortschreiben mit, dass die Lagerkommandantur die Rücküberstellung in das KZ verlangte. Am 25. 04. 1939 wurde Marianne Scharinger aus Naumburg (Saale) entlassen und zurück in das KZ Lichtenburg überstellt. Drei Wochen später wurde dieses jedoch aufgelöst und Marianne Scharinger am 15. 05. 1939 dem KZ Ravensbrück übergeben. Dort angekommen wurde sie vermutlich bereits kurze Zeit später als Stubenälteste eingesetzt. 1940 stieg sie zur Blockältesten auf, 1942 zur Lagerältesten. Diese Funktion hatte sie bis zu ihrer Entlassung am 17. 05. 1944 inne.⁴³

Aufgrund ihrer Tätigkeit als Lagerälteste stand sie 1947 erneut vor Gericht. Pauline A., eine oberösterreichische Landarbeiterin, die wegen Arbeitsverweigerung ins KZ Ravensbrück deportiert worden war, zeigte sie wegen Misshandlung von Häftlingen und der Mitschuld am Tod einer Gefangenen an. Im Rahmen des Volksgerichtsprozesses sagten jedoch zahlreiche ehemalige Überlebende, darunter auch Rosa Jochmann, zugunsten von Marianne Scharinger aus. Ihre Entlastungszeuginnen betonten ihr vorbildliches Verhalten gegenüber den Inhaftierten und die teilweise Unterstützung des politischen Widerstandes. Die Anklage wurde aufgrund dieser Zeugnisaussagen und der im Verfahren festgestellten Unglaubwürdigkeit von Pauline A. fallengelassen und Marianne Scharinger nach siebenmonatiger Untersuchungshaft schließlich freigelassen.⁴⁴ Nachdem ihr Sohn anlässlich ihrer Verurteilungen aus dem Polizeidienst entlassen

worden war, schrieb Marianne Scharinger 1948 ein Gnadengesuch an Bundespräsidenten Karl Renner und bat um Tilgung ihrer Vorstrafen. Ihr Antrag wurde abgelehnt. Am 27.05.1988 verstarb Marianne Scharinger in Oberösterreich.⁴⁵ Bis zum heutigen Tage wird ihr aufgrund ihrer Vorstrafen sowie vielen anderen als „BerufsverbrecherInnen“ Verfolgten eine Anerkennung als NS-Opfer und eine entsprechende Rehabilitierung verwehrt.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Sturm, Hanna: Die Lebensgeschichte einer Arbeiterin vom Burgenland nach Ravensbrück, Reihe: Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik. Band 8, Wien 1982.
- 2 Vgl. Weinert, Willy / Rizy, Lisl (HrsgIn): „Mein Kopf wird euch nicht retten“. Korrespondenzen österreichischer Widerstandskämpfer und Widerstandskämpferinnen aus der Haft, Band 1/4, Wien 2016, S. 118.
- 3 Vgl. Wiener Adreßbuch. Lehmann's Wohnungsanzeiger, Band 1. Wien 1938, S. 65. Online unter <http://www.digital.wienbibliothek.at/wbrobv/periodical/pageview/267965> [Stand vom 30.01.2017].
- 4 Vgl. Ucakar, Karl / Gschiegl, Stefan: Das politische System Österreichs und der EU, 4. Auflage, Wien 2014, S. 49f.
- 5 Vgl. Karteikarte des Reichssicherheitshauptamtes zu Susanne Benesch, Bundesarchiv Berlin R58/9674.
- 6 Vgl. Hanisch, Ernst (1994): Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 1994, S. 338ff.
- 7 Vgl. Gestapo Tagesrapport Nr. 25, 29.09.1938, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes [im Folgenden: DÖW] 10925.
- 8 Vgl. Weinert / Rizy (HrsgIn.): „Mein Kopf wird euch nicht retten“ (wie Anm. 2), S. 119ff.
- 9 Ebenda, S. 120.
- 10 Ebenda.
- 11 Ebenda, S. 125.
- 12 Im Dezember 1937 wurde im Schloss Lichtenburg in Prettin das erste reine Frauenkonzentrationslager im Deutschen Reich errichtet. Vgl. Hördler, Stefan: KZ- und SS-Standort: Eine Verortung des Komplexes Lichtenburg, in: Hördler, Stefan / Jacobeit, Sigrid (HrsgIn.): Lichtenburg. Ein deutsches Konzentrationslager. Berlin 2009, S. 22.
- 13 Weinert / Rizy (HrsgIn.): „Mein Kopf wird euch nicht retten“ (wie Anm. 2), S. 125.
- 14 „Susi Benesch. Eine kleine tapfere Frau“, ein Bericht von Maria Günzel, DÖW 8815, S. 2.
- 15 Ebenda, S. 4.

- 16 Vgl. Weinert / Rzy (HrsgIn.): „Mein Kopf wird euch nicht retten“ (wie Anm. 2), S. 129.
- 17 „Susi Benesch. Eine kleine tapfere Frau“, ein Bericht von Maria Günzel, DÖW 8815, S. 4.
- 18 Vgl. Lebenslauf von Stefanie Kunke, DÖW 4928. Die Provenienz der Lebensläufe von Stefanie und Hans Kunke ist nicht eindeutig. Nach Angaben des DÖW ist jedoch gesichert, dass sie von Annie Hatschek oder Helene Potetz geschrieben wurden.
- 19 Vgl. Lebenslauf von Hans Kunke, DÖW 13340.
- 20 Vgl. ebenda.
- 21 Vgl. Gedächtnisprotokoll der Befragung von Annie Hatschek, 31. 10. 1967, DÖW 13340, S.1.
- 22 Vgl. Neugebauer, Wolfgang: Der österreichische Widerstand 1938–1945, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Opferschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus, Jahrbuch 2013, Wien 2013, S. 240f.
- 23 Gedächtnisprotokoll der Befragung von Annie Hatschek, 31. 10. 1967, DÖW 13340, S. 1, S. 69.
- 24 Vgl. ebenda, S. 7.
- 25 Vgl. Strafanzeige der Bundespolizeidirektion Wien an die Staatsanwaltschaft Wien, DÖW 6112 sowie Gedächtnisprotokoll der Befragung von Annie Hatschek, 31. 10. 1967, DÖW 13340, S.1.
- 26 „1938“: Gedicht und Notenblatt, DÖW 11049.
- 27 Vgl. Neugebauer, Wolfgang: Der österreichische Widerstand 1938–1945 (wie Anm. 22), S. 241.
- 28 Vgl. Karteikarte des Reichssicherheitshauptamtes zu Stefanie Kunke, Bundesarchiv R58/9686.
- 29 Vgl. Bericht von Helene Potetz über die Haftzeit Stefanie Kunkes, DÖW 4928.
- 30 Vgl. Bericht von Rosa Jochmann über die Haftzeit Stefanie Kunkes, DÖW 11049.
- 31 Vgl. Bericht von Helene Potetz über die Haftzeit Stefanie Kunkes, DÖW 4928.
- 32 Vgl. Sterbebuch des Standesamtes Auschwitz. Online unter <http://auschwitz.org/en/museum/auschwitz-prisoners/> [Stand vom 30. 01. 2017].
- 33 Die vorliegende Rekonstruktion der Ereignisse stützt sich primär auf die Forschungen von Sylvia Köchl und Christa Putz, die einen Gerichtsakt von Marianne S. des Welser Landesgerichtes aus dem Jahr 1938 sowie einen Linzer Volksgerichtsakt aus den Jahren 1947/48 untersuchten. Siehe: Köchl, Sylvia / Putz, Christa: Kriminell – ein Leben lang. Bestrafung und Verfolgung zweier Welserinnen vor, während und nach dem Nationalsozialismus, in: Stadt Wels (Hrsg.): Nationalsozialismus in Wels, Band 2/2. Wels 2012, S. 204f.
- 34 Ebenda, S. 209f.
- 35 Vgl. ebenda, S. 212.
- 36 Vgl. Köchl, Sylvia: „Das Bedürfnis nach gerechter Sühne“. Wege von „Berufsverbrecherinnen“ in das Konzentrationslager Ravensbrück, Wien 2016, S. 88.
- 37 Der § 144 des StGB 1852 lautete: „Eine Frauenperson, welche absichtlich was immer für eine Handlung

- unternimmt, wodurch die Abtreibung ihrer Leibesfrucht verursacht, oder ihre Entbindung auf solche Art, daß das Kind tot zur Welt kommt, bewirkt wird, macht sich eines Verbrechens schuldig.“ Allgemeines Reichs-Gesetz- und Regierungsblatt für das Kaiserthum Oesterreich, Jahrgang 1852, S. 523. Online unter <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=rgb&datum=1852&page=609&size=45> [Stand vom 30. 01. 2017].
- 38 Vgl. Köchl, Sylvia: „Das Bedürfnis nach gerechter Sühne“ (wie Anm. 36), S. 89.
- 39 Die „polizeiliche Vorbeugehaft“ diene der Kriminalprävention. Die mittels „Vererbungslehre“ und „Kriminalbiologie“ gestützte Vorstellung einer verbrecherischen Veranlagung sollte durch die „polizeiliche Vorbeugungshaft“ im „Volkskörper“ beseitigt werden. Vgl. Wagner, Patrick: Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, Reihe: Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Band 34, Hamburg 1996.
- 40 Sylvia Köchl führt dieses bürokratische Durcheinander auf die noch nicht etablierten „Abläufe bei der Verfolgung von ‚BerufsverbrecherInnen‘“ in der neuen „Ostmark“ zurück. Vgl. Köchl, Sylvia: „Das Bedürfnis nach gerechter Sühne“ (wie Anm. 36), S. 91.
- 41 Vgl. ebenda, S. 98.
- 42 Vgl. ebenda, S. 92–95.
- 43 Vgl. ebenda, S. 100, 210 f.
- 44 Köchl/Putz: Kriminell – ein Leben lang. Bestrafung und Verfolgung zweier Welserinnen vor, während und nach dem Nationalsozialismus (wie Anm. 33), S. 218 f.
- 45 Vgl. ebenda, S. 220.



Der „erblindete“ Martin Luther: Die verhüllte Statue des Reformators in Wittenberg während der Gedenktion „Das gelbe Band“ der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt e. V. im November 2016

Von Luther zu Hitler?

Zum Umgang mit einer unbewältigten Vergangenheit im Jahr des Reformationsjubiläums

Andreas Froese-Karow

Im November 2016 sorgten künstlerische Interventionen an Luther-Denkmalern in mehreren deutschen Städten für Aufmerksamkeit. Zum Gedenken an die nationalsozialistischen Novemberpogrome von 1938 trugen viele Statuen des Kirchenreformators auf den Straßen und Plätzen im öffentlichen Raum plötzlich gelbe Augenbinden. Diese ungewöhnliche Verhüllungsaktion sollte weithin sichtbar auf die Judenfeindschaft in Martin Luthers Schriften aufmerksam machen. Die Initiative zu dieser bundesweiten Kampagne kam von Evangelischen Akademien und Beiräten für den christlich-jüdischen Dialog: Sie alle wollten ein Zeichen gegen Luthers Judenhass setzen und zeigen, „wie der Reformator in dieser Frage blind gewesen ist, obwohl er klarsichtig vieles Neue entdeckt hat.“¹ Zugleich verwiesen die Augenbinden auch symbolisch auf

den lange vernachlässigten Umgang von kirchlicher Seite mit diesem Thema, das in den vergangenen Jahren in Vorbereitung auf das Reformationsjubiläum 2017 zunehmend in die öffentliche Debatte kam.²

Unmittelbar wenige Tage vor dieser Verhüllungsaktion hatte Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Rede zum Festakt „500 Jahre Reformation“ auf Luthers Judenfeindschaft verwiesen: „Alle Lutherbilder, so einseitig sie jeweils waren, konnten sich auf tatsächliche, wenn auch nicht immer zentrale Teile seines Wirkens berufen. So konnten auch Antisemiten, zum Beispiel, die antijüdischen Polemiken Luthers für sich in Anspruch nehmen. Dieser Aspekt seines Wirkens, der gerade in den vergangenen Jahren ausführlich untersucht wurde, sollte weder überbewertet, noch sollte er verschwiegen werden. Das bleibt – wie wohl zeittypisch – eine dunkle Seite seines Wirkens.“³ Noch deutlicher würdigte Kulturstaatsministerin Monika Grütters in ihrer Ansprache den Reformator als einen Vorkämpfer für Freiheit und Menschenrechte: „Ohne die auch dunklen Seiten Luthers wie seinen Antijudaismus übersehen zu wollen, kommt man nicht an ihm vorbei, wenn man die Entwicklung unserer bürgerlichen Ideale und demokratischen Werte verstehen will.“⁴ Mehr noch: Die Überlieferung seiner „dunklen Seiten“ schmälere Luthers historische Bedeutung für unsere heutigen Grundwerte keineswegs. Dieser Rückblick auf den Beginn des Reformationsjubiläums 2017 offenbart eine bemerkenswerte Ambivalenz der Luther-Wahrnehmung. Einerseits wird der Reformator als visionärer Aufklärer verehrt, andererseits als Judenhasser kritisiert.

Dass Martin Luther als eine widersprüchliche Persönlichkeit gilt, ist keine neue Erkenntnis. Im zeitlichen Verlauf prägten ganz unterschiedliche Interpretationsansätze den öffentlichen Blick auf den Kirchenreformer. Dass nun zum Reformationsjubiläum eine neue Debatte um Luthers Person aufbricht, mag sicher eine logische Folge des engen, personalisierten Zuschnitts des Reformationsjubiläums 2017 auf die Person Martin Luther sein, die sich bereits in der auf zehn Jahre angelegten „Lutherdekade“ abzeichnete.⁵ Dennoch mag es verwundern, dass die geradezu kultische Verehrung einer einzelnen Person, die viele judenfeindliche Schriften verfasste und andere zu antijüdischen Denken und Handeln inspirierte, in heutiger Zeit möglich erscheint. In Vorbereitung auf das Jubiläumsjahr 2017 widmen sich neue Publikationen⁶ und Ausstellungen⁷ diesem Phänomen der Lutherrezeption. Manche kritisieren deshalb eine zu personalisierte Konzentration des gesamten Reformationsjubiläums auf Luther: Sie lehnen sie mit Verweis auf die judenfeindlichen Schriften des Kirchenreformators – ins-

besondere während des Nationalsozialismus – ab.⁸ Doch sind Verbindungen zwischen Luthers Judenfeindschaft und dem späteren Antisemitismus tatsächlich angebracht? Ein Rückblick auf den Wandel der Lutherbilder im zeitlichen Verlauf erscheint insbesondere im Reformationsjahr lohnenswert.

Martin Luther und die Juden

Martin Luthers zeitgenössische Sicht auf die Juden lässt sich anhand seiner überlieferten Schriften näher betrachten. Insbesondere die in der Lutherforschung zusammengefasste Gruppe der „Judenschriften“ spielt hierfür eine wichtige Rolle.⁹ Insgesamt verfasste der Kirchenreformer 16 Schriften, die sich mit dem Judentum beschäftigen. Davon sind vor allem drei Werke grundlegend für seine Haltung gegenüber den Juden. In seiner Schrift „Dass Jesus Christus ein geborener Jude sei“ von 1523 kritisierte Luther die bis dahin in der Kirche verbreiteten Praktiken der Judenmission und prangerte Gewalt von christlicher Seite gegenüber Juden an.¹⁰ Dem gegenüber rief er dazu auf, Jesus Christus gegenüber Juden inhaltlich als den Messias zu verkünden, dessen Botschaft für alle – und somit auch für die Juden – bestimmt sei. Unverkennbar knüpft Luther an frühreformatorische Missions- und Bekehrungshoffnungen gegenüber den Juden an.¹¹ Da der Reformator in seinen später entstandenen Schriften selbst zur Gewalt gegenüber Juden aufrief, wurde dieser Appell für eine neuartige Missionspraxis von kirchlicher Seite gegenüber dem Judentum in der Forschung bisweilen als ein früher Vorstoß des Reformators zum friedlichen Dialog zwischen Christen und Juden missverstanden. Doch bereits in dieser Schrift wird Luthers Grundüberzeugung deutlich, dass das Judentum gegenüber der christlichen Religionslehre keineswegs gleichgestellt sei. Hinter seiner Kritik an der aus seiner Sicht verfehlten gewaltsamen Missionspraxis des Papsttums lässt sich eine antijudaistische Denk- und Sichtweise erkennen. Mehr noch: Luther forderte verstärkte Anstrengungen von der christlichen Bevölkerung, um aus Juden überzeugte Christen zu machen. In diesem Sinne waren nicht die Juden, sondern christliche Gläubige die eigentlichen Adressaten dieser Schrift.

Luthers antijudaistische Grundüberzeugung spiegelt sich auch in seinen zwei später verfassten Schriften wider. Sowohl „Wider die Sabbather“¹² von 1538 als auch die wohl bekannteste seiner sogenannten Judenschriften, „Von den Juden und ihren Lügen“¹³ aus dem Jahr 1543, sind mit traditionellen judenfeindlichen Stereotypen geradezu durchsetzt. Der Reformator warf den Juden „Hochmut“, „Blutdurst“ und „Geldgier“ vor.

Die Vorwürfe der angeblichen „Hostienschändung“ und der „Brunnenvergiftung“ sowie der vermeintlichen Entführung von christlichen Kindern zum Zweck ihrer rituellen Ermordung ließ er ebenso wenig aus. Eine Bekehrung der Juden zum Christentum lehnte der Reformator in dieser Schrift ab, da sich alle diesbezüglichen Bestrebungen von christlicher Seite als erfolglos erwiesen hätten. Stattdessen forderte er unter dem zynischen Begriff einer „sozialen Barmherzigkeit“ die christliche Bevölkerung dazu auf, jüdische Synagogen niederzubrennen, Juden das „Wuchern“ zu verbieten, Rabbinern jede religiöse Tätigkeit zu untersagen und sie zur körperlichen Arbeit heranzuziehen. Diesen drastischen Gewaltaufruf gegenüber Juden rechtfertigte Martin Luther mit der aus seiner Sicht von den Juden verkannten Bedeutung Jesu Christi als dem eigentlichen Messias. Die Umsetzung dieses gewaltsamen Programms vor Ort in den Gemeinden der Gläubigen solle durch die jeweils ansässigen christlichen Prediger erfolgen.

Kirchliche, nationalistische und auch rassistische Autoren beriefen sich in späteren Jahrhunderten insbesondere auf diese Schrift des in seinen Erwartungen an die Erfolge der Judenmission enttäuschten Kirchenreformators.¹⁴ Von politischer Seite bestand wenig Interesse an einer innertheologischen Auseinandersetzung mit Luthers Ansichten. Vielmehr bedienten sich politische Autoren und Führungsfiguren der christlich-sozialen und der deutschnationalen Bewegung an Luthers judenfeindlichen Formulierungen und ordneten sie in die Zitate und Formulierungen ihrer eigenen ideologischen Programmschriften ein. So etwa Adolf Stoecker, der evangelische Hofprediger und Anführer der Christlichsozialen Partei in Berlin, der in seinen religiösen und politischen Reden eine Verbindung zwischen protestantischem Milieu und preußisch-deutschem Nationalismus herstellte.¹⁵ Doch auch innerhalb der theologischen Auseinandersetzung um die Lutherschriften lässt sich ab dem 19. Jahrhundert eine wachsende nationalistische Lesart beobachten. Ein markantes Beispiel lieferte der unbekannte Autor Islebensis, der rassistisch begründete Judenbilder mit einem christlich begründeten Nationsbegriff verband und zum Abwehrkampf aufrief: „Hinaus mit ihnen!“ soll auch unser Ruf sein, den wir an alle echten Deutschen richten. Wache auf, deutsches Volk! – siehe wie dich die Juden lästern, betrügen, aussaugen. Greif zur Wehre, Arbeiter und Bauersmann, die ihr im Schweiß eures Angesichts euer Geld verdient, um es dann von den Juden rauben zu lassen. Greife zur Wehre, treuer Christ, damit du deinen Gott vor den Lästerungen der Juden schütze. Greife zur Wehre, deutsche Jugend, lass dir dein höchstes Gut, deine Ehre, nicht ungestraft schmähen.“¹⁶

Auch die wiederkehrenden Lutherjubiläen unterlagen stets einer Einbettung und Vereinnahmung in den jeweiligen Zeitgeist.¹⁷ Der 400. Jahrestag des Thesenanschlages fiel 1917 mitten in den Ersten Weltkrieg. Ein Anlass für einige deutschnational gesinnte Autoren, Luther zu einem patriotischen Helden und „Volkskämpfer“ zu erklären.¹⁸ Dennoch meldeten von religiöser und politischer Seite immer wieder auch kritische Stimmen ihre Bedenken gegen eine nationalistische Vereinnahmung Luthers an. Ernst Wilhelm Hengstenberg forderte zur sofortigen Abkehr vom Lutherkult auf: „Die Stellung, die Luther in seinen späteren Jahren zu den Juden einnahm, ist recht geeignet, um uns den Unterschied zwischen ihm und den Aposteln zur Anschauung zu bringen und zu zeigen, wie bedenklich es wäre, sich einem solchen Meister unbedingt und ohne Prüfung nach der Schrift hinzugeben, was auch die lutherische Kirche nie getan hat.“¹⁹

Luther als Identifikationsfigur im Nationalsozialismus

An nationalistische und völkische Lutherbilder konnte später die nationalsozialistische Luther-Rezeption anknüpfen. Ab 1933 nahm die Zahl der neu veröffentlichten Ausgaben von Luthers Schriften deutlich zu. Viele erschienen mit Vorworten und begleitenden Kommentaren der Herausgeber, die auf die vermeintlich „unterdrückten Judenschriften“ Luthers in vorangegangenen Ausgaben verwiesen. „Ja, seine ausschlaggebenden Schriften sind in die große kritische Weimarer Gesamtausgabe seiner Werke bisher überhaupt nicht aufgenommen, obgleich der das Jahr 1543 umfassende Band bereits veröffentlicht ist“, empörte sich der Herausgeber Alfred Falb.²⁰ Auf diese Weise verknüpften die Neuauflagen der „Judenschriften“ in ihrer nationalsozialistischen Propaganda ein heroisches Lutherbild eines angeblich vorbildlichen „Vorkämpfers für das Deutschtum“ mit dem verschwörungstheoretischen Vorwurf einer vorangegangenen manipulativen Sichtweise auf das „wahre Erbe Luthers“ unter angeblicher Geheimhaltung vieler Schriften.²¹ Doch auch die Nationalsozialisten widersetzten sich einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit Luthers zeitgenössischer Judenfeindschaft.

Gedenktage wie das Luther-Jubiläum zum 450. Geburtstag des Reformators im November 1933 wurden nationalsozialistisch instrumentalisiert und als „Deutscher Luthertag“ öffentlichkeitswirksam zu „Volksfesten der nationalen Befreiung“ inszeniert. Der Kirchenhistoriker Hans Preuß setzte Luther sogar mit Hitler gleich: Er sah beide „als deutsche Führer zur Errettung des Volkes berufen, beiden geht der Schrei nach einem großen Manne der Rettung voraus, beide lieben ihr Vaterland. Luther und Hitler fühlen

sich vor ihrem Volke tief mit Gott verbunden.“²² In vergleichbarer ideologischer Verehrung Luthers bekannten sich auch die „Deutschen Christen“ zum Kirchenreformer. Die Anhänger dieser Bewegung innerhalb der Evangelischen Kirche suchten eine inhaltliche und organisatorische Nähe zur NS-Führung und grenzten sich von anderen Strömungen wie etwa der „Bekennenden Kirche“ ab. Dabei beriefen sie sich auch auf Luthers Schriften: „Und wenn Martin Luther auf seinem Wege dem Führer heute begegnen würde, dem unser aller Herzen dankbar schlagen – tief würde er ihm in die Augen schauen, und beide Hände würde er ihm drücken. Dank dir, du deutscher Mann! Du bist Blut von meinem Blut, Art von meiner Art. Wir beide gehören eng zusammen. Wahrhaftig, sie gehören zusammen, Martin Luther und Adolf Hitler, die Reformation von 1517 und die deutsche Erneuerung von 1933.“²³ Und neben der Martin-Luther-Universität zu Halle pflegten auch die „Lutherstädte“ von offizieller Seite eine ideologisch vereinnahmte Verehrung ihres Idols.²⁴

In der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre, nach der Veröffentlichung der NS-Rassengesetze, lassen sich vermehrt Vorstöße zur Konstruktion einer Kontinuitätslinie von Luther zur nationalsozialistischen Rassenlehre beobachten. Einen unrühmlichen Höhepunkt bildete der Evangelische Landesbischof Martin Sasse am 10. November 1938 in seiner offiziellen Reaktion auf die Pogrome vom Vortag: „Am 10. November, an Luthers Geburtstag, brennen in Deutschland die Synagogen. Vom deutschen Volke wird die Macht der Juden auf wirtschaftlichem Gebiete im neuen Deutschland endgültig gebrochen und damit der gottgesegnete Kampf des Führers zur völligen Befreiung unseres Volkes gekrönt.“²⁵ Dagegen beriefen sich bekennende innerkirchliche Gegner der NS-Ideologie wie etwa Dietrich Bonhoeffer auf einen „frühen“ und „jungen“ Martin Luther als Vorbild, der anfangs noch gegenüber dem Judentum aufgeschlossen gewesen sei. Zum Reformationstag am 31. Oktober 1943 schrieb Bonhoeffer in seiner Haft: „Heute ist Reformationsfest, ein Tag, der einen gerade in unseren Zeiten wieder sehr nachdenklich machen kann. Man fragt sich, warum aus Luthers Tat Folgen entstehen mussten, die genau das Gegenteil von dem waren, was er wollte, und die ihm selbst seine letzten Lebensjahre verdüstert haben und ihm manchmal sogar sein Lebenswerk fraglich werden ließen.“²⁶

Es wäre sicher anachronistisch, die historische Verantwortung für Martin Luthers ideologische Instrumentalisierung im Nationalsozialismus dem Reformator selbst anlasten zu wollen. Gerade der Blick auf alternative Luther-Interpretationen von individueller Seite in den 1930er Jahren offenbart die zeitgebundene Lesart der offiziellen Luther-

Rezeption und den Einfluss der NS-Ideologie innerhalb der damaligen Kirchenorganisation. Dennoch zeigt sich im Rückblick auf Luthers Rezeptions- und Wirkungsgeschichte in den ihm nachfolgenden Jahrhunderten, dass sich viele Formulierungen aus seinen Schriften scheinbar nahtlos als Textbausteine und Versatzstücke nutzen ließen.

Schlussbetrachtung: Martin Luther zwischen Kirche und Kommerzialisierung

Auf ihrer 12. Synode im November 2015 verabschiedete die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) eine Erklärung zu Luthers „Schattenseiten“.²⁷ Damit bekannte sich die Evangelische Kirche zu ihrem wechselvollen Umgang mit dem Reformator und stellte einen Bedarf an einer zunehmenden Aufarbeitung und Thematisierung dieses Kapitels ihrer eigenen Geschichte fest.

Parallel dazu lassen sich jedoch neue öffentliche Vereinhaltungstendenzen des Kirchenreformators beobachten. So setzen manche Städte und Regionen insbesondere in Mitteldeutschland auf Martin Luther als Ikone und Maskottchen für touristische Image-Kampagnen. Zugleich hält sich weiterhin das Lutherbild eines Wegbereiter für moderne Bildung und Menschenrechte. Sehr zum Missfallen von Lutherforschern wie beispielsweise Thomas Kaufmann, die vor einer neuen Instrumentalisierung und Monumentalisierung des Reformators warnen: „Luther ist keine Leitfigur!“²⁸

Zu bedenken bleibt, dass personelle Überhöhungen einzelner Personen stets mit unvollständigen Vereinfachungen einhergehen. Sie sollten daher immer kritisch hinterfragt werden. Dass dies öffentlichkeitswirksam in kreativer und innovativer Weise möglich ist, hat die künstlerische Gedenkkaktion der Evangelischen Akademien mit den gelben Augenbinden an vielen Lutherstatuen in der Jahren 2015 und 2016 anschaulich gezeigt.

Anmerkungen

- 1 Friedrich Kramer, Direktor der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst, 09.11.2015, online unter https://www.ekd.de/aktuell_presse/news_2015_11_09_4_lutherdenkmal_agenbinde.html [Stand vom 18.04.2017]. Bereits in jenem Jahr führten kirchliche Akademien und zivilgesellschaftliche Bürgerinitiativen die Aktion bundesweit in mehreren Städten durch, siehe: Luther und die Judenfeindschaft – Auf beiden Augen blind, Pressemitteilung der Evangelischen Akademien in Deutschland, 13.11.2015, online unter http://www.evangelische-akademien.de/wp-content/uploads/2016/11/PM_EAD_13-11-2015_Luther-und-die-Judenfeindschaft.pdf [Stand vom 18.04.2017]. Die Erfurter Stadtverwaltung untersagte damals der lokalen Arbeitsgemeinschaft „Kirche und Judentum“ die geplante Verhüllung des städtischen Lutherdenkmals, siehe: Heftiger Streit um Aktion am Erfurter Lutherdenkmal, Thüringer Allgemeine, 10.11.2015, online unter <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Heftiger-Streit-um-Aktion-am-Erfurter-Lutherdenkmal-213333377> [Stand vom 18.04.2017]. Im November 2016 fanden erneut künstlerische Interventionen mit gelben Augenbinden an Lutherstatuen u. a. in Berlin, Hamburg, Halle (Saale), Hannover und Nordhausen statt.
- 2 Eine öffentliche Debatte über Luthers Judenfeindschaft fällt vermehrt seit dem Themenjahr 2013 „Reformation und Politik“ der sogenannten Lutherdekade in Vorbereitung auf das Reformationsjubiläum 2017 auf.
- 3 Rede von Bundespräsident Joachim Gauck zum Festakt „500 Jahre Reformation“, Berlin, 31. 10. 2016, online unter <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2016/10/161031-Festakt-Reformation.html> [Stand vom 18.04.2017].
- 4 Rede von Kulturstaatsministerin Monika Grütters zum Festakt „500 Jahre Reformation“, Berlin, 31. 10. 2016, Pressemitteilung Nr. 387/2016 des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, online unter <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2016/10/2016-10-31-bkm-reformationsjubilaeum.html> [Stand vom 18.04.2017].
- 5 Vgl. „In Stein, in Bronze, im Kopf: Luther ist überall“, in: Die Zeit, 23. 11. 2016.
- 6 Vgl. Kaufmann, Thomas: Luthers Juden, Stuttgart 2014; Ders.: Luthers Sicht auf Judentum und Islam, in: Schilling, Heinz: Der Reformator Martin Luther 2017. Eine wissenschaftliche und gedenkpolitische Bestandsaufnahme, Berlin / Boston 2015, S. 53–84; Dorothea Wendebourg: Vergangene Reformationsjubiläen. Ein Rückblick im Vorfeld von 2017, in: Schilling, Heinz: Der Reformator Martin Luther 2017. Eine wissenschaftliche und gedenkpolitische Bestandsaufnahme, Berlin / Boston 2015, S. 261–282; Blaschke, Olaf: Die Kirchen und der Nationalsozialismus, Stuttgart 2014.
- 7 Bundesweit ist die Anzahl der Themenausstellungen zu Martin Luther im Jubiläumsjahr 2017 kaum zu

überblicken. Die drei großen „Nationalen Sonderausstellungen“ widmen sich der historischen Lutherrezeption in einzelnen Epochen nur am Rande, so etwa: Der Luthereffekt. 500 Jahre Protestantismus in der Welt, Deutsches Historisches Museum im Martin-Gropius-Bau Berlin, 12. 04. 2017–05. 11. 2017; Luther! 95 Schätze – 95 Menschen, Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt, Augusteum, Lutherstadt Wittenberg, 13. 05. 2017–05. 11. 2017; Luther und die Deutschen, Wartburg, Eisenach, 04. 05. 2017–05. 11. 2017. Aussagekräftiger zur Lutherrezeption im Nationalsozialismus sind folgende Themenausstellungen: „Überall Luthers Worte...“ – Martin Luther im Nationalsozialismus“, Stiftung Topographie des Terrors, Berlin, 28. 04. –05. 11. 2017; Luther. 1917 bis heute, Stiftung Kloster Dalheim, 31. 10. 2016–12. 11. 2017; Sankt Luther. Reformator zwischen Inszenierung und Marketing, Stadtmuseum Berlin, 01. 04. 2017–28. 05. 2017.

- 8 Einen einführenden Überblick dazu liefert Kirsten Serup-Bilfeldt: Martin Luthers Judenschriften – Die dunkle Seite der Reformation, online unter http://www.deutschlandradiokultur.de/martin-luthers-judenschriften-die-dunkle-seite-der.1079.de.html?dram:article_id=341916 [Stand vom 18. 04. 2017]. Zur Lösung „Von Luther zu Hitler“ vgl. von Hanstein, Wolfram: Von Luther zu Hitler. Ein wichtiger Abriss deutscher Geschichte, Dresden 1947.
- 9 Vgl. Bolz, Norbert: Zurück zu Luther, Paderborn 2016; Kaufmann, Thomas: Luthers Judenschriften. Ein Beitrag zu ihrer historischen Kontextualisierung, 2. Aufl., Tübingen 2013; Bienert, Walther: Martin Luther und die Juden. Ein Quellenbuch mit zeitgenössischen Illustrationen, mit Einführungen und Erläuterungen, Frankfurt am Main 1982.
- 10 Vgl. Luther, Martin: Dass Jesus Christus ein geborener Jude sei (1523).
- 11 Vgl. Kaufmann, Thomas: Das Judentum in der frühreformatorischen Flugschriftenpublizistik, in: Zeitschrift für Theologie und Kirche 95 (1998), S. 429–461; Ders.: Luthers „Judenschriften“ in ihren historischen Kontexten, Göttingen 2005.
- 12 Vgl. Luther, Martin: Wider die Sabbather (1538).
- 13 Vgl. Luther, Martin: Von den Juden und ihren Lügen (1543).
- 14 Vgl. Moeller, Bernd: Luther-Rezeption. Kirchenhistorische Aufsätze zur Reformationsgeschichte, Göttingen 2001.
- 15 Vgl. Stoecker, Adolf: Christlich-Sozial. Reden und Aufsätze. Bielefeld 1885.
- 16 Islebensis: Dr. Martin Luther und das Judentum, Berlin o. J. (vermutl. 1882), S. 16.
- 17 Vgl. Medick, Hans / Schmidt, Peer (Hrsg.): Luther zwischen den Kulturen. Zeitgenossenschaft – Weltwirkung, Göttingen 2004.
- 18 Vgl. Maron, Gottfried: Luther 1917. Beobachtungen zur Literatur des 400. Reformationsjubiläums, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 93 (1982), S. 177–221.

- 19 Hengstenberg, Ernst Wilhelm: Die Opfer der Heiligen Schrift. Die Juden und die christliche Kirche, 2. Aufl., Berlin 1859, S. 57.
- 20 Falb, Alfred: Luther und die Juden, München 1936, S. 11.
- 21 Kaufmann, Thomas: Luthers Juden, Stuttgart 2014, S. 161f.
- 22 Preuß, Hans: Luther und Hitler, in: Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung, 20. 10. 1933 und 27. 10. 1933.
- 23 Wilhelm Fahrenhorst, Bundesdirektor des damaligen „Evangelischen Bundes zur Wahrung deutsch-protestantischer Interessen“ und Planungsbeauftragter für den „Deutschen Luthertag 1933“, als Hauptredner beim „Eislebener Luthersonntag“ am 20. August 1933, veröffentlicht in: Mitgliederblatt des Evangelischen Bundes 47 (1933), Nr. 5, S. 4–6. Vgl. Buss, Hansjörg: Der Deutsche Luthertag 1933 und die Deutschen Christen, in: Kirchliche Zeitgeschichte: Band 26, Heft 2 (2013), S. 272–288. Einführend zu den „Deutschen Christen“: Thull, Philipp: Christen im Dritten Reich, Darmstadt 2014.
- 24 Vgl. Eberle, Hendrik: Die Martin-Luther-Universität in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945, Halle (Saale) 2002; Junghans, Helmar: Martin Luther und Wittenberg, München/Berlin 1996; Blaschke, Karlheinz / Herre, Volkmar: Wittenberg, die Lutherstadt, Neustadt an der Aisch 1996.
- 25 Sasse, Martin: Martin Luther über die Juden. Weg mit ihnen!, Freiburg 1938, S. 2.
- 26 Bonhoeffer, Dietrich: Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, 22. Aufl., Gütersloh 2005, S. 53f.
- 27 Vgl. EKD (Hrsg.): Martin Luther und die Juden – Notwendige Erinnerung zum Reformationsjubiläum, Bremen 2015.
- 28 Thomas Kaufmann im Gespräch mit Katrin Hondl, online unter http://www.deutschlandfunk.de/debatte-um-luthers-antisemitismus-luther-ist-keine-leitfigur.694.de.html?dram:article_id=316079 [Stand vom 18. 04. 2017].

Populismus und Aufarbeitung des Kommunismus in Europa

Helmut Fehr

Einleitung

Die Rückkehr der Vergangenheit wird in der Öffentlichkeit von (ostmittel-)europäischen Gesellschaften vorwiegend als historisches Ersatz-Streitthema behandelt. So dominiert in den Auseinandersetzungen über das Erbe der kommunistische Regime in Deutschland, Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn eine Konfrontationsrhetorik, die bereits Anfang der neunziger Jahre den parteipolitischen Streit prägte: Schlüsselwörter sind „Stasi“-Komplex, „Unrechtsgeschichte“ und „Terror-Herrschaft“, eng verknüpft mit Stereotypen wie „Agenten“ und „Spione“. Sie tragen zur permanenten Mobilisierung der öffentlichen Meinung über Geschichte bei, wie u. a. der von Viktor Orbán und Jaroslaw Kaczyński ausgerufenen anhaltenden Kampf gegen „Kommunisten“, „Postkommunisten“ und „Diebe“ veranschaulicht. Damit wird ein Feld für politische Ritualisierungen abgesteckt, in dem Mythen und Verschwörungsphantasien statt Aufklärung über Herrschaftsmechanismen der „real-sozialistischen“ Regime kennzeichnend sind. Politischer Rufmord und Freund-Feind-Bilder werden für die Auseinandersetzungen genutzt ebenso wie die „radikale“ Durchleuchtung politischer Lebensläufe. Diese Bestrebungen schließen mitunter die Umschreibung politischer Biografien und die Erfindung von Täter-Opfer-Stereotypen ein. Meine Ausgangsüberlegungen lassen sich mit folgenden Worten umschreiben: Populistische Bewegungsparteien instrumentalisieren Probleme der historischen Aufarbeitung für den Kampf um die kulturelle Deutungshoheit. Hierbei wird in Polen, Ungarn und der Slowakei die imaginierte Bindungskraft von patriotischer Gemeinschaft durch Bezüge auf Traditionen der ländlich geprägten Zwischenkriegsgesellschaften unterfüttert. Für ein genaueres Verständnis von Ambivalenzen in den Auseinandersetzungen über die kommunistische Regimegeschichte liefert die ländervergleichende Problemsicht wichtige Anhaltspunkte, wie ich im Folgenden zeigen werde. Meine Ausführungen¹ gliedern sich in drei Teile:

1. Elitenkampf und symbolische Formen der Aufarbeitung: Hierbei spielen Mobilisierungsformeln eines militanten Populismus („radikale“ Entkommunisierung, „Krieg an der Spitze“, „Beschleunigung“, „völkische“ Politik, „Gefährdung der Nation“ u. a.) eine zentrale Rolle.

2. Zwischen „historischer Wahrheit“ und „Unrecht“: In diesen Zusammenhang gehört der Streit über Regime-Geschichte in der DDR / Ostdeutschland und Ungarn.
3. „Lustration“ und „nationale Interessen“: Diese Schlüsselwörter deuten auf Probleme der Rechtsprechung und politischen Kultur hin; das heißt, auf Auswirkungen der Aktenpolitik für die Rechtskultur in den Übergangsgesellschaften, besonders in der Tschechischen Republik und Polen.

1. Elitenkampf und Geschichte

Blicken wir zunächst auf politische Themen und Schlüsselwörter der Vergangenheitspolitik zwischen 1987 und 1989 zurück. Schon vor 1989 spielten politische Deutungsmuster des Populismus eine maßgebliche Rolle, wie das Länderbeispiel Ungarn veranschaulicht. So gipfelten Fragen nach der Wiederaneignung verdrängter historischer Daten zur „Revolution 1956“, die Einlösung von Pluralismus, Meinungs- und Vereinigungsfreiheiten und Reformen bzw. die Gründung von Proto-Parteien (Ungarisches Demokratisches Forum als Bündnis von agrarpopulistischen und konservativen Strömungen in Lakitelek 1987) auch in Überlegungen zur nationalen Geschichte. Für spontane Mobilisierungsprozesse nutzten die 1988 gebildeten Jungdemokraten (Fidesz) Appelle an „volkstümliche“ Traditionen ebenso wie „nationale Interessen“, um auf Gegensätze zwischen „Volk“ und Regierung anzuspielen. Das hob besonders Viktor Orbán in seiner Rede während des Wiederbegräbnisses von Imre Nagy Pál Maleter und anderen Revolutionsführern auf dem Budapester Heldenplatz am 16. Juni 1989 hervor. Zugleich nannte er die liberale Kádár-Regierung ein Regime, dem die nachrückende politische Generation nichts zu verdanken habe: „Wir schulden niemandem Dank, dass unsere politischen Organisationen (Fidesz – Anm. des Autors) heute arbeiten können“². Ganz im Stil eines imaginären Treuhänders der ungarischen Nation beschwor Orbán kollektive „Wir“-Gefühle zur Überwindung des Kádár-Regimes, das er unter Vorzeichen der politischen Konfrontation öffentlich als „Diktatur“ bezeichnete: „Wenn wir unseren Seelen und unserer Stärke vertrauen können, dann können wir auch ein Ende mit der Diktatur machen“³.

In Polen zeichnete sich mit der Aushöhlung populistischer Legitimationsformeln des Jaruzelski-Regimes Ende der achtziger Jahre ein Wandel öffentlicher Kommunikation ab, wonach die wechselseitige Anerkennung früherer politischer Gegner auf der Tagesordnung von Vor- und Rund-Tisch-Gesprächen 1988/1989 stand: der Wechsel von „Fein-

den“ zu Verhandlungspartnern. In dieser Perspektive ist auch das Urteil über politische Mentalitäten für die Auseinandersetzung mit den alten kommunistischen Machteliten grundlegend, das der erste frei gewählte Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki in einer Regierungserklärung mit folgenden Worten resümierte: „Die Polen müssen ein neues Kapitel in ihrer Geschichte beginnen. Aus ihren gegenseitigen Beziehungen ist der Hass zu verbannen, der zu einer großen destruktiven Kraft werden könnte“⁴. Mit der Betonung von Mentalitäten und Ressentiments als Barrieren für die Aufarbeitung des Kommunismus traf Mazowiecki das Dilemma einer auf Revanche und Vergeltung gerichteten Geschichtspolitik: Sie bewirkt eine Welle der Hass-Rhetorik, die in der Gegenwart in drastischer Weise ersichtlich wird. So erkennt der politische Anführer der Bewegungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) Jarosław Kaczyński in der konfliktgeladenen Vergangenheit der Nation primär eine Ansammlung negativer Stereotypen, die für das Handlungsrepertoire neuer Konfrontationseliten⁵ genutzt werden können. Geschichte und Aufarbeitung schrumpfen im Feld der politischen Konfrontation auf Floskeln der Vergeltung: Der Verrat der „Kommunisten“ und „Postkommunisten“, der Liberalen und der Europa-Anhänger rundet den Rückblick auf nationale Traumata ab, auch auf imaginäre Katastrophen wie „Smoleńsk“. Für Kaczyński besteht seit dem „17. Jahrhundert“ in Polen eine „Tradition des Volksverrats“⁶, die sich in den heutigen Konflikten über die historische Deutungshoheit manifestiert: Auf der einen Seite stehen die Geschichtspolitiker von PiS, die den Gerechtigkeitssinn der Massen zur Geltung bringen, auf der anderen Seite Kommunisten, Postkommunisten und „Lügeliten“, die die historische Wahrheit zu unterdrücken versuchen. Politische Rahmendeutungen wie Pluralismus, Dialog und „Grenzen des Kompromisses“, die für die Solidarność-Regierung von Mazowiecki zentrale Voraussetzungen waren, werden ebenso wie das angeführte Plädoyer für eine Politik des „dicken Strichs“ (Mazowiecki 1989) unter den Verdacht der „Kollaboration“ mit den kommunistischen Machteliten gestellt. Auch in der Tschechoslowakei und in der DDR gab es vor und nach den Umbrüchen von 1989 eine hohe Bereitschaft unter Akteurinnen und Akteuren der Bürgerbewegungen, Pluralismus als Norm (Bewegung für Bürgerfreiheit, HOS), moralische Anti-Politik (Charta 77) und Kompromissbildung anzuerkennen. Diese Bereitschaft reichte soweit, dass sogar innerhalb der spätsozialistischen Regime Ansatzpunkte für politischen und intellektuellen Widerstand gesehen wurden. Nach einem Appell von Wolfgang Templin, Bärbel Bohley u. a. vom 17. Januar 1989 waren in „der Verfassung der DDR [...] die Rechte auf freie Meinungsäußerung

garantiert“⁷. Und Erhart Neubert – im Herbst 1989 Mitbegründer des „Demokratischen Aufbruchs“, seit Mitte der neunziger Jahre CDU-Mitglied – betonte: „Nicht zu unterschätzen ist die Pluralität des ‚Mehrparteiensystems‘ der DDR, das in der ‚Nationalen Front‘ unter der Führung der SED arbeitet“.⁸ Erst einige Jahre nach den revolutionären Umbrüchen von 1989 schrumpfte die DDR im polemischen Urteil auf das Format eines „perversen Staates“, eines „Verbrecherstaates“, in dem „fast nichts von dem ausgelassen wurde, was Kommunisten der Menschheit angetan haben“⁹. Neubert: Es gab „nahezu alle politisch motivierten Massenverbrechen“¹⁰.

Halten wir fest: Schon 1989 beinhalteten erste Versuche der Geschichtspolitik symbolisch aufgeladene Kontrastbegriffe, die mit Anspielungen auf Gegensätze zwischen „Volk“ und „kommunistischem Regime“: „Menschen“ und „Diktaturen“ assoziiert werden.

2. Zwischen „historischer Wahrheit“ und „Unrecht“

Debatten über kommunistische Regime-Geschichte sind seit 1989 in der DDR / Ostdeutschland und Ungarn durch politische Slogans geprägt, die vorwiegend jenseits biografischen Erinnerens verortet sind. Die Vernachlässigung lebensgeschichtlicher Erinnerungen tritt besonders in Zusammenhängen zutage, in denen subjektiv erfahrenes Unrecht Thema sein sollte: In historischen Museen wie dem früheren Jugendwerkhof Torgau oder dem Budapester „Haus des Terrors“¹¹. Wenn in massenmedial verbreiteten Berichten von Torgau als „Kinder-KZ Margot Honeckers“ und „Das Kinder-KZ der DDR“¹² die Rede ist, werden historische Tiefendimensionen für Regime-Vergleiche vernachlässigt. Ebenso wenig wird die historische Wahrheit über die Herrschaft des „Unrechts“ und „Terrors“ aufgewiesen. Im Gegenteil: Durch semantische Gleichsetzung von „roter“ und „brauner“ Diktatur werden Ausmaß und Rahmenbedingungen der Unterdrückung im NS-Regime relativiert. Kinder wurden in Vernichtungslagern wie Auschwitz, Treblinka und anderen in der Regel noch am Tag der Einlieferung getötet oder medizinischen Versuchen unterworfen, die in den meisten Fällen mit dem Tod endeten. Das war in den Jugendwerkhöfen der DDR nicht der Fall. Terror war in Ungarn seit den sechziger Jahren kein Medium der Herrschaftsausübung. Das Kádár-Regime gründete nach einzelnen Abrechnungen und Todesurteilen gegen Akteure der ungarischen Revolution von 1956 auf Muster politischer Ersatz-Legitimation, die auf eine implizite wechselseitige Anerkennung von Regime und Bevölkerung hinauslaufen sollten: „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns!“ lautete die Mobilisierungsformel des kommunistischen

Regimes unter Janos Kádár. Kennzeichnend für die Herrschaftsvermittlung in der Spätphase des „Real-Sozialismus“ waren punktuelle Repressionen gegenüber Regimegegnern wie Ausweisung und Druck in Richtung Emigration, ergänzt durch sozialpolitische Garantien des Lebens- und Konsumniveaus. Weder in Ungarn noch in der DDR beruhte die Herrschaft der kommunistischen Parteien auf Unrecht im globalen Sinn wie das für faschistische Staaten galt. Vielmehr lässt sich festhalten, dass Ende der achtziger Jahre in unterschiedlichem Ausmaß in beiden Ländern, ähnlich wie in Polen, Elemente von Gesetzlichkeit eingeführt wurden, die von Ansätzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit bis zu Elementen der Verfassungsreform (Ungarn, Polen) reichten. Mit den Rund-Tisch-Gesprächen 1989 wurden in allen ostmitteleuropäischen Gesellschaften der Einfluss von Unrecht eingedämmt und Reformen in Richtung unabhängiger Justiz eingeleitet.

3. „Durchleuchtung“ und Recht

Das aktuelle Fallbeispiel des polnischen Botschafters in Deutschland Andrzej Przyłęski („IM Wolfgang“) und die wiederholten Androhungen von Jarosław Kaczyński und Präsident Miloš Zeman, die „Durchleuchtung“ politischer Lebensläufe von Politikern und Diplomaten auszuweiten, zielen auf Instrumentalisierung der Vergangenheitspolitik. Dies hat negative Folgen: Statt „Reinigung“ und Elitenaustausch (des diplomatischen Dienstes der staatlichen Verwaltung) werden immer neue Fälle von Kontinuitäten in alten und neuen Karrieren ersichtlich, wie die Fallbeispiele des polnischen Botschafters in Berlin und des stellvertretenden tschechischen Ministerpräsidenten Andrzej Babiš illustrieren. Der Fall des polnischen Botschafters wirft moralische Fragen der Lustrationspolitik auf, während der zweite Fall die Grenzen der „Durchleuchtung“ zeigt. Wie kann die frühere Mitarbeit beim tschechoslowakischen Geheimdienst bewertet werden, wenn die betreffende Person (der heutige Vize-Premier Babiš) nur unzureichende Aussagen trifft und die bekannten Details der Tätigkeit nicht strafrechtlich erfasst werden können? Eng damit verbunden ist eine andere Frage, die die Grenzen des Strafrechts als Medium der Vergangenheitsaufarbeitung unterstreichen: Worin bestehen die Schwierigkeiten des Handelns in der „Grauen Zone“ zwischen Anpassung, Konformismus und Opportunismus, einem Feld von Einstellungen, in dem sich auch Protagonisten der neueren Lustrationspolitik wie der tschechische Präsident Zeman vor 1989 bewegt hatten? Ganz abgesehen vom früheren Ministerpräsidenten Václav Klaus, der den Streit über die kommunistische Vergangenheit so ausweitete, dass sogar Intellek-

tuelle von 1968 wegen angeblicher ideologischer Kontinuitäten mit „dem Kommunismus“ als ideologische Mit-Täter überführt schienen. Dabei erwies sich der gegenüber 68er-Reformpolitikern lancierte Vorwurf des angeblichen Landesverrats (Fall Zdenek Mlynář 1992) als unbegründet, sogar für den Parteienkampf konstruiert.

Im Fall Andrej Holm, der in jüngster Zeit Kontroversen über den „Stasi“-Komplex wieder belebt hat, geht es um das biografische Erbe des Kommunismus. Die Kritik am Verschweigen von Details des eigenen Lebenslaufs hat den kurzzeitig berufenen Staatssekretär für Wohnungsfragen im Berliner Senat Andrej Holm allerdings in den Mittelpunkt einer mehrfach verschobenen Debatte gerückt. Es ging neben dem Lebenslauf auch um „Täter-Opfer“-Analogien, um verletztes Gerechtigkeitsempfinden und Probleme des Elitenkampfs über Geheimdienst-Akten. Diese Ebenen wurden jedoch im (partei-)politischen Streit vermengt. So wurde die nahe liegende Frage „Kann ein 1989 Achtzehnjähriger auch noch 28 Jahre später als Politiker auf seine Mitarbeit in der Stasi beschränkt werden?“ von einem Journalisten gestellt¹³ – und nicht von einem Juristen oder Historiker. Darüber hinaus wurden Fragen nach politischen Kontexten nur in zweiter Linie aufgeworfen. Zum Beispiel wurde nicht darüber diskutiert, worin der Sinngehalt der in der öffentlichen Debatte über Holm verwendeten Wörter wie „Unrecht“ und „dem Unrechtsstaat gedient“ liegt. Handelt es sich hierbei um moralische Vorbehalte oder um symbolisch aufgeladene Slogans, die vom Fall Holm unabhängig verbreitet sind, wie die Neuauflagen des Streits über „Unrecht“, „Stasi“-Komplex und DDR im Vorfeld der Thüringer Koalitionsbildung unter Leitung der „Linken“? Symbolische Slogans und strategische Bestrebungen zur Instrumentalisierung des „Stasi“-Komplexes für den Parteienkampf treffen für beide Fallbeispiele zu. Dabei wird ein anderer Sachverhalt ausgeblendet: Die Vernutzung politischer Themen durch dramatisierende Appelle und ideologische Wörter. Genau darum geht es bei der ständigen Wiederholung von „Unrechtsregimen“, „perverser Diktatur“ und ähnlichen Slogans eines ideologischen Holismus, die zuerst unter Gesichtspunkten der Rehabilitierung von Schwarz-Weiß-Hypothesen ins Feld geführt werden. Die Sinnentleerung von Feindbildern ergibt sich auch durch exzessive Verwendung. An Wellen „totaler“ Durchleuchtung in Polen wird in der Gegenwart ersichtlich, dass taktische Motive des Elitenaustauschs und der symbolischen Säuberungen nicht über Widersprüchlichkeiten von Aktenpolitik hinwegtäuschen. Der 2016 berufene polnische Botschafter Przyłębski in Berlin erfüllte als „geheimer Mitarbeiter“ der polnischen Staatssicher-

heit seit 1988/89 das Klischee eines „Regime“-Akteurs, der nach dem neuen novellierten Gesetz zur Anstellung im Diplomatischen Dienst wegen „Agententätigkeit“ („IM Wolfgang“) „entfernt“ werden müsste.¹⁴ 2017 gilt der frühere „Agent“ als inzwischen gewendeter Anhänger der Kaczyński-Partei PiS als entlastet. Und dies obwohl jede „Agenten“-Tätigkeit für den „Kommunismus“ als moralisch „verwerflich“ eingestuft wurde. Die nachholende Durchleuchtung wird für Ziele des politischen Elitenaustauschs genutzt: 2017 soll die 1990 nachrückende Generation liberaler Diplomaten durch parteikonforme Anhänger ersetzt werden. Für die Berufung gilt nicht fachliche Eignung, sondern die politische Gesinnung. Ministerpräsidentin Beata Szydło kündigte Mitte März 2017 an, dass alle Diplomaten entlassen würden und sich bis Juni 2017 wieder neu bewerben könnten. Das ist ein politischer Trick, wonach der Personalaustausch formal gerechtfertigt werden soll. Dabei handelt es sich um einen direkten Eingriff in das Personal der Diplomaten über ideologische Raster. Vor diesem Hintergrund erscheint auch die moralische Aufarbeitung des Kommunismus in Polen den Zwecken des Parteienkampfes untergeordnet: „Agenten“ sind immer nur die Vertreter anderer politischer Lager, wie der ohne weitere Aktenbefunde neu aufgelegte Kampf um die Vergangenheit Lech Wałęsas veranschaulicht. Die Überführung von Wałęsa als angeblich durch den kommunistischen Geheimdienst gesteuerten Agenten deutet noch auf weitere Motive der Mobilisierung der öffentlichen Meinung über Aktenpolitik hin. Durch Angriffe auf den früheren Gewerkschaftsführer und Präsidenten soll dessen Rolle als integrierende politische Figur der Solidarność in Zweifel gezogen werden. Auch dies erfolgt auf der Linie von Geschichtspolitik: Die leere Stellung der politischen Autorität aus der Solidarność-Ära kann dann neu besetzt werden. Statt Wałęsa erlangt der „Bruder“ von Jarosław Kaczyński, Lech Kaczyński, im Nachhinein den Rang eines historisch bedeutsamen Führers; ein plebejischer Politiker, der er nicht war, und eine „volkstümliche“ Figur, deren öffentliches Erscheinen eher un gelenk war. Der „gerechte“ historische Anführer ist eine Konstruktion, die ähnlich wie häufige Appelle an „revolutionäres“ Recht die Debattenkultur in den ostmitteleuropäischen Gesellschaften und Ostdeutschland¹⁵ durch Polarisierungen belastet: „Revolutionäres“ Recht gegen „altes“ Recht, Überwindung der „kriminellen“ Vergangenheit durch Rückkehr zu einer noch länger zurückliegenden Geschichte: den durch Widersprüche und Politik der Angst gekennzeichneten autoritären Regimen der Zwischenkriegszeit.

4. Gerechtigkeitsfragen und Vergangenheitspolitik

Aus den bisherigen Überlegungen lassen sich einige Schlussfolgerungen ziehen, die ich im Folgenden zusammenfasse:

1. In den Vergangenheitsdebatten über die kommunistischen Regime werden Gerechtigkeitsfragen ausgehöhlt. Gerechtigkeitsfragen werden begrifflich vage formuliert: So wird „Übergangs-Gerechtigkeit“ (transitional justice) ohne Begründungen zu „revolutionärem Recht“ erhoben, Unterscheidungen zwischen Gerechtigkeit und Unrecht werden vorwiegend unter Gesichtspunkten von Mobilisierungslogos aufgeworfen. „Gerecht“ und „ungerecht“ werden im Sinne von Kampfslogos verdichtet. In diesem Zusammenhang treten Widersprüchlichkeiten zutage, die „bewusstseinsverändernde Prozesse der Selbstverständigung“¹⁶ von alten und neuen Eliten nach den Rund-Tisch-Verhandlungen blockieren. Hass-Rhetorik bildet eine Barriere für Verständigung und Kompromissbildung. Rache und Revanche lassen sich nicht mit der Anerkennung des „Anderen“, des früheren oder heutigen Gegners, verbinden – vor allem wenn man sich in Rund-Tisch-Verhandlungen als Akteure wechselseitig akzeptiert hatte.

2. Die „Überwindung“ des Kommunismus und des „Postkommunismus“ sowie der institutionelle Bruch mit dem alten Regime werden im militanten Populismus nationalistischer Parteien als „moralische“ Fragen bezeichnet, die den Bedürfnissen der „einfachen Leute“ entgegenkommen. Eine bis in die Gegenwart im Elitenstreit genutzte Formel lautet: „Radikale“ Entkommunisierung sei „notwendig aufgrund des gesellschaftlichen Gerechtigkeits sinns“¹⁷. Durchgängig werden in der parteipolitischen Arena Polens und Ungarns ebenso wie in der Tschechoslowakei / Tschechischen Republik in mehreren (Wahl-)Kampagnen Schlüsselwörter verbreitet, die Motive des politischen Kampfs transportieren sollen. Diese lassen sich als vergeltende Gerechtigkeit umschreiben.¹⁸ Das ist eine Vorstellung, wonach Rache und Revanche Bestandteile historischer Gerechtigkeit bilden. Eng damit verbunden ist der inflationäre Gebrauch von „historischer Wahrheit“ als Appell nach „innen“ und „außen“: Für die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft und als Bestandteil der Geschichtspolitik „von oben“. Damit gelangen wir zu einer weiteren Tendenz, die für Vergangenheitsdebatten nach 1989 sprachpolitisch kennzeichnend ist: Boulevardisierung von Geschichte. Hierbei sind die Rückkehr symbolischer Figuren wie „Agenten“ und „Spione“ und die Wiederbelebung von Feindbildern aus der stalinistischen Phase gemeint. Darüber hinaus werden von

Befürwortern „radikaler“ Entkommensierung und „totaler“ Durchleuchtung parteipolitische Konkurrenten wechselweise als „Spione“, „Landesverräter“ oder „Diebe“ entlarvt, die angeblich das „nationale Interesse“ übergehen und die Grundlagen der „Nation“ gefährden. Vor diesem Hintergrund wurde 1992 ohne Grund der damalige polnische Außenminister Krzysztof Jan Skubiszewski als „Spion“ bezichtigt, in der Tschechischen Republik Ende der neunziger Jahre Außenminister Jan Kavan als „Agent“ „entlarvt“ – ein Politiker, der vor 1989 als Emigrant in England gelebt und dissidentische Zirkel in Prag unterstützt hatte. 1998 geriet sogar der frühere Wiener Bürgermeister Helmut Zilk unter Verdacht, als „Spion“ für den tschechischen Geheimdienst Ende der sechziger Jahre tätig gewesen zu sein: Ein Vorwurf, der sich ähnlich wie die Bezichtigung des linken polnischen Präsidenten Aleksander Kwasniewski als „Agent Moskaus“ als bloßer Verdacht erwies.

3. „Freund-Feind“-Stereotypen und Geschichtsklitterung sind für die Vergangenheitsdebatten in allen ostmitteleuropäischen Gesellschaften grundlegend. Eigene und „fremde“ politische Lebensläufe werden umgeschrieben. Und in Anlehnung an Carl Schmitts Begriff des Politischen¹⁹ rücken innerstaatliche Feinderklärungen und „Liberalen“ in den Mittelpunkt der Kampagnenführung von populistischen Bewegungsparteien (Fidesz, PiS, früher auch Liga der polnischen Familien (LPR), István Csurkas „Ungarische Partei der Wahrheit und des Lebens“ (MiEP)). Die entsprechende Mobilisierungsformel lautet: „Immer auf der Suche nach Feinden“. „Erfundene Wahrheiten“ und Umschreibungen von politischen Lebensläufen sind ein weiteres Problem der Deformation der politischen Kultur durch Vergangenheitspolitik. So wird die unbestrittene Führungsfigur der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność Lech Wałęsa zum „Agenten Moskaus“ erklärt, und aus dem Oppositionellen wird ein „Kommunist“. Staatsanwälte der Regimephase in Polen gelten hingegen als „Oppositionelle“ – nachdem diese sich als politische Freunde innerhalb der Partei PiS bewährt haben. Frühere Mitarbeiter der polnischen Staatssicherheit und des kommunistischen Geheimdienstes in Ungarn und Polen (István Csurka, Jan Robert Nowak) avancieren zu Meinungsführern im (katholisch-)nationalen Spektrum und beschädigen durch Machtopportunismus das Anliegen der historischen Aufarbeitung des Kommunismus. Im tschechischen Präsidentschaftswahlkampf 2013 wurde der Konkurrent des heutigen Präsidenten Miloš Zeman, Außenminister Karel Schwarzenberg, symbolisch zum „Sudetenfunktionär“

transformiert, der nicht im „nationalen Interesse“ handle. Außerdem entstamme dessen Ehefrau angeblich einer „Nazi-Familie“. „Mafiöse Verbindungen“, „korrupte Eliten“, „Stalinisten und alte Juden“ (wie der Rufmord gegenüber dem emigrierten polnischen Soziologen Zygmunt Baumann 2013²⁰) zählen zur Kampagnenführung populistischer Bewegungsparteien. In Ungarn werden „Liberale“ zu „Fremdherzigen“, die im Auftrag „fremder Interessen“ das Ungarntum schädigen. „Liberal“ wird als Synonym für „Kollaboration“ verwendet. In Polen favorisieren Jarosław Kaczyński und PiS-Politiker „Lügeneliten“ und „Lumpenliberalismus“²¹ als Kampfwörter in der Polemik gegenüber parteipolitischen Konkurrenten, besonders gegenüber kritischen Publizisten und kulturellen Gegeneliten. Diese Feindbilder werden auch auf Akteure unabhängiger Initiativen – vor allem in der Erinnerungsarbeit – übertragen: NGOs sollen daher von der Regierung kontrolliert werden (Ungarn, Polen).

Die häufige Anspielung auf „Kommunisten“ wirft die Frage auf, ob in den Vergangenheitsdebatten die Konfliktlinie Kommunismus-Antikommunismus bestimmend ist. An dieser Stelle ist zwischen inhaltlichen und rhetorischen Effekten zu unterscheiden. Auch die antikommunistische Sprache dient Zwecken der politischen Mobilisierung, weniger der Aufdeckung von „Unrecht“. Meinungsführer der regierenden nationalpopulistischen Parteien in Ungarn (Fidesz) und Polen (PiS) sind nicht als „moralische“ Antikommunisten (Bronisław Wildstein) geboren worden, sondern weisen häufig politische Biografien auf, die den eigenen erklärten Ansprüchen auf historische Wahrheit nicht genügen. Der Wechsel politischer Meinungen und Opportunismus sind als Einstellungsmuster verbreitet. So werden aus „antiklerikalen“ „entschieden christliche“ Politiker wie der polnische Verteidigungsminister Antoni Macierewicz und Premier Viktor Orbán. Protagonisten des „Liberalismus“ und linken Populismus (der slowakische Premier Robert Fico) werden zu Verfechtern antiliberaler Politik und zu Akteuren im Kampf um die Bewahrung des „Polen-“, „Ungarn-“ und „Tschechentums“ oder der „slowakischen Eigenart“. Das gilt auch für die stellvertretenden Ministerpräsidenten Polens Piotr Gliński und Jarosław Gowin, die in den vergangenen beiden Jahrzehnten als Protagonisten der Zivilgesellschaft auftraten. Verschwörungsphantasien und Feindbilder dominieren in den Vergangenheitsdebatten. Die Kampfwörter reichen von „Verrat der Eliten“ bis zur „schlechten Sorte“ illoyaler Polen seit dem „17. Jahrhundert“. In diesen Zusammenhang gehören auch die Warnungen vor der „Rückkehr des Kommunismus“

(„Rekommunisierung“) ebenso wie vor einer „Sowjetisierung der EU“ (Orbán, Ex-Präsident Klaus) und einem angeblich drohenden „Euro-KZ“ (Polen). Die plebejische Politik der populistischen Akteure beruht in allen ostmitteleuropäischen Ländern – auch in Ostdeutschland (Pegida, AfD) – auf Geschichtsvergessenheit. Dieser Befund steht im Gegensatz zur Rhetorik einer „Überwindung“ des historischen Erbes des Kommunismus durch „Entkommunisierung“.

Schlussbemerkungen und Ausblick

Geschichtspolitik rückt wieder in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit. Die Spannweite der Themen reicht von Kontroversen über Geheimdienstmitarbeit, Anleihen „völkischer“ Selbstbilder bis zu Konflikten über historische Museen und Denkmäler. In unterschiedlicher Weise wählen populistische Parteien in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und Deutschland in den letzten Jahren historische Ersatz-Streitthemen, wonach im Rückblick auf die Vergangenheit der Kult nationaler Helden mit politischen Feindbildern vermengt wird (Polen: Heroisierung der „verfemten Soldaten“, Ungarn: „Unrechtsgeschichte“). In der Tschechischen Republik wird die Auseinandersetzung mit dem „kommunistischen Erbe“ durch symbolische Verweise auf die Reformbewegungen von 1968 und die Beneš-Dekrete zu einem Ersatz-Streitthema ausgeweitet. Lange Zeit unbestimmt erscheinende Bezugnahmen auf „nationale Interessen“ und „kulturelle Identitäten“ werden mit Analogiebildungen verzerrt. Negative Stereotype und politische Feindbilder werden konstruiert, die weder einer historischen Untersuchung noch Quellenkritik standhalten.

Die symbolisch aufgeladenen Debatten führen zu widersprüchlichen Ergebnissen: Geschichtsvergessenheit und strategische Motive des Elitenkampfs beeinflussen bis in die Gegenwart den Streit über das Erbe der kommunistischen Regime in Europa. Mechanismen der Personalisierung erlangen im ritualisierten Streit über den Kommunismus einen so hohen Stellenwert, dass die Sprache eines militanten Populismus umso wirkungsmächtiger erscheint, je länger die gewaltlosen Revolutionen von 1989 zurückliegen. Vor diesem Hintergrund erscheint auch die Akzeptanz der Sprache eines demagogischen Populismus nachvollziehbar: In vergangenheitsorientierten politischen Kulturen wie Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei treffen Bilder politischer Paranoia und Hass-Rhetorik auf breite Zustimmung („Agent“, „Spion“, „Verbrecher“, „Diebe“). Die Ausdrucksformen können unterschiedlich ausfallen, die

historischen Tiefendimensionen sind identisch: Politische Hysterie und Politik der Angst zählen lagerübergreifend zum Repertoire der neuen politischen Machteliten im Feld der Vergangenheit. Für Besinnung auf die eigene Mitverantwortung im politischen Alltagsleben vor 1989, für Grauzonen mit Übergängen zwischen Anpassung, (taktischem) Konformismus und punktuelltem Widerstand (Jiřina Šiklova 1991²²) bleibt kein Raum. Stattdessen werden immer neue Legenden über Helden verbreitet, die nationale Größenphantasien untermauern sollen: Von Patriotismus bis ethnischem Nationalismus. In diesem Zusammenhang werden auch politische Kampfwörter der Vergeltung verwendet, wie die Forderungen Jarosław Kaczyńskis „Jaruzelski eine Kugel in den Bauch jagen“²³ oder von Zsolt Bayer, einem Publizisten und Fidesz-Mitglied, der Hass als positive Energie würdigt und sowohl Juden als auch Kommunisten „einen Kopf kürzer“ machen möchte. Die demagogische Sprache unterstreicht einen Sachverhalt, der in der Aufarbeitung des Kommunismus in Europa bisher vernachlässigt worden ist: Die exzessive Nutzung negativer historischer Stereotype und Freund-Feind-Bilder wurde während der vergangenen fünfzehn Jahre durch Tendenzen eines aggressiven politischen Sprachgebrauchs befördert, die von den Akteuren auch gar nicht in Abrede gezogen werden. Inner-polnische und -ungarische Wortkriege über Geschichte, Erinnerung und Kommunismus / Postkommunismus haben zu einer allmählichen „Verrohung“ der politischen Kultur²⁴ beigetragen, die in mehrfacher Hinsicht an die Zwischenkriegszeiten und die Periode des Stalinismus erinnern. Neuauflagen des nationalen Blicks auf Geschichte und Schwarz-Weiß-Bilder statt historisches Erinnern an Kommunismus und Faschismus / NS-Regime sind in den Debatten verbreitet.

Anmerkungen

- 1 Dieser Aufsatz beruht auf einem Vortrag, den ich im Rahmen der 10. Geschichtsmesse gehalten habe, die von der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur unter dem Titel „Kommunismuserbe – Populismus – Extremismus“ vom 19. bis zum 21. 01. 2017 in Suhl abgehalten wurde.
- 2 Orbán, Viktor: Rede auf dem Heldenplatz, 16. Juni 1989, online unter <http://www.youtube.com/watch?v=4YybiRouMud> [Stand vom 04. 07. 2016].
- 3 Ebenda.
- 4 Mazowiecki, Tadeusz: Regierungserklärung vom 16. 09. 1989, in: Polens Gegenwart, Warschau 1989, Nr. 10, S. 59.

- 5 Vgl. zum Konzept der Konfrontationseliten: Fehr, Helmut: Eliten und zivile Gesellschaft – Legitimitätskonflikte in Ostmitteleuropa, Wiesbaden 2014, Kap. 10.
- 6 Interview mit Jaroslaw Kaczyński, in: Rzeczpospolita vom 15. 03. 2017.
- 7 Arbeitskreis Menschenrechte und Arbeitskreis Gerechtigkeit (Hrsg.): Die Mücke, Leipzig: März 1989, S. 25.
- 8 Neubert, Erhart: Gesellschaftliche Kommunikation im sozialen Wandel. Auf dem Weg zu einer politischen Ökologie, Ms. (Juli 1989), S. 193.
- 9 Neubert, Erhart: Politische Verbrechen in der DDR, in: Courtois, Stéphane u. a. (Hrsg.): Schwarzbuch des Kommunismus, München 1997, S. 829.
- 10 Ebenda, S. 862.
- 11 Vgl. dazu Schmidt, Mária: Haus des Terrors, Budapest 2003.
- 12 Neue Nordhäuser Zeitung vom 26. 01. 2016, online unter http://www.nnz-online.de/news/news_lang.php?ArtNr=184521 [Stand vom 17. 01. 2017].
- 13 Schneider, Jens: Abschreckendes Vorbild, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. 01. 2017.
- 14 Zur Dokumentation des Falls „IM Wolfgang“ vgl. Gazeta Wyborcza vom 03. 03. 2017. Vgl. zur Novellierung des Gesetzes zum Personalaustausch: Rzeczpospolita vom 15. 03. 2017; Gazeta Wyborcza vom 16. 03. 2017; Süddeutsche Zeitung vom 08. 03. 2017.
- 15 Vgl. dazu: Interview mit Jaroslaw Kaczyński, in: Centrum Tygodnik Powszechny vom 31. 07. 1991, S. 3. Ferner: Heitmann, Steffen: Die Revolution in der Spur des Rechts, Dresden 1996.
- 16 Habermas, Jürgen: Die Bedeutung der Aufarbeitung von Geschichte, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Enquetekommission, Bd. IX, Baden-Baden 1995, S. 692.
- 17 Rzeczpospolita vom 25. 10. 1991, S. 3.
- 18 Vgl. Fehr, Helmut: Vergeltende Gerechtigkeit – Populismus und Vergangenheitspolitik nach 1989, Opladen 2016, S. 12.
- 19 Vgl. dazu: Schmitt, Carl: Der Begriff des Politischen, Berlin 1932/1991, S. 30 ff sowie 46 f.
- 20 Vgl. Gazeta Wyborcza vom 18. 06. 2013.
- 21 Kaczyński, Jaroslaw: Interview, in: Fakt vom 01. 12. 2006.
- 22 Vgl. dazu Šiklová, Jiřina: The Grey Zone and the Future of Dissent in Czechoslovakia, in: Social Research, Vol. 57, 1991, S. 347–365.
- 23 Zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. 03. 2017.
- 24 Vgl. dazu Interview mit dem früheren Sekretär der polnischen Bischofskonferenz Tadeusz Pieronek, in: Gazeta Wyborcza vom 27. 12. 2016.

die auf verschiedenen Seiten im Spanischen Bürgerkrieg kämpften, hin zu literarisch-musikalischen sowie szenischen Veranstaltungen. Thematisiert wurden in Fachvorträgen des Weiteren Spaniens Exilliteratur, die Rolle der katholischen Kirche sowie die Zeit nach dem Bürgerkrieg in Spanien. Dokumentar- und Spielfilme boten die Möglichkeit eines visuellen Eindrucks aus und über die Zeit im Spanischen Bürgerkrieg.² Eine Ausstellung mit Porträts von Spanienkämpferinnen und -kämpfern, wie zum Beispiel von Erich Weinert, Lore Krüger, Walter Krenzke oder Gerhard Steinig, die von Schülerinnen und Schülern der Freien Ganztagschule Neinstedt erarbeitet worden ist, ergänzte dieses umfassend angelegte Projekt.³

Die Auftaktveranstaltung zur Veranstaltungsreihe, „Kinderspiel in Madrid: Maria sitzt auf dem Stein, Maria bist du allein?“⁴, widmete sich hingegen ausschließlich dem Wirken des gelernten Zeichenlehrers, Rezitators und politischen (Sprech-)Dichters Erich Weinert (1890 – 1953) und war wesentlich verknüpft mit einer Präsentation von entsprechenden Dokumenten aus dem Archiv und den Sammlungen des Literaturhauses.⁵

Als der Spanische Bürgerkrieg begann, befand sich Weinert, nachdem er zuvor in der Schweiz und in Frankreich im Exil gewesen war, auf Einladung des Sowjetischen Schriftstellerverbandes mit Frau und Tochter in Moskau.⁶ Noch bevor er im Frühjahr 1937 selbst nach Spanien ging, waren seine Worte bereits vor Madrid und wurden von den deutschen Freiwilligen gesungen: Weinert schrieb den Text zum „Lied der Internationalen Brigaden“, das kurz nach ihrer Formierung im Jahr 1936 entstanden war.⁷

„Wir im fernen Vaterland geboren,
nahmen nichts als Haß im Herzen mit.
| : Doch wir haben die Heimat nicht verloren.
Unsere Heimat ist heute vor Madrid. : |
Spaniens Brüder stehn auf den Barrikaden.
Unsere Brüder sind Bauer und Prolet.
| : Vorwärts, Internationale Brigade!
Hoch die Fahne der Solidarität! : |“⁸

Im Juli 1937 fand der Zweite Internationale Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur statt, auf dem etwa 200 Schriftstellerinnen und Schriftsteller aus ca. 30 Ländern

ein Zeichen gegen den Faschismus setzen und sich mit dem republikanischen Spanien solidarisch zeigen wollten. Neben anderen deutschen Schriftstellern waren Weinert und Willi Bredel nach Spanien abgesandt worden, um an dem Kongress teilzunehmen, der zunächst in Valencia, dann in Madrid und Barcelona und schließlich in Paris tagte. Dort trafen sie unter anderem auf Ludwig Renn, Ernst Busch, Anna Seghers und Egon Erwin Kisch.

„In Madrid donnerten die Geschütze der nahen Front in die Reden der Delegierten. Soldaten im Stahlhelm postierten sich mit den Fahnen der siegreichen internationalen Bataillone auf der Tribüne. Schriftsteller in Uniform, von der Sonne verblichen, traten ans Pult. Man brachte ihnen Ovationen dar.“⁹

Beeindruckt von den Zusammentreffen mit Schriftstellerkollegen, die wie Ludwig Renn oder Hans Marchwiza bereits an der Front waren, sowie von den unmittelbaren Ereignissen und Umständen während des Kongresses in Madrid, meldete sich Weinert nach dem Kongress beim Oberkommando zum Militärdienst. Weinert zufolge bestimmte ihn die Kommandantur jedoch zur Kulturarbeit an der Front und im Hinterland, da es notwendig sei, dass auch andere als „gesinnungslose Schlachtenbummler“ über diesen Krieg schreiben müssten.¹⁰ Er wurde als *Comisario* der XI. Brigade eingestuft,¹¹ die zu dieser Zeit bei Madrid in Reserve lag, und hatte als solcher die Möglichkeit, sich an der Front und im Hinterland zu bewegen.

Bis zum Ende des Bürgerkrieges im Februar 1939 widmete sich Weinert als Mitarbeiter im Kriegskommissariat und als Kulturarbeiter diversen Aufgabenbereichen. Weinerts handschriftliche Notizen, die zugleich einen Überblick über die jeweiligen Stationen geben, dokumentieren seine unterschiedlichen Tätigkeiten in Spanien¹²: Nach dem Schriftstellerkongress Mitte Juli 1937 begab sich Weinert seinem Wortlaut nach zunächst auf „Propagandareise“, war dann ab August für knapp zwei Wochen in Madrid, ging „zur Front“ und nach Barcelona, bevor er sich von Ende August bis Anfang Dezember 1937 an der Aragon-Front aufhielt. Nach einer relativ kurz währenden Zeit in Barcelona führte ihn seine nächste Reise nach Benicasim. Dort blieb er bis Ende Januar 1938 im Hospital. Im Anschluss verbrachte er etwa zehn Monate in Barcelona, daraufhin mehr als zwei Wochen an der Front, bis er ab Mitte November 1938 bis etwa Mitte



November 1937, Erich Weinert (4. v. l.) an der Aragon-Front. LHMA Wei Fotokartei

Januar 1939 in Calella festsaf. Von dort führte der von Weinert so genannte „Catalanische Marsch“, der – mit Unterbrechungen – annähernd vier Wochen dauerte, in das Internierungslager St. Cyprien in Frankreich.¹³ Ende Februar befand sich Weinert seinen Notizen zufolge dann in Paris.

Weinerts Aufzeichnungen geben außerdem Aufschluss über seine Beschäftigungen und Tätigkeiten in den entsprechenden Stationen bzw. Ortschaften: In Städten und besonders in Lazaretten hielt er Ansprachen, Reden und Vorträge, organisierte Gedenkstunden vor deutschen und internationalen Kämpfern. Frontberichte, Reportagen über den Krieg und Beiträge schrieb er nicht nur für die ausländische Presse,¹⁴ sondern auch für republikanische Zeitungen oder zum Beispiel für die Brigadezeitung der XI. Brigade – die Frontzeitung *Pasaremos*.¹⁵ Er rezitierte Gedichte an der Front und veranstaltete gemeinsam mit Ernst Busch, mit dem er bereits in Moskau vor dem Spanischen Bürgerkrieg zusammengearbeitet hatte, Liederabende mit der Bevölkerung. Auch an den Liedtexten für Busch, wie beispielsweise den *Canciones*¹⁶, arbeitete Weinert mit. Hauptsächlich während der ersten Monate war es ihm möglich, an Radiosendungen mitzuwirken. Vor allem aber schrieb er kämpferische Gedichte und Lieder, die zum Teil ins Spanische übersetzt wurden. Zudem leistete er selbst eine relativ beträchtliche Übersetzungsarbeit.¹⁷

Jene handschriftlichen Niederschriften Weinerts über seine Zeit in Spanien, die im Literaturhaus zugänglich sind, umfassen im Ganzen betrachtet stichpunktartige Notizen oder allenfalls knappe Wortgruppen und vereinzelt Sätze. Doch gerade diese Momentaufnahmen bzw. Aneinanderreihungen von Eindrücken und visuellen Beschreibungen, die konkret auf die letzte Phase in Spanien, auf seine Zeit in Calella und Portbou, Bezug nehmen, wirken darum umso eindringlicher.¹⁸ Sie dienten als Vermerke und Erinnerungsstützen und fanden Einlass in *Camaradas*, das erst zwölf Jahre später entstandene Spanienbuch Erich Weinerts.¹⁹

„Das Kino ohne Strom. Die Nacht ohne Licht [...] Sylvesterabend mit Katzen und Wein. [...] Die Benzinlämpchen; veränderte Zimmer und Nasen. Keine Seife, keine Wäsche. Kein Öl. Keine Zwiebeln. Keine Tomaten. Die Regenzeit in Finsternis. Der schaurige Tanzsaal. Keinen Tabak. Die Methoden Tabak zu sparen und zu schnorren. Kein Zigarettenpapier. [...]“²⁰

„Stühle als Bett bei Renn. Kein Schlafen. Essen draussen in der Garage, Blechnäpfe, kein Löffel, Regen. 5 Mann ein Geschirr. Nachts Abmarschappell. Früh zur Bahn. Renn mit Matratze. Die Schuhe, die Schuhe.“²¹

In diesen Aufzeichnungen kommt außerdem auch Weinerts Hauptansinnen zum Ausdruck, das seiner umfassenden Kulturarbeit zugrundeliegende Motiv:

„[...] Bewusste und unbewusste Zersetzer. Schwere Aufgabe, unter diesen Umständen, die Stimmung zu erhalten. [...]“²²

Neben dem Aufklären und Berichten über den Krieg lag Weinert demnach vor allem daran, Zuversicht zu verbreiten und eine moralische Stütze für seine Mitstreiter und die spanische Bevölkerung zu sein.²³ So beschreibt beispielsweise Ludwig Renn, der im Generalstab der XI. Brigade war und sich seit November 1938 mit Weinert zusammen in Calella aufhielt, in seinem Werk „Im Spanischen Krieg“ dessen unermüdliche Ausdauer:

„[...] Am nächsten Morgen, dem 5. Februar, ging der Marsch weiter. Nach der gestrigen Anstrengung fiel mir das Gehen schwer. Die Füße schmerzten heftig. Ich zählte nach der

20.	Bericht für Ledrupfalle.	24.8
11.	Voten = $\frac{1}{2}$ Kain	6
12.	Vorträge in Lila in Dorf für 3 Lagen	8
13.	Mit Wair - Freigil, in der Grotte	9
14.	Zulassung Libros für an ...	16
15.		

Front

Calella - Bisaura de Ter
28.8. - 15. XI

1. Vorträge (600 Mann) bei Tischer, Pol, Hübner, ... 4
2. Film in Barcelona, Prop. Ministerium. 2
"M. Brigaden" (Kist, Theater)
3. Calella 15. XI - 18. I 39
Prop. Arbeit, Billigkeit, Jugend. 60
Tägliche Arbeit.

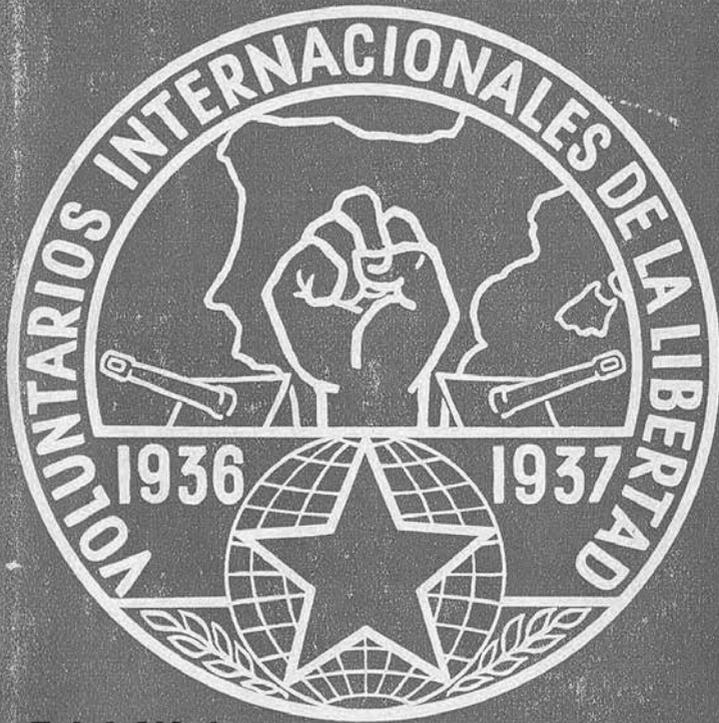
Des Catalandische Marce

18. I. - 8. II. 39

- Des. Propagandaarbeit als Kommissar 20
St Cyprien - 18. II. 39
Jahre Arbeitsweise (Aid Rom) keine ...

404

Aufzeichnungen Erich Weinerts zu seinen Stationen und Tätigkeiten während des Spanischen Bürgerkrieges.
LHMA Wei/WZ 65 [1938/39]



Erich Weinert

CAMARADAS

Ein Spanienbuch

Zwölf Jahre nach dem Ende des Spanischen Bürgerkrieges, 1951, erschien Weinerts Spanienbuch *Camara-*
das - ein Zeugnis seiner vielfältigen Kulturarbeit

Karte die gestrigen Kilometer zusammen und fand 65, die größte Marschleistung einer Truppe, die ich bisher überhaupt erlebt hatte.²⁴

Erich Weinert stapfte in seinen Filzlatschen zwischen zwei derben Leutnants. Sein Gesicht war freundlich, ja fast lächelnd. Diese Unverdrossenheit beeindruckte die Kameraden sehr. [...] Alle in meinem Offiziersbataillon nahmen sich zusammen. Ihre Ordnung war selbst in den letzten Stunden des Marsches einwandfrei, ohne daß jemand etwas zu sagen brauchte. [...]"²⁵

Während seines anderthalbjährigen Aufenthaltes in Spanien hatte Weinert vieles zusammengetragen und gesammelt, das er gebündelt in einem Buch herausgeben wollte. Der Großteil seiner Manuskripte und Dokumente ist jedoch im Lager St. Cyprien verloren gegangen, als sämtliche Gepäckstücke beschlagnahmt und nicht zurückgegeben wurden,²⁶ sodass sein Vorhaben nur rudimentär bzw. anders als ursprünglich beabsichtigt umgesetzt werden konnte. Statt der geplanten „breiten dichterischen Darstellung“ ist mit dem Spanienbuch *Camaradas* somit ein Sammelband entstanden. Die darin enthaltenen Beiträge sind hauptsächlich in Spanien entstanden und konnten allein aufgrund der Tatsache aufgenommen werden, dass sie entweder bereits in der ausländischen Presse erschienen waren oder sich im Marschgepäck von Weinert befunden hatten²⁷. Auch hätte das Spanienbuch viel früher erscheinen sollen, doch aufgrund des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges „schrumpfte der spanische Krieg zu einem Lokalereignis zusammen“²⁸. Wichtigere bzw. aktuellere Aufgaben überdeckten die Fertigstellung des Buches, sodass *Camaradas* erst im Jahre 1951 veröffentlicht wurde. Es enthält vor allem Gedichte, Balladen und einfache Lieder nach Melodien spanischer Volks-, Revolutions- oder Kinderlieder; Übersetzungen aus dem Spanischen, Russischen, Englischen, Französischen und sogar Chinesischen; des Weiteren Szenarien und Gespräche; Fronzeitungsberichte; Radioansprachen und Aufrufe; Briefe, Notizen sowie Erfahrungsberichte bzw. Reportagen und zeigt in dieser Vielfältigkeit noch einmal die umfassende Arbeit Weinerts als Kulturarbeiter im Spanischen Bürgerkrieg auf.

Anmerkungen

- 1 Das Projekt „*No pasarán!* Der spanische Bürgerkrieg und Magdeburg“ erfolgte mit freundlicher Unterstützung durch Miteinander e. V., Stadtbibliothek Magdeburg, Feuerwache Sudenburg / PAKK e. V., Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg, Hochschule Magdeburg-Stendal, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (Sprachenzentrum), Kunstmuseum Kloster Unser Lieben Frauen, Kulturzentrum Moritzhof, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e. V., Theater Magdeburg / Schauspielhaus, IkJ Sachsen-Anhalt e. V., Hans-Joachim Krenzke, Bernd Meudtner, Dr. Gisela Zander und in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Gedenkjahr Magdeburg im Bündnis gegen Rechts.
- 2 Siehe dazu das Faltblatt zur Ankündigung, online unter <https://bgmagdeburg.files.wordpress.com/2016/10/1610-no-pasaran1.pdf> [Stand vom 17. 03. 2017].
- 3 Es besteht die Möglichkeit, die Ausstellung der Schülerinnen und Schüler der Ganztagschule Neinstedt (Klassenstufe 9) als Wanderausstellung auszuleihen.
- 4 Der Veranstaltungstitel greift die Überschrift und die ersten Verse eines Gedichts von Weinert auf, das auf die vielen eltern- und heimatlosen Kinder im Kriegsalltag Bezug nimmt. Vgl. Weinert, Erich: Kinderspiel in Madrid, in: Camaradas. Ein Spanienbuch, Berlin 1951, S. 29 f.
- 5 Die Veranstaltung fand am 04. 08. 2016 zum Geburtstag Erich Weinerts im Literaturhaus, dem Geburtshaus des Dichters in Magdeburg, statt. Aufgrund des zeitlichen Abstands zur Veranstaltungsreihe wurde dieser Termin nicht mehr im Ankündigungsblatt aufgenommen (vgl. Anm. 2). Folgeveranstaltungen zum Wirken Weinerts richteten sich dann explizit an die Schülerinnen und Schüler der Ganztagschule Neinstedt.
- 6 Vgl. Preuß, Werner: Erich Weinert. Bildbiografie, Berlin 1970, S. 108.
- 7 Vgl. Literaturhaus Magdeburg-Archiv (LHMA) Wei/WZ 44 sowie die Reproduktion des originalen Notenblatts LHMA Wei/WZ 58; vgl. auch Weinert, Erich: Camaradas (wie Anm. 4), S. 15. Eingespielt wurde der Text in der gleichen Fassung auf den *Canciones de las Brigadas Internacionales*: Ernst Busch, auf Aurora-Schallplatten. Chronik in Liedern, Balladen und Kantaten aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, hrsg. von der Deutschen Akademie der Künste zu Berlin im VEB Deutsche Schallplatten Berlin, S. la / Lied 3 „Vorwärts, Internationale Brigade“.
- 8 Die erste Strophe des insgesamt drei Strophen umfassenden Liedes zur „Musik von Espinosa und Palacio“.
- 9 Weinert, Erich: Camaradas (wie Anm. 4), S. 7.
- 10 Vgl. ebenda.
- 11 Vgl. LHMA Wei/WZ 76 Carnet Militar/Militärpass; vgl. Weinert, Erich: Camaradas (wie Anm. 4), S. 7 f.
- 12 Vgl. LHMA Wei/WZ 65 sowie WZ 243 (Die Originale befinden sich im Erich-Weinert-Archiv bei der Akademie der Künste / AdK). Die entsprechenden Notizen wurden allem Anschein nach noch im Jahr 1939 in Paris

verfasst.

- 13 Vgl. dazu auch Weinert, Erich: *Camaradas* (wie Anm. 4), v. a. „Das Ende der Elften Brigade“, S. 237–260. Einem Brief des Schriftstellers Peter Kast zufolge, der selbst am Spanischen Bürgerkrieg teilnahm, an Li Weinert ist ebenfalls zu entnehmen, dass es Schwierigkeiten bei der Ausreise Weinerts gab (vgl. LHMA Wei/WZ 74). Weinert ist sehr wahrscheinlich auf Drängen des französischen Schriftstellerverbandes entlassen worden. Vgl. dazu Abel, Werner / Hilbert, Enrico: *Sie werden nicht durchkommen! Deutsche an der Seite der Spanischen Republik und der sozialen Revolution* (Bd. 1), Lich/Hessen 2015, S. 539. Die Datumsangabe 16. 02. 1939 seitens Abel / Hilbert wird nicht durch die vorliegenden Dokumente gestützt. Am 13. 02. 1939 wird Weinert offiziell bestätigt, als Freiwilliger teilgenommen zu haben und seine Notizen geben den 18. 02. 1939 als letzten Tag in St. Cyprien wieder (vgl. LHMA Wei/WZ 78; LHMA Wei/WZ 65).
- 14 Weinert, Erich: *Camaradas* (wie Anm. 4), S. 8.
- 15 Bei Abel / Hilbert: *Sie werden nicht durchkommen!* (wie Anm. 13) findet sich zudem die Angabe, Weinert habe diese Frontzeitschrift redigiert (S. 539). Weitere Angaben ebd. erwecken ebenfalls den Eindruck, ungenau bzw. leichtfertig formuliert zu sein, wie etwa in Bezug auf einige Daten oder auf die vermeintlich gemeinsame Ausreise von Kast und Weinert (siehe auch Anm. 13).
- 16 Vgl. dazu Anm. 7.
- 17 Vgl. LHMA Wei/WZ 65 sowie WZ 243; vgl. Weinert, Erich: *Camaradas* (wie Anm. 4), S. 8; vgl. dazu auch Engel, Rudolf (Hrsg.): *Erich Weinert erzählt. Berichte und Bilder aus seinem Leben*, Berlin 1955, S. 76 oder Preuß, Werner: *Erich Weinert* (wie Anm. 6), S. 111.
- 18 Vgl. LHMA Wei/WZ 243. Von Weinert überschrieben mit „Der letzte Kampf“ und untergliedert in: *Calella I, Stadt/Umgegend; Calella II: Gestalten; Calella IIa: Arbeit der Brigaden; Calella III: Ereignisse und Eindrücke; Calella V* sowie *Port Bou I* und *II*.
- 19 Vgl. dazu auch Weinert, Erich: *Camaradas* (wie Anm. 4), S. 237. Weinert führt hier explizit aus, dass sich unter den geretteten Schriften „auch einige Notizblätter mit Stichwörtern [befanden], dem ersten Rohstoff für Aufzeichnungen.“
- 20 LHMA Wei/WZ 243, *Calella III* (siehe Anm. 18).
- 21 LHMA Wei/WZ 243, *Port Bou II*.
- 22 LHMA Wei/WZ 243, *Calella III*.
- 23 Vgl. auch Weinert, Erich: *Camaradas* (wie Anm. 4), S. 8.
- 24 Es wird sich hier um den von Weinert so genannten „Catalanischen Marsch“ von *Calella* in Spanien bis St. Cyprien in Frankreich handeln.
- 25 Renn, Ludwig: *Im Spanischen Krieg* (Gesammelte Werke in Einzelausgaben; Bd. 6), Berlin/Weimar 1977, S. 409; vgl. auch das Zitat zu Anm. 21: Die lakonische Bemerkung „Die Schuhe, ...“ wird an dieser

Stelle angesichts des Tragens von „Filzlatschen“ verständlich. Weinert äußert sich kaum über Missstände, die ihn persönlich betreffen, wie Verwundungen oder seine schwere Lungenkrankheit im Lager St. Cyprien.

26 Vgl. Weinert, Erich: *Camaradas* (wie Anm. 4), S. 259.

27 Vgl. zur Entstehungsgeschichte v. a. Weinert, Erich: *Camaradas* (wie Anm. 4), S. 10 ff: „An den Leser“.

28 Weinert, Erich: *Camaradas* (wie Anm. 4), S. 12.



Innenraum der im Originalzustand erhaltenen Baracke des KZ-Außenlagers „Wille“ in Rehmsdorf, Aufnahme 2013

Gedenken an die Opfer des KZ-Außenlagers „Wille“ in Rehmsdorf – Bilanz und Ausblick

Lothar Czoßek

Für die ehrenamtlich betreute KZ-Gedenkstätte in Rehmsdorf bei Zeitz war der 15. August 2015 ein besonderer Tag. An historischer Stätte übergab der Leiter des Landesverwaltungsamtes Thomas Pleye dem Bürgermeister der Gemeinde Elsteraue Manfred Meißner einen Bescheid über die Gewährung von Fördermitteln in Höhe von fast 87.000 Euro. Die großzügige Zuwendung kann als eine Anerkennung für die seit über 45 Jahren geleistete Gedenk- und Erinnerungsarbeit in Rehmsdorf verstanden werden. Damit wurden jene Bemühungen belohnt, in umfassender Weise über die Geschichte des Außenlagers „Wille“ des Konzentrationslagers Buchenwald aufzuklären.

Welche Aktivitäten im Zeichen von „Mahnung und Verpflichtung“ in Rehmsdorf stattgefunden haben, lässt sich nicht mit wenigen Worten skizzieren. Im Laufe der Jahre

standen die örtlichen Akteure vor vielfältigen Herausforderungen, die viel Geduld, Ausdauer und Standvermögen erforderten, insbesondere deshalb, weil zunächst keinerlei Unterlagen zur Geschichte des Lagers vorhanden waren – weder in Rehmsdorf noch in der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald. Das, was bis 1972 zur Lagergeschichte erarbeitet wurde, darunter eine Dissertation aus dem Jahre 1957, konnte nur bedingt für die Aufarbeitung verwendet werden.

1. Das Lager nach Kriegsende

Nach der Räumung des Lagers am 6. April 1945 waren fast alle Baracken erhalten geblieben, da lediglich eine bei einem Luftangriff am 31. März 1945 zerstört worden war. Erst nach dem Besatzungswechsel am 1. Juli 1945 befand die nunmehr zuständige sowjetische Militärverwaltung darüber, wie die 1944 errichteten Baracken weiter genutzt werden sollten. Schließlich wurden die Unterkünfte instand gesetzt, um dort zumindest vorübergehend Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten unterzubringen.

Bis Anfang 1948 durchliefen fast 260.000 „Umsiedler“ das Lager. Danach stellte sich erneut die Frage nach der weiteren Nutzung der Baracken. Ein Teil wurde an wohnungssuchende Interessenten aus dem Ort veräußert, ein anderer an örtliche Handwerksbetriebe. In der Folgezeit wurde ihr Äußeres dementsprechend fast vollständig verändert. Nur zwei Baracken blieben – so wie sie waren – erhalten.

2. Ehrung der Opfer

Obwohl 1946 noch keinerlei belastbare Angaben zur Geschichte des Lagers sowie über Häftlingszahlen vorlagen, begann man in Rehmsdorf damit, die Opfer zu ehren. Dafür schufen die lokalen gesellschaftlichen Kräfte auf dem örtlichen Friedhof – ihren damaligen Möglichkeiten entsprechend – ein kleines Gedenkareal, das 1948 erweitert wurde und noch bis heute existiert. Später, im Jahre 1963, wurde im Rahmen des „Nationalen Aufbauwerkes“ am Bahnhof ein Mahnmal für die Opfer des Faschismus errichtet. An beiden Orten wurden jeweils zu besonderen Anlässen – etwa zum 8. Mai, dem „Tag der Befreiung“ oder am zweiten Sonntag im September, dem „Tag der Opfer des Faschismus“ – offizielle Gedenkveranstaltungen durchgeführt. Diese wurden von der Einwohnerschaft stets gut besucht. Am Mahnmal finden heute wieder regelmäßig Gedenkveranstaltungen statt.

3. Aufarbeitung der Geschichte des Lagers

Am 18. März 1972 begann ich offiziell mit der Aufarbeitung der Lagergeschichte. Es handelte sich um eine Aufgabe, die mit vielen Fragezeichen verbunden war, weil man dafür auf die Aussagen von Einwohnern angewiesen war, die noch aus eigener Erinnerung über das Lagerleben zu berichten wussten. Erst im Ergebnis zehnjähriger intensiver Recherche gelang es mir, eine auf verschiedenen Quellen basierende Geschichte des Lagers zu verfassen und diese nach Überwindung diverser bürokratischer Hindernisse auch zu drucken. Zum 40. Jahrestag der Evakuierung des Lagers (1985) erschien eine erste Schrift mit dem Titel „KZ Außenlager Wille – eine Stätte des Grauens“.

4. Aufklärung über die Geschichte des Lagers

Ab 1985 verbesserten sich die Möglichkeiten der Aufklärung über die Geschichte des Lagers. So wurde in der Rehmsdorfer Schule eine spezielle Begegnungsstätte eingerichtet, die allen Bildungs- und anderen Einrichtungen im Kreisgebiet zur Verfügung stand. Hier konnten alle Dokumente zur Lagergeschichte, über die wir damals verfügten, in Kopie eingesehen werden. Zudem stand uns ein Lagermodell zur Verfügung. In die Bildungsarbeit wurde auch der ehemalige Lagerbereich einbezogen, obwohl wir keine Genehmigung hatten, das Gelände zu betreten.

Leider blieb die Reichweite unserer damaligen Bildungsarbeit hinter den hohen Erwartungen zurück. So wurden zwischen 1986 und 1990 lediglich 206 Besucherinnen und Besucher gezählt, darunter ganze zwei Schulklassen aus Zeitz. Besonders kritisch wurde es nach der deutschen Wiedervereinigung 1990. Aus mir unverständlichen Gründen wurde die schulische Begegnungsstätte kurzfristig geräumt und alle dort vorhandenen Materialien in einem Heizkessel verbrannt. Was sich die damals Verantwortlichen der Gemeinde dabei gedacht haben mögen, bleibt mir bis heute ein Rätsel. Darüber hinaus fanden über längere Zeit hinweg keine Gedenkveranstaltungen mehr statt.

5. Verbindungen zu ehemaligen Häftlingen

Wichtig für unsere Gedenk- und Erinnerungsarbeit war die Aufnahme von Verbindungen zu ehemaligen Häftlingen, was ab 1984 gelang. Diese Kontakte waren besonders wichtig, weil wir bis dahin nichts Konkretes über das eigentliche Lagerleben wussten. Dank der vielfältigen Kontakte zu ehemaligen Häftlingen bzw. deren Angehörigen konnten wir erstmals ein genaueres Bild vom Häftlingsalltag skizzieren. Erfreulicherweise meldeten

sich nach 1990 zahlreiche ehemalige Inhaftierte. Durch diese Verbindungen, die vielfach freundschaftlichen Charakter annahmen, entschlossen sich mehrere „Ehemalige“, ihre bisherige Zurückhaltung zu beenden und Aussagen über Lebensbedingungen und Vorkommnisse zu machen, die in die Lagergeschichte eingearbeitet werden konnten. Derzeit stehen wir noch mit 23 ehemaligen Insassen in Verbindung.

Viele Überlebenden hatten bei ihren Besuchen in Rehmsdorf den Eindruck gewonnen, sich an der Aufklärung über das Lager beteiligen zu müssen. Schließlich waren sie aufgrund ihrer persönlichen Erinnerungen in der Lage, über das zu berichten, was sie während ihrer Haftzeit erlebt hatten. Bald reichte unser Wohnzimmer, das wir für Begegnungen mit ehemaligen Häftlingen zur Verfügung stellten, nicht mehr aus. Folglich war es notwendig, eine neue Begegnungsstätte zu schaffen, um die „Ehemaligen“ und ihre Angehörigen zu empfangen.

So wurde im Jahre 1997 im Bürgerhaus eine Heimatstube eingerichtet, die uns zugleich als Begegnungsstätte zur Verfügung stand. Auch die neue Unterkunft platzte bald aus den Nähten, denn die Zahl der Begegnungen nahm sprunghaft zu.

6. Ausstellung im Bürgerhaus

Auch die räumlichen Kapazitäten der Heimatstube kamen bald an ihre Grenzen, insbesondere wenn es darum ging, das immer umfangreichere Material in die Aufklärungsarbeit zur Lagergeschichte einzubeziehen. Die Berücksichtigung von KZ-Unterlagen aus Archiven den USA wurde auch genutzt, um Bildungseinrichtungen, die sich an den Standorten ehemaliger KZ-Außenlager befanden, mit bisher nicht bekannten Materialien über das Lagerleben zu versorgen. So erhielt ich erstmals Kenntnis von Berichten von KZ-Bediensteten, die monatlich angefertigt und an das Konzentrationslager Buchenwald geschickt wurden.

Mit wenigen Mitteln begannen wir Mitte 2005 mit dem Aufbau einer Ausstellung. In zwei neben der Heimatstube gelegenen Räumen konnten wir auf 24 Tafeln 239 Dokumente vorstellen. Der Erfolg der Ausstellung ließ sich daran bemessen, dass die Zahl der Besucherinnen und Besucher, insbesondere von Schülerinnen und Schülern, erheblich anstieg. Die Gedenkstätte Rehmsdorf – bestehend aus der Ausstellung im Bürgerhaus, dem ehemaligen Lagerbereich (unter Vorbehalt) und dem Mahnmal am Bahnhof – bot allen Interessenten die Möglichkeit, sich umfassend über das Außenlager „Wille“ zu informieren. In den Jahren 2005 bis 2015 wurden insgesamt über 8.000 Besucherinnen



Lothar Czošek im Seminarraum der Gedenkstätte Rehmsdorf, Aufnahme 2013

und Besucher gezählt, darunter Schülerinnen und Schüler aus über 150 Klassen.

7. Projekt Gedenkstätte Rehmsdorf

Der Beginn des Projektes „Gedenkstätte Rehmsdorf“ lässt sich auf das Jahr 2009 datieren. Zu diesem Zeitpunkt befand sich der historische Ort noch in einem Zustand, der dringend verbesserungsbedürftig war. In diesem Zusammenhang erwies es sich als hilfreich, dass der Gemeinde die beiden noch im Originalzustand befindlichen Baracken des Lagers zur Übernahme angeboten wurden. Innerhalb der Gemeinde waren wir uns schnell darüber einig, diese einmalige Gelegenheit zu nutzen, um eine qualitative Verbesserung unserer Aufklärungsarbeit zu erzielen. Aufgrund der Eigentumsverhältnisse war es bisher nur eingeschränkt möglich gewesen, den historischen Lagerbereich zu betreten und die Baracken zu besichtigen. Dies galt es nun zu ändern. Dabei waren wir uns der Notwendigkeit der Durchführung umfangreicher Reparaturarbeiten und der zunächst unabsehbaren Höhe der Kosten bewusst.

Dessen ungeachtet beauftragte die Gemeinde ein Planungsbüro, um mittels einer Konzeption Vorschläge über die künftige Gestaltung des historischen Gedenkstättenbereiches zu erarbeiten. Das war auch dringend geboten, weil sich in großen Teilen des ehemaligen Lagerbereiches Pflanzenwuchs ausgebreitet hatte, der den Anblick massiv

beeinträchtigte. Zudem handelte es sich bei den beiden Baracken um bauliche Zeugnisse der Vergangenheit, denen eine Schlüsselrolle für unsere Aufklärungsarbeit zukam.

Bestandteile des Projektes waren:

1. die Klärung aller Rechtsfragen durch die Gemeinde Elsteraue;
2. das Anlegen eines Geschichtspfades;
3. die Restaurierung des Mahnmals,
4. die Erarbeitung eines Bildungsprogramms der Gedenkstätte;
5. die Beseitigung eines nachträglich angelegten Garagenkomplexes, um den ehemaligen Appellplatz wieder herzustellen;
6. die Restaurierung einer Baracke, um sie für Aufklärungszwecke zu nutzen;
7. die Anfertigung von Anschauungstafeln zur Aufstellung in der Baracke;
8. die Anfertigung eines größeren Lagermodells in der Baracke.

Bei der Umsetzung des Projektes erhielt die Gemeinde umfassende Unterstützung. Aus dem Bundesprojekt „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ wurden ca. 67.000 Euro zur Verfügung gestellt, die für die Anlage des Geschichtspfades und die Herstellung der Ausstellungstafeln aufgewendet wurden. Der Burgenlandkreis beteiligt sich jährlich mit 10.000 Euro und neuerdings auch die Stadt Zeitz, ebenfalls mit 10.000 Euro. Unterstützt wurden wir vom Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands e. V., dem Verein Miteinander e. V. und der Technischen Hochschule Merseburg. Ohne die Mitwirkung von Kreisräten, Gemeindevertretern, Landrat und Bürgermeister wäre es wohl kaum möglich gewesen, den Auf- und Ausbau der Gedenkstätte voranzutreiben.

Mit der Übergabe von fast 87.000 Euro Fördermitteln wurde die vor Ort geleistete Arbeit anerkannt und in entsprechender Weise gewürdigt. Dank dieser Unterstützung wird es möglich sein, dass der letzte Teil des Projektes, die Restaurierung einer Baracke, verwirklicht werden kann. Danach wird die Einrichtung eine qualitativ hochwertige Aufklärungsarbeit leisten können, die weit in den ländlichen Raum auszustrahlen vermag. Auf diese Weise wird Rehmsdorf seiner Verantwortung für die demokratische Erinnerungskultur in unserem Land noch besser gerecht werden.



Schlüsselexponat und dritter Ausstellungsbereich zur Nutzung des Bergwerks in der ehemaligen DDR, Aufnahme 2016

Historische Ausstellung zum Endlager für radioaktive Abfälle in Morsleben

Helge Essert / Manuel Wilmanns

Endlager Morsleben

Das Endlager Morsleben in Sachsen-Anhalt ist ein über 100 Jahre altes Kali- und Steinsalzbergwerk. Im Zweiten Weltkrieg diente die Schachtanlage als unterirdische Rüstungsproduktionsstätte, später zur Hühnermast und zur Zwischenlagerung von Giftmüll. Zwischen 1971 und 1998 wurden rund 37.000 m³ schwach- und mittelradioaktive Abfälle eingelagert. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat die Anlage im Zuge der Wiedervereinigung im Jahr 1990 übernommen und die Stilllegung des Endlagers unter Verbleib der radioaktiven Abfälle beantragt. Das atomrechtliche Genehmigungsverfahren läuft derzeit. Im Kontext der Neuorganisation der Behördenstruktur im Bereich der Endlagerung geht die Betreiberverantwortung für das Endlager Morsleben vom BfS auf die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) über.

In unmittelbarer Nähe zum Endlager befindet sich die Infostelle Morsleben, welche über die geplante Stilllegung des Endlagers informiert. Die geplanten Baumaßnahmen im Rahmen der Stilllegung werden ebenso erläutert wie die Betrachtungen zur Langzeitsicherheit und die Überwachungsmaßnahmen zum Schutz von Bevölkerung und Umwelt. Seit Anfang 2016 ergänzt eine historische Ausstellung zur Geschichte der Schachtanlage die Ausstellung.

Bedeutung der Geschichte für die Gegenwart des Endlagers

Die Geschichte der Schachtanlage ist auch für die Gegenwart wichtig: Die ehemalige Nutzung des heutigen Endlagers als Gewinnungsbergwerk stellt eine Herausforderung für die sichere Stilllegung des Endlagers dar. Gleichzeitig ist das Bergwerk nicht nur Endlager, sondern auch Erinnerungsort für überlebende KZ-Häftlinge und ihre Angehörigen.

Das Bundesamt für Strahlenschutz hat sich der Aufarbeitung der Geschichte des Endlagers gestellt. Das Ergebnis ist eine Dauerausstellung in der Infostelle Morsleben. Sie beleuchtet die komplexe Nutzungsgeschichte des Bergwerks und macht sie für die Öffentlichkeit zugänglich. „Die Zwangsarbeit unter Tage und die spätere Grenzlage zwischen beiden deutschen Staaten führten dazu, dass das Verstecken, Verdrängen und Verschweigen zum Prinzip erhoben wurde“, so BfS-Präsident Wolfram König während der Eröffnung der Ausstellung im Januar 2016. „Dieser Hypothek aus der Vergangenheit müssen wir uns stellen. Transparenz und Nachvollziehbarkeit bilden wesentliche Voraussetzungen für das Vertrauen in staatliches Handeln.“

Die Infostelle zum Endlager Morsleben ist keine Gedenkstätte. Trotzdem sieht sich das BfS als Betreiber einer Anlage, in der während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Häftlinge des KZ-Außenlagers Helmstedt-Beendorf unter menschenunwürdigen Bedingungen Zwangsarbeit verrichten mussten, in der Verantwortung, diese Geschichte aufzuarbeiten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Neben der Ausstellung in der Infostelle Morsleben gibt es in Beendorf bestehende Informations- und Gedenkorte zur Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Am Standort der Schachtanlage Marie in Beendorf weisen am Ort des ehemaligen KZ-Außenlagers Außenraum-Infostelen auf diese Orte hin.

Historische Ausstellung

Die Ausstellung unterteilt sich in vier räumlich und farblich voneinander abgegrenzte Bereiche, denen jeweils ein Schlüsselexponat vorangeht. Der erste Teil der Ausstellung



Ausstellung zur Gegenwart in der Infostelle Morsleben, Aufnahme 2014

gibt Einblicke in den Salzbergbau im Oberen Allertal und die Entstehung des Bergwerks. Der zweite Ausstellungsteil beschreibt die Nutzung des Bergwerks während der Zeit des Nationalsozialismus, in der die Anlage unter anderem zur unterirdischen Rüstungsproduktion durch KZ-Häftlinge diente. Ein KZ-Außenlager in Beendorf entstand.¹ Der nächste Ausstellungsabschnitt befasst sich mit der Nutzung des Bergwerks in der ehemaligen DDR: Hühnermast und Zwischenlagerung von Giftmüll in der Schachanlage Marie, parallel dazu der Beginn der Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schachanlage Bartensleben. Der vierte Ausstellungsteil behandelt die Zeit ab 1990, in der das Bergwerk von 1994 bis 1998 zur Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle weitergenutzt wurde.

Die Ausstellung ist in einem Raum auf einer Fläche von rund 120 m² untergebracht. Der chronologische und gleichzeitig thematisch ordnende Aufbau der Ausstellung erleichtert einerseits die Besucherorientierung und sorgt gleichzeitig für eine klare Trennung der unterschiedlichen Nutzungsformen des Bergwerks in der Präsentation.

Prozess der Ausstellungserarbeitung

Ausgangspunkt der historischen Ausstellung in der Infostelle Morsleben waren Gespräche zwischen dem Heimatverein Beendorf e. V. und dem BfS im Jahr 2008. Unter

anderem in Folge dieser Gespräche entschied das BfS, die Geschichte des Endlagers Morsleben aktiv aufzuarbeiten. Mitte 2010 wurde die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt in den Diskussionsprozess eingebunden. Dr. Kai Langer, Direktor der Stiftung, erarbeitete im weiteren Verlauf ein erstes Grobkonzept für die Ausstellung, auf dem die weiteren inhaltlichen Planungen aufbauten.

Mit der inhaltlichen Erarbeitung von Teilen der Ausstellung wurden eine Historikerin und eine Kulturwissenschaftlerin des Ausstellungsbüros gwf-ausstellungen aus Hamburg beauftragt. Die Region wurde über einen Zeitzeugenauftrag, Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und einen regelmäßigen Austausch mit der Gedenkstätte in Beendorf² umfassend in die Erarbeitung einbezogen: Rückmeldungen, Leihgaben und Schenkungen von Bürgerinnen und Bürgern bereichern die Ausstellung. Konzipiert und ausgearbeitet wurde die Präsentation unter Begleitung eines fachlichen Beirates, in dem unter anderem auch die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt vertreten war.

Die Ausstellung wurde Anfang 2016 der Öffentlichkeit vorgestellt. Die historische Aufarbeitung der Geschichte des Endlagers Morsleben ist jedoch noch nicht abgeschlossen: Der vierte Ausstellungsteil, der sich mit der Zeit nach der Wiedervereinigung 1990 befasst, wird derzeit inhaltlich aufgearbeitet und abschnittsweise in die Ausstellung integriert. Eine erste Ergänzung wurde ein Jahr nach Ausstellungseröffnung im Januar 2017 der Öffentlichkeit präsentiert. Das BfS versteht die Weiterentwicklung der Ausstellung als einen offenen Prozess, an dem die Öffentlichkeit teilhaben kann und soll.

Didaktisches Angebot

Die Ausstellungen zur Geschichte und Gegenwart des Endlagers Morsleben laden zum Entdecken und Forschen ein. Sie ermöglichen sowohl einen schnellen Überblick, als auch die vertiefte Beschäftigung mit einzelnen Themen. Objekte, Originaldokumente, Bilder und Videos bieten unterschiedliche Zugänge zum Thema. In einem vom Rest der historischen Ausstellung abgetrennten Raum erzählen eingesprochene Zeitzeugenberichte vom Schicksal der KZ-Häftlinge. Bei Fragen der Besucherinnen und Besucher oder zur Diskussion stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Infostelle zur Verfügung.

Für Projekttage kann die Infostelle Morsleben als außerschulischer Lernort genutzt werden. Die Geschichte von Morsleben spiegelt in den verschiedenen Nutzungsphasen des Bergwerks die Gesamtheit der deutschen Geschichte einschließlich der Zwangsarbeit von Häftlingen aus Konzentrationslagern unter Tage und der Grenzlage in der

DDR wider. Schülerinnen und Schüler oder Jugendgruppen können sich in der Infostelle intensiv mit diesem Teil der deutschen und regionalen Geschichte befassen und sich dem Thema Endlagerung radioaktiver Abfälle nähern. Mit Hilfe einer Ausstellungsrallye können sie sich die dargestellten Inhalte selbst erschließen und sich diese gegenseitig vorstellen. Bezüge zum Politik-, Geschichts- oder Physikunterricht können dabei nach Bedarf aufgegriffen werden.

Öffnungszeiten und Kontakt

Die Infostelle Morsleben ist von Montag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr und am Freitag von 9 bis 14 Uhr geöffnet. In Ausnahmefällen kann die Infostelle während der regulären Öffnungszeiten zeitweise geschlossen sein. Wir bitten Sie, dies zu berücksichtigen und gegebenenfalls im Vorfeld eines Besuchs einen Termin zu vereinbaren. Neben der Besichtigung der Ausstellungen besteht die Möglichkeit, nach Voranmeldung das Endlager im Rahmen einer Befahrung zu besichtigen.

Infostelle Morsleben

Amalienweg 1 | 39343 Ingersleben OT Morsleben

Telefon: 039050 97 613 | www.endlager-morsleben.de

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu Kooger, Björn: Rüstung unter Tage. Die Untertageverlagerung von Rüstungsbetrieben und der Einsatz von KZ-Häftlingen in Beendorf und Morsleben, Berlin 2004.
- 2 Kontaktdaten der KZ-Gedenkstätte Beendorf auf der Homepage der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, online unter <http://www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/geschichte/kz-aussenlager/aussenlagerliste/helmstedt-beendorf-frauen/> [Stand vom 09. 03. 2017].

Aus der Arbeit der Stiftung



Veranstaltungen am 27. Januar 2017 in den Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus

Nicolas Bertrand / Melanie Engler / Andreas Froese-Karow / Ute Hoffmann /
Michael Viebig

Am Nachmittag des 27. Januar 1945 erreichten Einheiten der Roten Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Auf das, was sie dort sehen und entdecken sollten, waren sie sicher keinsfalls Weise vorbereitet.

Als der damalige Bundespräsident Roman Herzog im Jahre 1996 den 27. Januar zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ erklärte, verstand er das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz als ein Symbol für den nationalsozialistischen Terror in seiner Gesamtheit: „Es steht für Brutalität und Unmenschlichkeit, für Verfolgung und Unterdrückung, für die in perverser Perfektion organisierte ‚Vernichtung‘ von Menschen“¹, so Herzog. Der 27. Januar ist seither all jenen Menschen gewidmet, „die durch das nationalsozialistische Regime entrechtet, verfolgt, gequält oder ermordet wurden“².

In der Tradition der vorangegangenen Jahre war die diesjährige Veranstaltung in der **Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin** den inhaftierten Österreicherinnen im Frauen-KZ Lichtenburg gewidmet.³ Sie standen stellvertretend für mehr als 10.000 Menschen, die während des Nationalsozialismus aus politischen, „rassistischen“, religiösen und sozialhygienischen Gründen, wegen ihrer sexuellen Orientierung sowie als „asozial“ Stigmatisierte verfolgt wurden und zwischen 1933 und 1945 im Schloss Lichtenburg inhaftiert waren.

Mehr als 100 Personen waren der Einladung der Gedenkstätte gefolgt, darunter Angehörige von ehemaligen Inhaftierten des KZ Lichtenburg, Vertreterinnen und Vertreter von Opferverbänden und Erinnerungsinitiativen sowie Abgeordnete, Mandatsträgerinnen und -träger des Landes Sachsen-Anhalt, des Landkreises Wittenberg und der Stadt Annaburg.

Gedenkstättenleiterin Melanie Engler begrüßte die Anwesenden und skizzierte zunächst wesentliche historische Entwicklungslinien. Dabei machte sie deutlich, dass



Prettin: Der Geschichtskurs 12/1 des Jessener Gymnasiums präsentierte die szenische Lesung „... kein Mensch mehr, sondern nur eine Nummer...“

das Frauen-KZ Lichtenburg das erste zentrale Frauenkonzentrationslager für das gesamte Reichsgebiet war. Mit dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 wurden damit auch Österreicherinnen nach Prettin überstellt.

Jürgen Dannenberg, Landrat des Landkreises Wittenberg, betonte in seinem Grußwort, dass die Verbrechen der Nationalsozialisten nicht nur in weiter Ferne, sondern in unmittelbarer Nachbarschaft stattgefunden haben. Er plädierte zudem für einen sensiblen Umgang mit Sprache, da Stigmatisierung, Ausgrenzung und Diskriminierung an vielen Stellen bereits mit Sprache beginnen würden. Zudem würdigte er das außerordentliche Engagement des Jessener Gymnasiums, für das er sich besonders bedankte.

Unter der Leitung von Gabriele Zabel und Birgit Pahlow hatten Schülerinnen und Schüler der 12. Klassen im Kunstunterricht eine Ausstellung erarbeitet, die am 27. Januar erstmalig präsentiert wurde. Die Lebensbedingungen im KZ Lichtenburg sowie ausgewählte Lebensgeschichten ehemaliger Inhaftierter bildeten die Grundlage für eine künstlerische Auseinandersetzung mit den Themen Trauer, Schmerz und Leid. Dabei waren eindrucksvolle Tonreliefs, Zeichnungen, Collagen, Grafiken und Drucke sowie ein Film entstanden.



Neben dem Kunstprojekt entwickelte der Geschichtskurs 12/1 unter Leitung von Cosima Schmidt für die Gedenkveranstaltung eine szenische Lesung, die den Österreicherinnen im Frauen-KZ Lichtenburg gewidmet war. Im Rahmen des Geschichtsunterrichtes hatte sich der Kurs schuljahresbegleitend mit verschiedenen Archivmaterialien auseinandergesetzt, diese analysiert und ausgewertet und schließlich eine beeindruckende szenische Lesung zusammengestellt, die unter dem Titel „... kein Mensch mehr, sondern nur eine Nummer...“ uraufgeführt wurde und die Lebensgeschichten inhaftierter Österreicherinnen anhand verschiedener Dokumente und Selbstzeugnisse präsentierte.

Im Anschluss an die Gedenkstunde im Besucher- und Dokumentationszentrum wurden vor den Zellentüren im ehemaligen „Bunker“, dem Ort des verschärften Arrests im KZ Lichtenburg, Blumen und Gebinde niedergelegt. Die Anwesenden waren zudem eingeladen, an selbst gewählten Plätzen im „Bunker“ Kerzen abzustellen.

In der **Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg** wurde die diesjährige Gedenkveranstaltung mit der Eröffnung einer Sonderausstellung verbunden. Unter dem Titel „Die persönliche Geschichte macht das Übertragen der Geschichte möglich“ hatten acht Jugendliche im Rahmen des Projektes „Zeitzeugenpatenschaft“ unter Anleitung des AJZ Dessau e. V. die Biographien von sieben Überlebenden des Holocaust zusammengestellt. Drei von ihnen waren auch schon an Bernburger Schulen als Zeitzeugen zu Gast gewesen.

Nachdem Dr. Ute Hoffmann, Leiterin der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg, Grußworte an die zahlreichen Gäste gerichtet hatte, gab Jana Müller vom AJZ Dessau e. V. einen Einblick in die Sonderausstellung. In ihrem Vortrag ließ sie vor allem die Hauptpersonen der Ausstellung zu Wort kommen. Über eingespielte Filmsequenzen konnten Esther Bejarano, Doris Grozdanovičová, Fruma Kučinskienė, Rozette Kats, Ernesto Kroch, Wilhelm Brasse und Franz Rosenbach selbst von ihren Erlebnissen während der Zeit des Nationalsozialismus erzählen.

Musikalisch wurde die Veranstaltung von Constanze Jaiser und Jacob Pampuch (Berlin) begleitet, die vor allem mit dem Lied „Ein Koffer spricht“ für eine besondere Atmosphäre sorgten. Die Textzeilen des Liedes stammten von der jüdischen Schriftstellerin Ilse Weber, die 1944 im KZ Auschwitz-Birkenau ermordet wurde.



Bernburg: Jana Müller, AJZ Dessau e. V., gab einen Einblick in die neue Sonderausstellung.





Bernburg: Constanze Jaiser und Jacob Pampuch sorgten für die musikalische Begleitung der Gedenkveranstaltung.

Zum Abschluss der Veranstaltung brachten Dr. Ute Hoffmann und Jana Müller im Krematorium der ehemaligen „Euthanasie“-Anstalt Bernburg zwei weitere Fotos an. Steffi Böhm und Leo Ehrlich wurden als Häftlinge der Konzentrationslager Ravensbrück bzw. Buchenwald 1942 im Zuge der „Sonderbehandlung 14f13“ in der „Euthanasie“-Anstalt Bernburg ermordet.

Mit einer Schweigeminute fand die Veranstaltung ihren Abschluss.

In **der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge** setzte das Käthe-Kollwitz-Gymnasium Halberstadt das seit neun Jahren bestehende Projekt „Schüler führen Schüler“ fort. Rund 150 Fünft- und Zwölftklässler waren auf dem weitläufigen Außengelände der Gedenkstätte in kleinen Gruppen unterwegs, wobei die älteren Schülerinnen und Schüler den jüngeren die Geschichte des Lagers und der darin inhaftierten Menschen erzählten.

Die Zwölftklässler hatten sich im Vorfeld intensiv mit dieser Geschichte auseinandergesetzt, sich das ehemalige Lagergelände und die Ausstellung der Gedenkstätte angesehen und das Gespräch mit der Gedenkstättenpädagogin gesucht. So waren sie in der Lage –



Langenstein: Dr. Nicolas Bertrand, Gedenkstättenleiter, begrüßt die Teilnehmenden der Gedenkveranstaltung.

auf ganz andere Art und Weise und mit anderen Worten als üblich – ihren jüngeren Mitschülerinnen und Mitschülern von dem zu berichten, was im Lager geschehen war.

Die Führungen endeten an den sechs Massengräbern, wo sich Schülerinnen und Schüler, deren Lehrerinnen und Lehrer sowie Anwesende aus der Region trafen, um mit Blumen, Kränzen und Lichtern der Opfer dieses Konzentrationslagers zu gedenken. Der Halberstädter Oberbürgermeister Andreas Henke hatte zuvor in einer kurzen Ansprache dazu aufgerufen, gegenwärtigen rassistischen und antidemokratischen Tendenzen mit Humanität und Demokratie zu begegnen.

Am Abend luden Gedenkstätte und Moses-Mendelssohn-Akademie Halberstadt gemeinsam zur Finissage der Ausstellung „Untertauchen. Übrigbleiben“ ein. Die fotografischen Arbeiten dieser Ausstellung spiegeln die Suche der Malerin und Fotografin Silvia Dzubas nach Spuren ihres jüdischen Vaters wider, der in einem Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald Zwangsarbeit leisten musste. Auf sehr persönliche Weise und in direktem Gespräch mit den Teilnehmenden der Veranstaltung sprach die Künstlerin auch darüber, wie sehr die Zeit des Nationalsozialismus das Leben ihres Vaters geprägt hatte. Erst lange nach dessen Tod hatte Silvia Dzubas Briefe gefunden, aus denen sie das Leben





Halle: Kranzniederlegung im Hof der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

ihres Vaters während des Nationalsozialismus rekonstruieren konnte, denn dieser hatte seinen Kindern nichts erzählt, da er sie mit seinen Erlebnissen nicht belasten wollte.

Die zentrale Gedenkveranstaltung des Landtages und der Landesregierung von Sachsen-Anhalt fand in diesem Jahr in Halle statt, wo ein Bogen hin zur Mahnung gegen Gewalt, Antisemitismus und Rassismus in der Gegenwart gespannt wurde. Im Rahmen der Veranstaltung in den Franckeschen Stiftungen rief Dr. h. c. Friedrich Schorlemmer, evangelischer Theologe und Bürgerrechtler, dazu auf, sich allerorten für die Würde des Menschen einzusetzen.⁴ Es gäbe keine Sicherheit dafür, dass politische Entwicklungen wie jene, die zu Krieg und Holocaust geführt hätten, sich nicht noch einmal vollziehen könnten. Sich zu erinnern, was gewesen ist, sei das Pfand für die Hilfe und das Vertrauen der Weltgemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen; Erinnerung sei nicht nur ein Projekt für Schulen, sondern gehöre zu unserem gesamten Leben dazu.

Zuvor hatte Prof. Dr. Helmut Obst, Vorsitzender des Kuratoriums der Franckeschen Stiftungen, daran erinnert, dass auch diese altehrwürdige Bildungsstätte Höhen und Tiefen der Geschichte und den damit einhergehenden äußerlichen und innerlichen Verfall der Werte habe kennenlernen müssen. Vor überheblichen Urteilen gegenüber den Eltern-



Halle: Jugend-Kammerorchester der LATINA August Hermann Francke unter Leitung von Henry Ventur

und Großelterngenerationen dagegen warnte er und rief dazu auf, stattdessen wachsam zu sein und es besser zu machen. Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff verwies in seiner Ansprache auf die Symbolhaftigkeit von Auschwitz für die Fähigkeit des Menschen zum Unmenschlichen. „Die Nazis machten aus Europa einen Kontinent der allgegenwärtigen Gewalt.“ Die Millionen Opfer seien eine unüberschaubare Zahl. „Aber was sagen Zahlen aus? Sie bleiben abstrakt. Sie schweigen, wenn es darum geht, zu berichten, wie der Tod über die Opfer kam. Dabei birgt jede Zahl eine gleichgroße Zahl menschlicher Tragödien.“ Die deutsche Erinnerungskultur demonstrierte, so Dr. Haseloff, dass die Opfer, ihr Leiden und ihr Sterben nicht vergessen seien. Dabei sei Empathie der Zugang zur Erinnerung. Die Shoah sei kein Zufall der Geschichte gewesen, zu viele hätten hin- und gleich darauf wieder weggesehen. Deshalb seien gerade wir Deutschen angehalten, immer wieder nach dem Warum zu fragen, nach dem Grund, wie es zu diesem Verbrechen habe kommen können. „Es ist besser zu fragen, als zu schweigen.“

Für eine würdevolle musikalische Umrahmung der Gedenkfeier in den Stiftungen hatte das Jugend-Kammerorchester der LATINA August Hermann Francke unter Leitung von Henry Ventur gesorgt. Im Anschluss an die Veranstaltung trafen Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff, dessen Gattin Dr. Gabriele Haseloff sowie Staatssekretär Dr. Gunnar



Schellenberger zu einem ausführlichen Gespräch mit Schülerinnen und Schülern des Christian-Wolff-Gymnasiums Halle zusammen, die über eine sehr intensive Projektwoche berichteten.

In der Gedenkstätte ROTER OCHSE hatten sie sich zuvor mit den Lebenswegen von Sinti- und Roma-Familien vertraut gemacht, die während der NS-Zeit in Halle gelebt hatten und fast alle Anfang März 1943 nach Auschwitz deportiert wurden. Die Schülerinnen und Schüler erzählten, was sie über diese Menschen erfahren hatten, wie deren Ausgrenzung und Verfolgung in Halle organisiert wurde und welche Spuren heute noch zu finden sind.

Die Gedenkfeier hatte am Morgen des 27. Januar mit einer Kranzniederlegung im Hof der **Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)** begonnen, an der mehr als 100 Gäste teilnahmen. Dr. Gunnar Schellenberger, Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, und Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand erinnerten in ihren Grußworten an das Leid, das von Deutschland ausgegangen war und erst durch das Eingreifen der Alliierten beendet werden konnte. Die Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt, Gabriele Brakebusch, bekräftigte die Bemühungen der gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter, auch in Zukunft alles zu tun, um die Erinnerung an das Geschehene wach zu halten und dadurch mitzuhelfen, dass sich solche Menschheitsverbrechen niemals wiederholen können.

Am Abend stellte der Masterstudiengang „Multimedia Autorschaft“ des Bereiches Medien- und Kommunikationswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg gemeinsam mit der Gedenkstätte ROTER OCHSE und der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt neue Kurzfilme zum Thema „Stolpersteine“ vor.⁵ Im Rahmen der Veranstaltung im Multimediazentrum Mansfelder Straße kamen sowohl ein filmisches Porträt der Retterin des Archivs der Jüdischen Gemeinde von Halle, Gudrun Goeseke (1925–2008), als auch Kurzfilme über Opfer der Shoah aus der Region zur Aufführung. Beeindruckend gestaltete sich die als Zeichentrickfilm produzierte Unterhaltung eines kleinen Mädchens mit seinen Eltern über den Sinn von Stolpersteinen. Die Veranstaltung soll mit der Aufführung weiterer Filme im kommenden Jahr eine Fortsetzung finden.

Mit einer Kranzniederlegung auf dem Ehrenfriedhof in der **Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen** erinnerten die Hansestadt Gardelegen und die Gedenkstätte an die Opfer des Nationalsozialismus. Zu Beginn der Veranstaltung hatte



Gardelegen: Auf dem Weg zur Kranzniederlegung am Ehrenfriedhof in der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen

Bürgermeisterin Mandy Zepig die etwa 300 Teilnehmenden zu einer Schweigeminute für Lucien Colonel gebeten, einen der letzten Überlebenden der Todesmärsche nach Gardelegen im April 1945. Nur wenige Tage zuvor war der 91-Jährige in seiner französischen Heimat verstorben. Viele Male hatte Lucien Colonel Gardelegen besucht. Der Stadt und der Gedenkstätte war er bis zuletzt eng verbunden und freute sich auf einen baldigen Baubeginn für das geplante Besucher- und Dokumentationszentrum.

Auch Gedenkstättenleiter Andreas Froese-Karow würdigte Lucien Colonel in seinen einleitenden Worten. Er verwies darauf, dass das nationalsozialistische KZ-System für die meisten Häftlinge mit der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945 noch nicht geendet habe. Die alliierten Truppen konnten nur wenige KZ-Häftlinge direkt an den Orten ihrer Deportation befreien, da die meisten in den letzten Kriegsmontaten noch auf mörderische Räumungstransporte und Todesmärsche gezwungen worden seien.

Dieter Steinecke, Landesvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. und früherer Landtagspräsident von Sachsen-Anhalt, blickte in seiner Gedenkrede auf die Zeit nach 1945. Das Gedenken an die NS-Verbrechen dürfe nicht nur vergangenheitsbezogen sein, sondern müsse stets aufs Neue mit aktuellen Fragen für die Gegenwart und die Zukunft verbunden werden. Insbesondere die europäische Einigung





Gardelegen: „Hand in Hand für ein lebendiges Haus“: Unter diesem Motto demonstrierten mehrere Bürgerinitiativen aus der Altmark mit einer Lichter- und Menschenkette für die planmäßige Finanzierung des Besucher- und Dokumentationszentrums in der Gedenkstätte Feldscheune Isenschibbe Gardelegen.

müsse als ein Friedensprojekt und als eine Antwort auf die NS-Verbrechen verstanden werden: „Wer hier in Gardelegen steht, der begreift Europa.“

Die Schülerin Pauline Hintze und der Schüler Johann Otto, beide vom Gardelegener Geschwister-Scholl-Gymnasium, lasen gemeinsam einen Nachdenkdialog vor. In verteilten Sprechrollen setzten sie sich mit einer Rede des türkischstämmigen deutschen Schriftstellers Doğan Akhanlı auseinander, der die Auseinandersetzung mit Auschwitz als eine wesentliche Grundlage betrachtet, um anderen Formen der rassistischen Ausgrenzung und Anfeindung weltweit begegnen zu können. Als musikalische Umrahmung trug der Männerchor Gardelegen das Lied der Moorsoldaten und einen Friedenschoral vor.

Nach der Gedenkveranstaltung versammelten sich mehrere Bürgerinitiativen aus der Altmark gemeinsam mit der Gardelegener Bevölkerung und zahlreichen Gästen zu einer öffentlichen Kundgebung am Baufeld des geplanten Besucher- und Dokumentationszentrums. Unter dem Motto: „Hand in Hand für ein lebendiges Haus“ demonstrierten sie friedlich mit Kerzen, Windrädern und Transparenten für eine planmäßige Finanzierung des neuen Gedenkstättengebäudes durch das Land Sachsen-Anhalt. Dazu stellten sie den Grundriss des neuen Gebäudes mit einer Menschen- und Lichterkette nach.

Anmerkungen

- 1 Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag vom 19. 01. 1996, online unter http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1996/01/19960119_Rede.html [Stand vom 20. 03. 2017].
- 2 27. Januar – Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus - Proklamation des Bundespräsidenten, online unter https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/1990-1999/1996/03-96_Herzog_1.html [Stand vom 20. 03. 2017].
- 3 Vgl. dazu den Beitrag von Johanna Taufner in diesem Rundbrief.
- 4 Vgl. dazu Ansprache von Friedrich Schorlemmer in diesem Rundbrief.
- 5 Eine ganze Reihe der von Studierenden erarbeiteten Filme zu diesem Thema können auf Youtube eingesehen und sehr gut für die pädagogische Arbeit in Gedenkstätten eingesetzt werden.





Gebäude des Reichsmilitärgerichts, Postkartenansicht, undatiert. Als Nachfolgeinstitution des Reichsmilitärgerichts hatte auch das Reichskriegsgericht seinen Sitz in Berlin-Charlottenburg, Witzlebenstraße 4 - 10.

Den obersten Gerichtshof der Wehrmacht ausstellen. Einblicke in ein Forschungs- und Ausstellungsprojekt der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) zum Reichskriegsgericht

Lars Skowronski

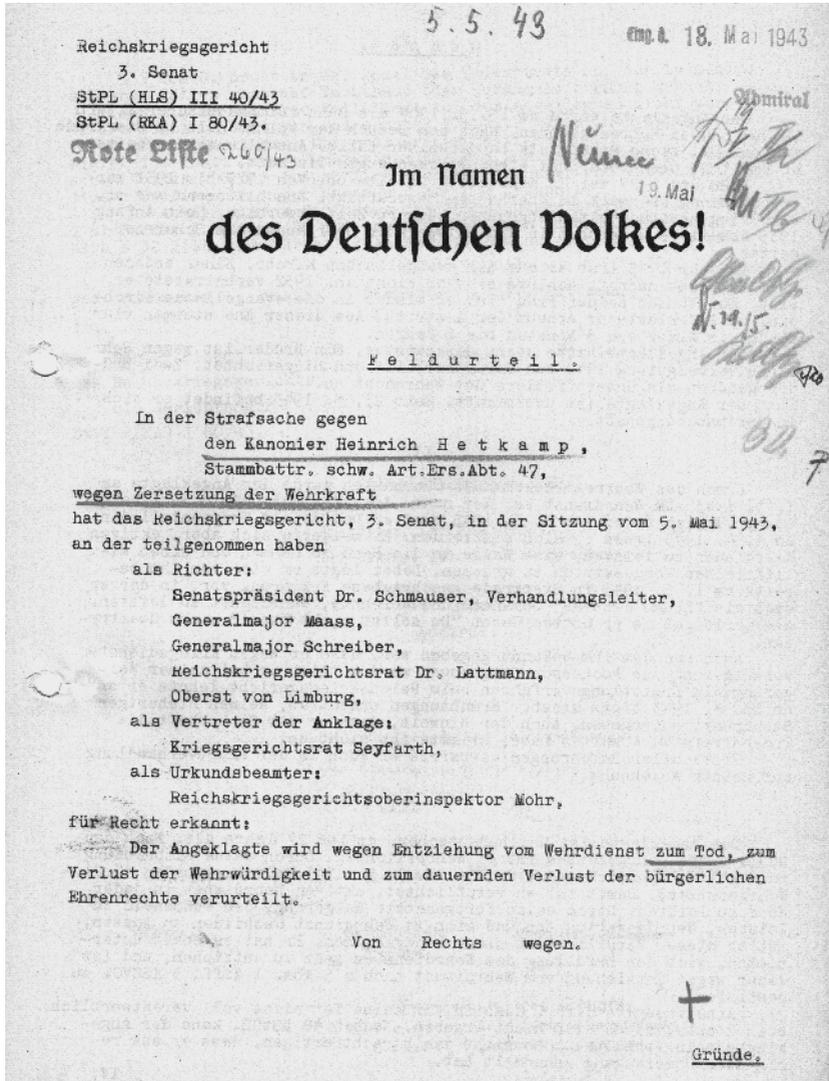
Die Beschäftigung mit der NS-Militärjustiz bildet einen wichtigen Forschungsschwerpunkt des Arbeitsbereiches 1933 bis 1945 der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). Diese spezielle Profilierung ist der Geschichte des historischen Ortes geschuldet, an dem sich die Gedenkstätte befindet. Nachdem das Reichsjustizministerium 1942 im Lazarettgebäude des Zuchthauses Halle eine Richtstätte installieren ließ, wurden dort bis Kriegsende 549 Todesurteile vollstreckt. Rund der Hälfte dieser Exekutionen gingen Todesurteile von Kriegsgerichten der Wehrmacht voraus. Über 200 entfielen auf den obersten Gerichtshof der Wehrmacht, das Reichskriegsgericht, das nach der Verlegung seines Dienstsitzes aus Berlin nach Torgau im Sommer 1943 Todes-

urteile in Halle vollstrecken ließ. Damit nimmt das Zuchthaus Halle in mehrfacher Hinsicht eine Sonderstellung unter den Richtstätten des Reichsjustizministeriums ein: Zum einen ist es der Ort, an dem in Relation zur Gesamtzahl der vollstreckten Todesurteile die meisten Exekutionen für die Gerichtsbarkeit der Wehrmacht vollzogen wurden (rund 50 Prozent). Zum anderen besaß das Zuchthaus Halle eine der wenigen Richtstätten, in denen das Reichskriegsgericht Todesurteile vollziehen ließ. Es steht damit in einer Reihe mit Richtstätten wie Brandenburg-Görden und Berlin-Plötzensee.

Bei Gründung der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) in den 1990er Jahren war der Wissensstand über das Zuchthaus Halle während der NS-Zeit im Allgemeinen und über die Hinrichtungen im Besonderen defizitär. Erst im Laufe der Jahre änderte sich dieser Zustand, und es trat die überragende Bedeutung des Reichskriegsgerichts für den historischen Ort zutage. Die notwendigen Recherchearbeiten passierten dabei mehrere wichtige Wegmarken. Neben grundlegenden Forschungen in Halle – etwa im Archiv des Gertraudenfriedhofs sowie im Standesamt – gelang es um die Jahrtausendwende eine enge Arbeitsbeziehung zur Deutschen Dienststelle (WAST) in Berlin herzustellen. Dort konnten mehrere wichtige Bestände ausgewertet werden, welche die Kenntnisse über die Vollstreckung von Urteilen der Militärjustiz in Halle wesentlich erweiterten. So besitzt die Dienststelle im Bestand „Mitteilung über einen Todesfall“ dutzende Aktenordner mit Formularen, mit denen Kriegsgerichte vollstreckte Todesurteile meldeten. In diesem Bestand sind zahlreiche Vollstreckungsmitteilungen über Todesurteile erhalten, für die das Reichskriegsgericht verantwortlich zeichnete. Daneben gelang es, Zugang zur Hauptaktenüberlieferung des Gerichts im Militärhistorischen Archiv der Tschechischen Republik in Prag zu bekommen. Der dort befindliche Bestand zum Reichskriegsgericht, bestehend aus der Urteilssammlung, verschiedenen Listen, Personalunterlagen der Militärjuristen usw. ist zwar seit den 1990er Jahren der Forschung zugänglich, wurde aber bislang nicht systematisch ausgewertet.

Im Zuge der zunächst nur auf Halle bezogenen Untersuchungen kristallisierte sich zunehmend heraus, dass das Reichskriegsgericht bislang in der geschichtswissenschaftlichen Forschung keine Berücksichtigung gefunden hatte, die seiner historischen Bedeutung gerecht werden konnte. Es existieren bislang lediglich zwei Spezialpublikationen, von denen allerdings keine den Anspruch erheben kann, das Gericht umfas-





Erste Seite des Urteils gegen Heinrich Hetkamp, 5. Mai 1943. Heinrich Hetkamp gehörte der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas an und verweigerte aus religiösen Gründen den Dienst in der Wehrmacht. Das Reichskriegsgericht verurteilte ihn zum Tode und ließ das Urteil am 26. Mai 1943 im Zuchthaus Brandenburg-Görden vollstrecken.

send darzustellen. Zu nennen ist hier die Studie von Gribbohm, in der sich der Autor allerdings vor allem organisationsgeschichtlichen Aspekten sowie den materiell- und verfahrensrechtlichen Grundlagen der Rechtsprechung widmet.¹ Hingegen geht er auf die Rechtspraxis oder konkrete Fälle nicht ein. Als guter Überblick und Einstieg in die Thematik empfiehlt sich immer noch der Band von Norbert Haase „Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft“.² Zwar ist dieser inzwischen über zwei Jahrzehnte alt, doch berücksichtigt er ein breites Spektrum unterschiedlicher Aspekte. Der Verfasser präsentiert darin nicht nur eine kurze Geschichte der Institution, sondern dokumentiert zudem Biografien von Verurteilten sowie am Reichskriegsgericht tätigen Militärjuristen.

Vor dem Hintergrund dieses Desiderats und der Relevanz des obersten Gerichtshofs der Wehrmacht allgemein und für Halle im Besonderen entstand in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) die Idee, das Reichskriegsgericht in den Mittelpunkt eines mehrjährigen Forschungs- und Ausstellungsprojektes zu stellen. Das Vorhaben mit dem Arbeitstitel „Das Reichskriegsgericht – Justiz im Einsatz zur Kriegssicherung und zur Bekämpfung des europäischen Widerstandes“ startete im vergangenen Jahr und verfolgt zwei zentrale Ziele: An erster Stelle steht die Erarbeitung einer umfassenden Wanderausstellung einschließlich eines Kataloges bzw. wissenschaftlichen Begleitbandes. Darüber hinaus ist als zweites Ziel die Herstellung pädagogischer Materialien zur Verwendung in Schulen, Gedenkstätten und ähnlichen Bildungseinrichtungen formuliert. Das Projekt ist in zwei Phasen unterteilt: Während 2016 und 2017 die Grundlagenforschung erfolgt, wird daran anschließend ab 2018 die konkrete Herstellung der Ausstellung und der Begleitmaterialien realisiert.

Die Wichtigkeit des Vorhabens ergibt sich aus der Bedeutung des Reichskriegsgerichts im Gesamtsystem der NS-(Militär)Justiz und als zentrale NS-Verfolgungsinstanz mit internationaler Strahlkraft, die mit jener des Volksgerichtshofes durchaus zu vergleichen ist. Unter bewusster Bezugnahme auf die Traditionslinien des Reichsmilitärgerichts aus der Kaiserzeit entstand das Reichskriegsgericht 1936 als oberster Gerichtshof der Wehrmacht in Berlin. Seine Zuständigkeit beschränkte sich zunächst auf wenige Bereiche. So verhandelte es erst- und letztinstanzlich in Verfahren wegen Hoch- und Landesverrats gegen Militärangehörige. Darüber hinaus diente es als Berufungs-



instanz für untergeordnete Militärgerichte. Mit Kriegsbeginn änderte sich die Situation für das Gericht grundlegend. Zwar verlor es die Funktion als Gericht letzter Instanz, da mit Inkrafttreten neuer verfahrensrechtlicher Bestimmungen in der Militärjustiz der Instanzenzug wegfiel. Andererseits gewann das Reichskriegsgericht aber Kompetenzen hinzu und weitete seine Spruchfähigkeit massiv aus. Exemplarisch zeigen lässt sich dies am Delikt der Wehrdienstverweigerung, das bis Sommer 1939 Divisions- und ähnliche Gerichte sanktionierten. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen wechselte die Zuständigkeit hierfür exklusiv zum Reichskriegsgericht, das – sofern die Betroffenen bei ihrer Weigerung blieben – nach den verschärften Strafbestimmungen in der Regel Todesurteile verhängte. Daneben zeichnete das Gericht in allen Fällen kriegsgerichtlicher Verfahren gegen Generäle und Admirale zuständig. Allgemein ist weiterhin feststellbar, dass das Reichskriegsgericht Fälle immer dann an sich zog, wenn Taten eine erhöhte politische Relevanz und übergreifende Bedeutung für die militärischen Belange der Wehrmacht beigemessen wurde. Dies war in vielen Fällen des sogenannten Kriegsverrats ebenso gegeben wie in allen Verfahren, die das Gericht etwa wegen Spionage und Feindbegünstigung führte. Die Rechtsprechung richtete sich dabei keineswegs nur gegen Deutsche bzw. Angehörige der Wehrmacht. Ab 1940 standen vielmehr in großer Zahl Bürgerinnen und Bürger aus den von Deutschland überfallenen Ländern vor dem Reichskriegsgericht. Die Betroffenen hatten sich in der Regel in ihrer Heimat individuell oder als Angehörige von Widerstandsorganisationen gegen die Besetzung zur Wehr gesetzt. Insbesondere für Prozesse gegen große Widerstandsgruppen entsandte das Reichskriegsgericht seine Senate auch in die entsprechenden Länder. In den Akten tauchen neben dem Sitz des Gerichts in Berlin daher auch Städte in Polen und Norwegen als Verhandlungsorte auf. Mithin sollte man also von einer europäischen Dimension der Rechtsprechung des Reichskriegsgerichts ausgehen, die innerhalb des Gesamtsystems der Wehrmachtjustiz singulär war. Die quantitative Dimension der Spruchfähigkeit des Gerichts lässt sich durch zwei Zahlen andeuten. Nach den bisherigen Erhebungen des Forschungsprojektes ist – erstens – eine vermutlich mittlere vierstellige Zahl an Verfahren anzunehmen, die zwischen 1936 und 1945 stattfanden. Verbürgt durch eine gerichtsinterne Statistik sind außerdem – zweitens – weit über 1.000 vollstreckte Todesurteile. Auch dies ist ein Alleinstellungsmerkmal des Reichskriegsgerichts, das seine Ausnahmestellung unterstreicht.



Koffer des Johann Bukowski, Aufnahme 2015. Während seines Weges durch verschiedene Haftanstalten diente der Koffer dem Polen Johann Bukowski zur Aufbewahrung seiner Habseligkeiten. Weil er sich in der Widerstandsbewegung engagiert hatte, verurteilte das Reichskriegsgericht Bukowski zum Tode und ließ ihn Anfang Januar 1945 im Zuchthaus Halle hinrichten.

Um den Anspruch einer umfassenden Darstellung und angemessenen historischen Einordnung des Reichskriegsgerichts einzulösen, widmet sich das Projekt verschiedenen Teilaspekten, die sich später auch in der Wanderausstellung niederschlagen werden. Unabdingbar ist es, die Struktur sowie die Organisationsgeschichte des Gerichts näher zu beleuchten und die verfahrens- und materiell-rechtlichen Grundlagen der Gerichtsbarkeit zu erläutern. Innerhalb dieses Rahmens fand die Rechtsprechung statt, die sich mit Hilfe der im Militärhistorischen Archiv der Tschechischen Republik überlieferten Akten in mehreren Dimensionen gut abbilden lässt. Die zwar lückenhafte, aber immer noch in nennenswertem Umfang erhalten gebliebene Urteilsammlung sowie die verschiedenen Listen (Strafprozesslisten, Vollstreckungslisten usw.) erlauben grundlegende Aussagen zum Ausmaß der Spruchstätigkeit des Gerichts und zur Urteilsbilanz. Ebenso sind sie die Basis für eine biografische Annäherung an das Thema, da somit – unter Hinzuziehung weiterer Quellen, wie beispielsweise Egodokumente aus Privatbesitz – das Fundament für die Darstellung der Lebensgeschichten



jener Menschen gelegt ist, die sich zum Widerstand entschlossen hatten und sich dafür verantworten mussten. Der Komplex der Rechtsprechung soll jedoch keineswegs nur in quantitativ-bilanzierender oder einzelbiografischer Hinsicht untersucht und thematisiert werden. Angestrebt werden daneben gruppenbezogene und vergleichende Aussagen. Die jeweiligen Schnitte durch die Gesamtmenge der Verurteilungen sind dabei in unterschiedlicher Art denkbar, so etwa nach Delikten (Verweigerungs-, Verrats- und Entfernungsdelikte) oder nach dem Kriterium der Nationalität der Angeklagten. Ohne Zweifel bildeten Deutsche die größte nationale Gruppe. Außerdem wissen wir von großen Betroffenengruppen aus Polen, Frankreich, Österreich und Norwegen. Als Widerpart standen allen Angeklagten die am Reichskriegsgericht tätigen Militärjuristen gegenüber. Auch sie sollen einzel- und gruppenbiografisch betrachtet werden, wobei es hier nicht nur um deren Karriereverläufe und die konkrete Rechtsfindungstätigkeit gehen kann. Gleichfalls sind ihre Versuche in der Nachkriegszeit in den Blick zu nehmen, ihr Handeln zu rechtfertigen und die Bewertung der Institution Reichskriegsgericht zu beeinflussen.

Um ab 2018 mit der Realisierung des Ausstellungsvorhabens beginnen zu können, folgen die Arbeitsinhalte in der derzeitigen Forschungsphase unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Fortgeschritten sind die Erfassung und Auswertung der Unterlagen in Prag, wo die gesamte Urteilssammlung digitalisiert wird. Daneben liegt eine Daueraufgabe in der Erfassung der Unterlagen, insbesondere des Listenmaterials, in Datenbanken, um die Angaben so auswertbar zu machen. Besonderes Augenmerk wird darüber hinaus auf die Beschaffung ausstellungsrelevanter Objekte aus Privatbesitz gerichtet. Zu diesem Zweck hielt sich der Projektbearbeiter beispielsweise im Februar 2017 in Polen auf. Ähnliche Reisen sind noch nach Frankreich und Norwegen geplant.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Gribbohm, Günter: Das Reichskriegsgericht. Die Institution und ihre rechtliche Bewertung, Berlin 2004.
- 2 Vgl. Haase, Norbert: Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft. Katalog zur Sonderausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, hrsg. von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1993.





Andreas Froese-Karow und Dr. Frank Stucke im Gespräch mit dem Ehepaar Bischoff am Stand der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. Wolfgang Bischoff ist ein ehemaliger Inhaftierter der MfS-Untersuchungshaftanstalt am Magdeburger Moritzplatz und dort seit Jahren als Zeitzeuge engagiert.

Die Meile der Demokratie am 21. Januar 2017 in der Landeshauptstadt Magdeburg

Frank Stucke

Unter dem Motto „Eine Stadt für alle“ setzten über 8.000 Magdeburgerinnen und Magdeburger ein deutliches Zeichen für Demokratie und Toleranz in der Landeshauptstadt. Die 9. Meile der Demokratie am 21. Januar 2017 wurde mit Konzerten, Kunstaktionen, Bastelstraßen und Informationsständen von 139 Schulen, Vereinen, Initiativen, Stiftungen, Stadtverordneten aller Parteien, Kirchengemeinden und gesellschaftlichen Organisationen gestaltet, die sich gemeinsam für ein weltoffenes und buntes Magdeburg aussprachen. Unter den Gästen befanden sich auch Dr. Lutz Trümper, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg, Gabriele Brakebusch, Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt, und Dr. Reiner Haseloff, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt. Dr. Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Andreas

Froese-Karow, Leiter der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen, und Dr. Frank Stucke, pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg, standen bei Temperaturen um den Gefrierpunkt mehreren hundert Gästen für Diskussionen und Fragen zur Verfügung. Im Pavillon der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, der wie im Jahr 2016 dankenswerterweise erneut von der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt im Bereich Breiter Weg/ Himmelreichstraße zur Verfügung gestellt worden war, bestand ein reges Interesse an Informationsmaterialien, Publikationen und Materialien über die pädagogischen Angebote der unter dem Dach der Landesstiftung befindlichen Gedenkstätten. Zudem konnten die Besucherinnen und Besucher den neu konzipierten Informationsstand der Stiftung besichtigen, der erstmals in Magdeburg präsentiert wurde und großen Anklang erfuhr.

Die unmittelbare Nähe des Infostandes der Stiftung zur Landeszentrale und zu zahlreichen Ständen des Netzwerkes „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ begünstigte es in diesem Jahr erneut, sich kompakt über die Aktivitäten der Einrichtungen sowie an den Schulen zu informieren.

Ein Höhepunkt des Tages war der Besuch des Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff am Informationsstand der Stiftung. Hier erkundigte er sich unter anderem nach den Aktivitäten zur Entwicklung der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen. Bereits auf den im Vorfeld der Meile der Demokratie stattfindenden organisatorischen Mobilisierungstreffen zeichnete sich ab, dass es im Gegensatz zu den vergangenen Jahren nicht zu einem Aufmarsch und Störungen der Veranstaltungen durch Neonazis kommen würde. Sicherlich war auch dies ein Grund dafür, dass die Stimmung der Beteiligten und der Besucher und Besucherinnen besonders freudig gelöst war.



Nachruf

Nicolas Bertrand / Gesine Daifi

Günter Liedtke, der Hausmeister der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge, ist am 16. Januar 2017 während der Arbeit an einem Herzinfarkt verstorben. Er war 60 Jahre alt und hatte seit dem 2. Oktober 1989 in der Gedenkstätte gearbeitet. Trotz unserer Fassungslosigkeit über seinen plötzlichen Tod möchten wir über einen Kollegen schreiben, den wir sehr geschätzt haben.

Unser gemeinsamer Alltag in der Gedenkstätte war übersät mit kleinen Aufmerksamkeiten für einen jeden von uns, so wie der Kaffee, den er jeden Morgen – und auch am Tag seines Todes noch – für Gesine Daifi gekocht hat. Seine Aufmerksamkeit anderen gegenüber ließ niemals nach. Oft wusste er sogar noch eher als wir selbst, was wir brauchen würden. Da der „Chef“ mit dem Fahrrad zur Arbeit kommt, braucht er einen Kleiderschrank, und noch bevor sich der Chef dessen bewusst war, bekam er ihn.

Günter Liedtke kannte alle verborgenen Winkel des ehemaligen Lagergeländes und der Gedenkstätte. Er wusste, was im Verlaufe des Jahres zu tun war und wann es getan werden musste. Wenn er über seine Arbeit sprach, stellte man fest, wie gut durchdacht jede noch so kleine Sache war. Nichts wurde dem Zufall überlassen. In seiner Arbeit für die Gedenkstätte fand man die gleiche Aufmerksamkeit, die er anderen entgegen brachte. Eine tägliche Aufmerksamkeit, die niemals nachließ.

Günter Liedtke war nicht nur ein sehr hilfsbereiter Kollege. Sein Tod bedeutet auch den Verlust eines bedeutsamen Wissens über das Konzentrationslager. Dank seines technischen Blicks auf die Dinge machte er sich im Laufe der Jahre viele Gedanken über den Betrieb verschiedener Einrichtungen des Lagers in Langenstein. Dort, wo der Historiker nur eine Betonplatte sah, erkannte er den Boden einer Dusche und konnte uns beispielsweise erklären, was sich in einem Raum des Krankenreviers ereignete. Sein technischer Blick, der oft bei den historischen Recherchen fehlt, wäre eine überaus wertvolle Hilfe gewesen, um künftig die Geschichte des Lagers zu schreiben. Wenige Tage vor seinem Tod hatte er begonnen, sein Wissen über das Lager schriftlich festzuhalten. Seine Fotos von Lagerbereichen, die niemand außer ihm kannte, bleiben nun unausgewertet. Seine gute Laune, sein Humor und seine Lebensfreude fehlen uns.



Autorinnen un Autoren

Dr. Claudia Behne-Kilz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Literaturhaus Magdeburg. | **Dr. Nicolas Bertrand** ist Leiter der Gedenkstätte für Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge. | **Lothar Czoßek** engagiert sich seit 1972 ehrenamtlich für die KZ-Gedenkstätte in Rehmsdorf. | **Gesine Daifi** ist pädagogische Mitarbeiterin der Gedenkstätte für Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge. | **Kyara Delhez** ist die Urenkelin von René Maurage, Häftling des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge. | **Melanie Engler** ist Leiterin der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin. | **Helge Essert** ist Mitarbeiter im Referat Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Strahlenschutz. | **Dr. habil. Helmut Fehr** ist Soziologe und im Rahmen von Lehr- und Forschungstätigkeiten an Universitäten in Deutschland, Polen und Ungarn tätig. | **André Frères** ist Mitglied der „Gruppe der 2. Generation“. | **Andreas Froese-Karow** ist Leiter der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen. | **Dr. Ute Hoffmann** ist Leiterin der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg. | **Georges Petit** ist ehemaliger Häftling des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge. | **Dr. h. c. Friedrich Schorlemmer** ist evangelischer Theologe und Bürgerrechtler. | **Lars Skowronski** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). | **Dr. Frank Stucke** ist pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg. | **Johanna Taufner** ist freie Politikwissenschaftlerin und arbeitet in Wien zum Themenkomplex Erinnerungskultur in Österreich. | **Michael Viebig** ist Leiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). | **Manuel Wilmanns** ist Mitarbeiter im Referat Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Strahlenschutz.

Fotonachweis

Titelbild: Kai Langer | S. 1 und S. 5: Landtag/Stefan Müller | S. 18 und S. 21: Martina Lucht | S. 27 und S. 28: Thomas Böttcher | S. 29: Stadtarchiv Halle (Saale) | S. 33 / 35 / 37: Landesarchiv Sachsen-Anhalt | S. 42 / S. 47: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes | S. 55: Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V. | S. 78 / S. 81 / S. 83 / S. 84: Literaturhaus Magdeburg-Archiv | S. 89 und S. 93: Kai Langer | S. 96 und S. 99: Infostelle Morsleben | S. 102: Sammlung Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin | S. 105 und S. 106: Sammlung Gedenkstätte Bernburg | S. 107: Maria Lang | S. 108 und S. 109: Thomas Ziegler, Stadt Halle (Saale) | S. 111 und S. 112: Altmark-Zeitung | S. 114: Privatbesitz | S. 116: Militärhistorisches Archiv der Tschechischen Republik, Prag | S. 119: Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) | S. 121: Kai Langer

Impressum

Herausgeberin: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaefsstelle@stgs.sachsen-anhalt.de

Redaktion: Kai Langer (verantw.) | Melanie Engler | Andreas Froese-Karow | Michael Viebig

Gestaltung | Druck: behnelux gestaltung, Halle (Saale) | Halberstädter Druckhaus

ISSN-Nr.: 2194-2307

Spendenkonto: BIC: MARKDEF1810 | IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Prettiner Landstraße 4 | 06925 Annaburg, OT Prettin | phone (035386) 60 99 75 | fax (035386) 60 99 77
mail: info-lichtenburg@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 09:00 bis 15:30 Uhr
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr | jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr
An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

c/o Fachklinikum für Psychiatrie Bernburg | Olga-Benario-Str. 16/18 | 06406 Bernburg
phone (03471) 31 98 16 | fax (03471) 64 09 691 | mail: info-bernburg@stgs.sachsen-anhalt.de
Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 09:00 bis 16:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge

Vor den Zwiebergen 1 | 38895 Langenstein | phone (03941) 56 73 25 | phone/fax (03941) 30 248
mail: info-langenstein@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten (Dauerausstellung): Dienstag bis
Freitag 09:00 bis 15:30 Uhr | Stollenabschnitt: April bis Oktober jedes letzte Wochenende im Monat
14:00 bis 17:00 Uhr und für angemeldete Gruppen nach Vereinbarung. Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.

Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen

Lage der Gedenkstätte: An der Gedenkstätte 1, 39638 Gardelegen | Kontakt: c/o Hansestadt Gardelegen,
Rudolf-Breitscheid-Str. 3, 39638 Gardelegen | phone (03907) 716 176 | fax (03907) 716 111
mail: info-isenschnibbe@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.
Führungen sind nach vorheriger Anmeldung möglich.

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Am Kirchtor 20b | 06108 Halle | phone (0345) 22 01 337 | fax (0345) 22 01 339
mail: info-roterochse@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Montag und Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr
Dienstag bis Donnerstag 10:00 bis 16:00 Uhr | jedes erste Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag)
13:00 bis 17:00 Uhr | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg | phone (0391) 24 45 590 | fax (0391) 24 45 599 9
mail: info-moritzplatz@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch 09:00 bis 16:00 Uhr Don-
nerstag 09:00 bis 18:00 Uhr | Freitag 09:00 bis 14:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

An der Bundesautobahn 2 | 39365 Marienborn | phone (039406) 92 090 | fax (039406) 92 099
mail: info-marienborn@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: täglich 10:00 bis 17:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | Öffnungszeiten Gedenkdenkmal Hötnensleben: Das Freigelände ist jederzeit
zugänglich. Führungen sind nach Vereinbarung möglich.

Gruppenführungen bitten wir grundsätzlich vorher anzumelden.

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
phone (0391) 244 55 930 | fax (0391) 244 55 998
mail: info-geschaeftsstelle@stgs.sachsen-anhalt.de
web: www.stgs.sachsen-anhalt.de



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT